

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

STUDIEN



INGAR SOLTY

EXPORTWELTMEISTER IN FLUCHTURSACHEN

DIE NEUE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK,
DIE KRISE UND LINKE ALTERNATIVEN

INGAR SOLTY

EXPORTWELTMEISTER IN FLUCHTURSACHEN

**DIE NEUE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK,
DIE KRISE UND LINKE ALTERNATIVEN**

INGAR SOLTY ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt «The Question of Europe in an Era of Economic and Political Crises» an der York University in Toronto/Kanada und Fellow des Berliner Instituts für kritische Theorie.

IMPRESSUM

STUDIEN 05/2016 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Februar 2016

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort von Mario Candeias	5
Einleitung: Außenpolitik als Herausforderung für die Linke	9
I. Deutsche Elitendiskurse: Der Mythos von der reaktiven Zäsur 2014/15 in der deutschen Außenpolitik	14
II. Imperialer Realismus? Die neue Offensivausrichtung der deutschen Außenpolitik	20
III. Innen-außen-Dialektiken: Die Krise nach der globalen austeritätspolitischen Wende und die Externalisierung innerer Widersprüche	26
IV. Deutschlands Krisenkorporatismus, neue Wachstums- und Wettbewerbsstrategie und seine neue Rolle im EU- und American Empire	35
V. Brandstiftende Feuerlöscher: Kapitalismus mit geringem Wachstum, neue Kriege und europäische «Flüchtlingskrise»	44
VI. Grundzüge einer linken Außenpolitik	55
Literatur	58

VORWORT

Der Name der Zeit? Unklar. Post-alles, Interregnum. Die US-Hegemonie war schon in Zeiten neoliberaler Transnationalisierung infrage gestellt, das Empire (Hardt/Negri) kein US-amerikanisches. Der Machtwechsel war bereits in vollem Gange, vielleicht nicht wie es die Welt-systemtheorie (Arrighi) nahelegte mit China als neuem Hegemon, aber vielleicht doch mit Chimerika (Niall Ferguson), womit die Symbiose beider Volkswirtschaften, ihre wechselseitige ökonomische Abhängigkeit und die des Weltmarkts von beiden gemeint ist. Seit der globalen Finanzkrise von 2007, verstanden als Ausgangspunkt einer lang anhaltenden organischen Krise, ist bislang kein hegemonial attraktives Projekt in Sicht, welches den aktiven Konsens der Subalternen reorganisiert, Akkumulationsperspektiven auf erweiterter Stufenleiter schafft und eine neue Weltordnung etabliert.

Den Versuchen einer autoritären Absicherung neoliberaler Politiken – angefangen beim Fiskalpakt, den Auflagen der Troika über den harten Griff der Finanzmärkte, den beispielsweise Argentinien zu spüren bekommt, bis hin zu diversen transkontinentalen und unzähligen bilateralen Freihandelsabkommen – steht mit der Arabellion der Beginn eines neuen transnationalen Bewegungszyklus gegenüber (vgl. LuXemburg 3-4/2013). Neben der militärischen Restauration in Ägypten und vielerorts aufstrebenden islamistischen Bewegungen (und ihrer Bekämpfung) steht das Ringen der verbliebenen Großmächte um Einflusszonen, sei es in Osteuropa oder bei der Aneignung afrikanischer Ressourcen. Während die USA darauf bedacht sind, nicht weiter an Bedeutung zu verlieren, sucht Russland seinen Einfluss über Energie- und Ressourcenpolitik sowie Waffenhandel auszudehnen und verbindet China seine imperiale Ausdehnung mit aktiver Entwicklungshilfe und kümmert sich ansonsten nicht weiter um die Krisenherde der Welt.

Doch die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen) basiert nicht nur auf der Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen der globalen Peripherien – sie übt mehr denn je eine unglaubliche Anziehungskraft aus, vor allem auf die neuen Mittelklassen des globalen Südens, von Ecuador bis zur Ukraine, von China bis Nigeria, vom Iran bis nach Tunesien. Zugleich formiert sich überall Widerstand gegen diese Form der Produktions- und Lebensweise von links wie von rechts, von indigenen Bewegungen in den Anden oder den neuen Demokratiebewegungen in São Paulo, in Istanbul oder in Madrid bis zur rechten Reaktion in Venezuela oder in Thailand oder den an Stärke gewinnenden islamistischen Kräften im arabischen Raum.

Um die EU wiederum legt sich ein «Ring of Fire», befördert durch hastige und ungelenke Diplomatie (Stichworte: Libyen oder Ukraine). Vergessen ist die strategische Partnerschaft mit Russland. Die USA muss das nicht kümmern, denn Russland, die Ukraine und die gesamte europäische Peripherie spielen für sie wirt-

schaftspolitisch keine größere Rolle mehr. Und zweitens orientiert sich das Land seit 2009 außenpolitisch Richtung Pazifik. Dieser «Pivot to Asia», Hillary Clinton sprach bereits von «Amerikas pazifischem Jahrhundert», ist auf eine langfristige Verbindung (und Konkurrenz) mit dem größten Kraftzentrum der Weltwirtschaft ausgerichtet. Aufgrund seiner privilegierten Insellage müssen die USA auf nachbarschaftliche Beziehungen ohnehin nicht sonderlich viel Rücksicht nehmen und energiepolitisch arbeitet das Land erfolgreich an seiner Autonomie. Kurz: Die USA können sich, anders als Europa, einen begrenzten «Unilateralismus leisten» (Daniljuk).

Welches Bild einer neuen Weltordnung ergibt sich daraus? Noch keines. Denkbar ist die Herausbildung von Zonen der Unsicherheit jenseits der alten und neuen kapitalistischen Zentren. Die direkte (militärische) Intervention zur Befriedung und zur Herausbildung marktwirtschaftlicher, liberal-demokratischer Staaten ist gescheitert, in Somalia und Bosnien, in Afghanistan und Libyen oder im Irak. Ende des «End of History» (Fukuyama). Der Markt schafft es nicht, eine Besetzung der Märkte mit Bodentruppen steht nicht mehr auf der Agenda der Militärstrategen. Begrenzte Operationen und Luftangriffe, vor allem der Einsatz unbemannter und künftig selbststeuernder Drohnen ermöglichen jedoch eine relative Kontrolle aus der Distanz. Die Zonen der Unsicherheit müssen nicht unbedingt kontrolliert, sie müssen vielmehr eingehegt werden. Im Fall der Fälle muss frühzeitig «präventiv» eingegriffen werden. «Responsibility to Protect» lautet die neue Formel. Informationen liefern die mittlerweile entgrenzten technischen Überwachungssysteme einer vernetzten Welt, der aufklärende Blick aus dem Weltraum (zum Aufspüren von Terroristen), die Totalüberwachung unserer Heimcomputer und Smartphones (zur «Vorbeugung» gegen Terrorismus jeglicher Art). Die Institutionen der kollektiven Sicherheit werden an den Rand gedrängt, auch UNO und OSZE.

Ziel des Ganzen ist wohl eine Art «gated capitalism», beschützte und behütete Zonen eines globalen Kapitalismus, der die Ausbeutung von Ressourcen (Akkumulation durch Enteignung, Harvey) und den freien Handel gewährleistet – auch ohne funktionierende Gemeinwesen in den Zonen der Unsicherheit. Allerdings zeigt sich, dass die neuen Strategien keineswegs einfach funktionieren, mehr aus der Not geboren sind. Der Syrien- und der Irakkonflikt haben sich nunmehr soweit intensiviert, dass es zum Staatszerfall kommt. Ergebnis: ein neues Kalifat im Herzen der Nahostregion. Die Kontrolle entgleitet. Wer Freund oder Feind ist, ändert sich rasch.

Zudem beschränkt sich die Zersetzung keineswegs auf die Zonen der Unsicherheit jenseits der Zentren. An der Peripherie der EU kommen die Krisenländer nicht auf die Beine, die Institutionen der Demokratie verlie-

ren rasant an Zustimmung. In Portugal, Spanien und Griechenland entstehen neue linke Kräfte. Überall in Europa aber wachsen auch national-populistische, rechtsradikale und faschistische Bewegungen und Parteien – nicht nur in Osteuropa, auch in den alten Zentren. So konnten in Frankreich und Großbritannien der Front National und UKIP jeweils die meisten Stimmen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament verbuchen. Die gesellschaftliche Stimmung polarisiert sich. Nicht zuletzt müssen sich die europäischen Gesellschaften fragen, warum sich Tausende muslimischer junger Männer, Franzosen und Deutsche, die in Europa keine Perspektive für sich sehen, einem islamistisch-verbrämten Dschihad anschließen?

Die gesellschaftliche Desintegration schreitet voran. Nicht zuletzt bei uns: Die Eurokritik allein hätte den Aufstieg der «Alternative für Deutschland» (AfD) kaum konsolidieren können. Zu eng war die Programmatik auf den Euro zugeschnitten, zu sehr von wütenden marktradikalen Professoren getragen, die den unteren Gruppen in der Gesellschaft eher mit Arroganz gegenübertraten (anders als bei den «Arbeiterparteien» UKIP und Front National). Erst das strategische Aufgreifen und Verstärken von antifeministischen, antimuslimischen, homophoben, antiliberalen und gegen Minderheiten gerichteten Positionen ermöglicht es der AfD, entgegen ihrer ursprünglichen Zusammensetzung, auch die Missstimmung von «unten» in populäre Zustimmung zu verwandeln: gegen «die da oben» und «die weiter unten». In ihrem Kulturkampf bricht die Partei mit vermeintlichen Tabus der Political Correctness, spricht aus, was man angeblich nicht laut sagen dürfe, aber doch verbreitete Volksmeinung sei – eine Taktik, wie sie bereits von Thilo Sarrazin erfolgreich angewendet wurde. Nicht zuletzt mit den Polemiken gegen die «Einwanderung in unsere Sozialsysteme» gelingt das Aufgreifen und eine «Ethnisierung der sozialen Frage». Die prekäre «Wohlstandsinsel Deutschland» soll vor illegitimen «fremden» Ansprüchen geschützt werden, ob vor Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien, vor überhöhten Ansprüchen der Sozialempfänger, vor Rettungsaktionen für die Krisenländer in Südeuropa, vor den Eurokraten oder den globalisierten Bankkonzernen, aber auch gegen die Bedrohung von Identitäten durch «Überfremdung» durch Einwanderung oder «Umerziehung» vonseiten der Post-68er und Feministinnen. Was zunächst als spezifischer Elitendiskurs begann, wurde zu einer populären Stimmung, die etwa von Pegida aufgegriffen wurde. Die Verknüpfung der beiden Flügel der AfD begründete den Erfolg. Nach der Abspaltung des Lucke-Flügels schien die AfD schon vor ihrem Ende zu stehen. Sie nutzte dann die Bewegung der Flüchtenden, um mit einer Radikalisierung ihrer rassistischen Positionen zu reüssieren.

Auch in den USA sind Zonen der Unsicherheit im Zuge der Krise längst etabliert – etwa die gesamte Innenstadt von Detroit, die neben *gated communities* als ihrem Gegenstück Ausdruck dieser Polarisierung sind. Während die öffentliche Infrastruktur sichtbar verfällt,

steigt die Ungleichheit trotz der Skandale um die Finanzkrise immer weiter an, und der Reichtum konzentriert sich immer mehr auf die 0,1 Prozent (Picketty). In schöner Regelmäßigkeit kommt es zu Amokläufen Einzelner oder zu Toten durch alltägliche Gewalt von Waffennarren, Polizei und Gangs – das System antwortet mit Prisonfare-Modellen, der Verwaltung der «Unterklassen» in den Gefängnissen (Wacquant), zum Teil durch private Unternehmen. Der (auch institutionelle) Rassismus bricht immer wieder offen zutage, etwa wenn unbewaffnete junge Schwarze durch die Polizei erschossen werden, wie in Ferguson. Auch im politischen Feld nimmt die Polarisierung zwischen der proto-faschistischen Tea Party und radikalen Rassisten wie Donald Trump und den liberalen Wallstreet-Demokraten und der Aufbruchsbewegung um Bernie Sanders weiter zu. Letzteres durchaus Ausdruck davon, dass sich spätestens seit Occupy meist auf lokaler Ebene eine neue Linke herausbildet. Auch hier gilt: Die Zonen der Unsicherheit und die sich formierenden Kräfte von links und rechts können und müssen nicht kontrolliert werden.

Es genügt, dass sie – ob nun in den USA oder in Europa – die soliden Institutionen der Herrschaft nicht erreichen. Das Ganze wird durch einen autoritären Konstitutionalismus abgesichert (vgl. LuXemburg 1/2014). Das ist wohl nicht einmal eine «marktgerechte Demokratie» (Merkel), denn Wachstum und Profitraten flachen kontinuierlich ab. Für die Wertabschöpfung und Akkumulation der Superreichen freilich reicht es noch allemal. Dabei bewirken das globale *resource grabbing* oder die Spezifika der Freihandelsabkommen die Zerstörung lokaler Lebensräume und lokaler Ökonomien im globalen Süden, was wiederum neue Flüchtlingsbewegungen in Gang setzt und im globalen Norden Anlass für rechte Propaganda bietet. Nirgendwo wird dies deutlicher als an der Politik der Mitgliedsstaaten der EU in Afrika: Sie schließen Freihandelsabkommen, die vor Ort durch zum Teil hoch subventionierte Konkurrenz aus dem Norden die kleinbäuerliche Produktion zerstören. Sie greifen ein – etwa Frankreich –, wenn die innere Destabilisierung von Ländern zu weit geht; und sie sichern ihre Außengrenzen gegen die Flüchtlingsströme ab, damit im Innern der EU-Mitgliedsstaaten der schwindende soziale Zusammenhalt nicht zusätzlich «belastet» wird und rechte Strömungen davon profitieren. Es bestätigt sich, was bereits in der Debatte um die Globalisierung deutlich wurde: Es gibt keine Außenpolitik mehr, nur noch eine Art Weltinnenpolitik oder besser: Weltkrisenpolitik. Sofern es noch wirkliche Außenpolitik gibt, zum Beispiel der EU, so heißt sie in diesem Fall Frontex.

Aus dieser Gemengelage heraus ergibt sich für die gesellschaftliche Linke, dass sich «Außenpolitik» keineswegs auf Sicherheitspolitik beschränken lässt, vielmehr soziale, ökonomische und ökologische Politiken damit unauflöslich verwoben sind. Wie sind die geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen einzuschätzen? Welche zentralen Konfliktfelder nehmen

strategisch an Bedeutung zu? Wie könnten differenzierte linke Antworten darauf aussehen?

Jenseits einer klaren Position gegen vermeintlich militärische «Konfliktlösungen» gilt es, Elemente einer «Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln» (van Aken) zu entwickeln, die Konfliktursachen präventiv angeht, mit Ansätzen für gerechte Wirtschaftsbeziehungen, sozialökologische Entwicklung etc. Jenseits einer neuen Weltwirtschaftsordnung und eines neuen Systems kollektiver Sicherheit, die beide zurzeit Utopie bleiben, braucht es dafür konkrete Einstiegsprojekte. Beispiele dafür sind etwa die Yasuni-Initiative, die den Verzicht auf die Ausbeutung von Öl im ecuadorianischen Urwald mit einer international zu leistenden Kompensation verbinden wollte; oder neue Institutionen der wirtschaftlichen Kooperation wie das lateinamerikanische ALBA-Abkommen oder die alternative Entwicklungsbank der BRIC-Staaten. Auch die Durchsetzung eines Alternative-Trade-Mandats im Rahmen der EU wäre ein Schritt hin zu einem fairen Handel. Oder als allererster Schritt: ein Ende der Rüstungsexporte und gerechte Übergänge für die Konversion der entsprechenden Industrien.

Zu oft jedoch verheddert sich die Linke in Diskussionen um Konflikte und Kriege, in denen jede präventive Lösung zu spät kommt – dann kommt es zur Entgegensetzung von Verantwortungsethikern, die mit guten und weniger guten Gründen keine Alternative mehr

zur Intervention sehen, und den Gesinnungsethikern, die aus Prinzip gegen gewaltsame Konfliktlösungen sind, aber ob ihrer vermeintlichen Naivität angesichts der Lage unter Rechtfertigungszwang gesetzt werden. Währenddessen bereiten die deutsche Regierung und die NATO mit ihrem neuen Verantwortungsdiskurs nach längerer Zeit wieder eine Aufrüstungsrunde vor. Angesichts des Dilemmas, dass friedenspolitische Maßnahmen kaum verfolgt werden und immer erst reagiert wird, wenn es eigentlich zu spät ist, bleibt es in der Linken zu häufig bei einseitigen Solidaritätsbekundungen und Bekenntnissen, statt sich um eine kritische Analyse und differenzierte Einschätzungen der jeweiligen Kräfte(verhältnisse) zu bemühen, was überhaupt erst ermöglichen würde, sich auf die Seite der Subalternen zu stellen (und nicht unbedingt auf eine Seite der Konfliktparteien). Wie können also Streitpunkte der gesellschaftlichen Linken aufgegriffen und verbunden mit einer (bislang fehlenden) transformativen Perspektive diskutiert werden? Und wo kann die Linke tatsächlich einen Unterschied machen? Die vorliegende Studie liefert die analytischen Grundlagen und strategische Überlegungen im Angesicht einer dramatischen Krisenentwicklung.

Berlin, im März 2016
Mario Candeias

EINLEITUNG: AUSSENPOLITIK ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE LINKE

Die Jahre 2014/15 haben die Frage der Außenpolitik für die Linke nach ganz oben auf die Tagesordnung rücken lassen. Im kalendarisch anstehenden Gedenken des Beginns des Ersten Weltkriegs als «Schlafwandler-Urkatastrophe» (Clark 2013; Münkler 2013) und den damit zusammenhängenden Diskussionen kamen Interessen so gut wie gar nicht vor (vgl. kritisch dazu Deppe 2014: 41 ff.; Pätzold 2014; Röhr 2015). Überlagert wurde es rasch durch zahlreiche blutige Bürgerkriege und militärische Konflikte, die sich seither wie ein Feuerring um die Europäische Union und ihre unmittelbaren oder erweiterten Außengrenzen gelegt haben.

Im Frühjahr 2014 führte die Entscheidung der ukrainischen Regierung, den Weg einer Assoziation mit der Europäischen Union nicht mehr weiterzuverfolgen, zu gesellschaftlichen Protesten, die als (Euro-)Maidan bezeichnet worden sind und bei denen bald ultranationalistische und faschistische Kräfte die Mobilisierung und das Erscheinungsbild dominierten. Sie sollten später – nach dem gewaltsamen Sturz der Janukowitsch-Regierung – etwa ein Drittel der Posten in der vom «Westen» unterstützten Übergangsregierung übernehmen. Die Ukraine wurde rasch zum Objekt eines Stellvertreterkriegs zwischen den USA und der EU einerseits und Russland andererseits, bei dem der russische Staat die Regierung und der «Westen» offen – ideell, logistisch und finanziell – die Protestbewegung und später dann die neue Übergangs- beziehungsweise Putschregierung unterstützten. Mit der Entstehung der prorussischen sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk in der wohlhabenderen und mit Russland wirtschaftlich und kulturell eng verbundenen Ostukraine sowie der formellen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland kam es alsbald zu einem blutigen Bürgerkrieg und Stellvertreterkonflikt (Deppe 2014: 66 ff.).

In Syrien ging der aus dem Arabischen Frühling entstandene Bürgerkrieg, der sich zum imperialen Stellvertreterkrieg ausweitete, in sein drittes Jahr. Lange sah es nach einem unmittelbaren Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen das von Russland und Iran unterstützte Assad-Regime aus. Schließlich kam es zu einer Militärintervention niedrigerer Intensität, während parallel auch andere regionale Mächte versuchten, auf den Ausgang des syrischen Bürgerkriegs Einfluss zu nehmen, darunter der NATO-Bündnispartner Türkei und der westliche Nicht-NATO-Partner Saudi-Arabien aufseiten der Aufständischen und der Iran und Russland auf der Seite der Assad-Regierung. Seither wird Syrien als Schauplatz eines imperialen und subimperialen Stellvertreterkriegs schier zerrissen.

Im benachbarten Irak kam es vor dem Hintergrund des nach zehn Jahren Kriegs- und Besatzungspolitik der USA und ihrer «Koalition der Willigen» hier hinterlassenen Chaos zum «neuen Sunniten-Aufstand» (Cockburn 2014). Ein während der Besatzungszeit in

den irakischen Gefängnissen geschmiedetes Bündnis von al-Qaida-Kämpfern und politisch ausgegrenzten früheren Eliten des Saddam-Hussein-Regimes hatte sich auf syrischem Territorium im Kampf gegen das Assad-Regime reorganisiert und dabei Teile der radikalislamistischen Kräfte der al-Nusra-Front in der syrischen Opposition mehr oder weniger einverleibt. Als Terrororganisation «Islamischer Staat im Irak und der Levante» (ISIL, später dann ISIS) griff es nun wieder auf den vom Maliki-Regime unterdrückten und politisch entfremdeten sunnitischen Teil des Iraks über. Seit seiner Selbsterklärung zum Kalifat, zum sogenannten Islamischen Staat (IS), geht der von seinen muslimischen Gegnern Daesh genannte Staat-im-Werden mit mörderischer Gewalt gegen religiöse Minderheiten und die kurdischen Autonomiegebiete im irakisch-syrischen Grenzgebiet vor, wo er bald ein Gebiet von der Größe Englands kontrollierte. Von dort aus greift Daesh auch auf andere Staaten wie den Libanon, Afghanistan und das nach den «Regime-Change»-Bombardierungen der NATO als Staat zerfallene Libyen über, wo in einem veritablen Bürgerkrieg Milizen die faktische Macht im Land übernommen haben und zugleich zwei Parlamente Legitimität und legislative Souveränität für sich reklamieren. War al-Qaida ein vergleichsweise kleines Netzwerk globaler Terroristen, ist Daesh nach knapp anderthalb Jahrzehnten des «Kriegs gegen den Terror» heute ein halbstaatlicher Zwitter, ein Quasi-Staat, der über eine eigene (Raub-)Ökonomie, eine eigene Armee mit rund 30.000 Kämpfern, ein riesiges Waffenarsenal aus früheren US-Beständen und als Staatsprojekt und sichtbarster Widersacher westlicher Mächte Sympathien unter Hunderttausenden marginalisierter, entfremdeter, muslimisch sozialisierter oder zum fundamentalistischen Islam konvertierter christlicher Jugendlicher weltweit verfügt.

Der «Westen» reagierte auf den Aufstieg von Daesh aus den Trümmern des Irakkriegs der USA und ihrer «Koalition der Willigen» mit Luftangriffen sowie mit Waffenlieferungen, an denen auch Deutschland beteiligt ist; seit 2015 nimmt an den Bombardierungen neben den USA und Frankreich auch der russische Staat teil. Daesh reagierte hierauf wiederum im November 2015 erstmals mit Terroroperationen gegen die kriegführenden Nationen Russland (mit einem Flugzeugabschuss auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel) und Frankreich (mit den Terroranschlägen vom 13. November in Paris). Zugleich kommt es in Deutschland – wie zuletzt am 4. Februar 2016 – immer wieder zu präventiven Festnahmen von mutmaßlichen Planern von terroristischen Vergeltungsaktionen aufgrund Deutschlands Beteiligung am Kampf gegen Daesh.

Darüber hinaus geht in Mali derweil der Bürgerkrieg auch nach Beginn der französischen Militärintervention im Januar 2013 weiter, führt Saudi-Arabien einen

blutigen Krieg im Jemen und nimmt auch die Gewalt in Afghanistan zu, ein Land, das sich nach dem partiellen Truppenabzug des «Westens» zum 31. Dezember 2014 (nach elf Jahren) in einer äußerst unsicheren innenpolitischen Lage befindet, wo die Taliban wieder mehr und mehr Gebiete erobern und wo zugleich immer noch westliche Bombardierungen stattfinden – die unter anderem im Oktober 2015 ein von der NGO Ärzte ohne Grenzen betriebenes Krankenhaus in Kundus im Oktober 2015 zerstörten, wobei 42 Menschen getötet wurden.

All diese neuen, zwischenimperialen Kriege, deren lokale Ursachen komplex und vielfältig sind, sind wiederum die Hauptursache für die dramatische Ausweitung der globalen Flüchtlingsbewegungen. Mit rund 60 Millionen ist die Zahl der global sich auf der Flucht befindenden Menschen auf dem höchsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die meisten dieser Menschen sind zwar Binnenflüchtlinge; außerdem ist die große Mehrzahl der Kriegsflüchtlinge, die vor allem aus Syrien stammen, grenznah in Staaten wie der Türkei, Jordanien oder dem Libanon untergebracht. Zugleich birgt die europäische «Flüchtlingskrise» große Risiken auch für die politische Stabilität in Deutschland, wo sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer Aussetzung des (aus deutscher Sicht bis dahin unsolidarischen) Dublin-II-Verfahrens («Drittstaatenregelung») entschieden hat, was es vielen Flüchtlingen zumindest zeitweilig ermöglichte, in Deutschland Asyl zu beantragen. Kurz darauf verschärfte die Bundesregierung unter Druck eines erheblichen Anteils der Abgeordneten der CDU/CSU und im Kontext des Aufstiegs einer starken nationalistischen Rechten in Deutschland («Alternative für Deutschland», Pegida-Bewegung, starke Zunahme von rassistischen Straf- und Gewalttaten) und in Europa insgesamt im Sommer 2015 das Asylrecht: Im Asylpaket I wurden unter anderem mehrere Staaten (Albanien, Kosovo und Montenegro) zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, Abschiebungen und Inhaftierungen erleichtert und in Erstaufnahmeeinrichtungen Bargeld- durch Sachleistungen ersetzt. Im Asylpaket II beschloss dann der Bundestag Ende Februar 2016 zudem, das Recht auf Familiennachzug auch für anerkannte Kriegsflüchtlinge für zwei Jahre zu beschränken und Abschiebungen weiter zu erleichtern, indem nun auch die Maghreb-Staaten (Marokko, Tunesien, Algerien) zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden und gesundheitliche Probleme nicht mehr vor Abschiebungen schützen sollen.

Die «Flüchtlingskrise» ist jedoch nicht nur für den inneren Zusammenhalt der Regierungskoalition voller Risiken, sondern sie gefährdet im Zuge der Aufhebung der innereuropäischen Nationalstaatsgrenzen und damit der «Binnenfreizügigkeit» durchaus auch den Zusammenhalt und die Bestandsfähigkeit der gesamten Europäischen Union. Die inneren Spaltungslinien verlaufen vor allem zwischen Ost und West und haben zur Entstehung eines Osteuropa-Bündnisses geführt, das gegen die westeuropäische und Merkel'sche Flüchtlingspolitik und die Forderung nach festen Flüchtlings-

kontingenten opponiert. Dieses sich neu formierende Bündnis wird vermutlich weiterhin fragil bleiben, weil es politisch relativ heterogen ist. Es umfasst auch Linksregierungen wie die slowakische und hat Rechtsregierungen an der Spitze, die wie die eher russlandfreundliche nationalistische Regierung in Ungarn und die eher russlandfeindliche und USA-freundliche neue polnische Regierung in verschiedene globale Richtungen drängen. Zugleich jedoch birgt diese Spaltungslinie große Konfliktpotenziale, die nur zum Teil dadurch abgemildert werden, dass die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten zugleich maßgeblich von EU-Subventionen abhängig sind, weshalb ein – vertraglich ohnehin nicht vorgesehener – unilateraler EU-Austritt nicht so leicht durchsetzbar ist.

Die zwischen West und Ost verlaufenden Konfliktlinien treffen und verstärken dabei andere innereuropäische Zentrifugalkräfte, die im Zuge der Eurokrise und der Durchsetzung einer neuen europäischen Wirtschaftsregierung zunehmend den Süden vom Norden trennen. Die Krise in der inneren Peripherie des Euroraums, die Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die Implementierung harscher Austeritätsprogramme hat zu einer tiefen Spaltung zwischen und in den EU-Mitgliedsstaaten geführt. Für die Linke ist dies besonders entscheidend: Die Griechenlandkrise, namentlich der Umgang der «Troika» (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, IWF) mit der im Januar 2015 gewählten SYRIZA-Linksregierung, und die neue europäische Wirtschaftsregierung sind für viele Linke ein schwieriger Lernprozess. Sie haben verdeutlicht, dass die Herrschenden in der Europäischen Union keine Alternative zum Kurs einer Vertiefung des Neoliberalismus in Europa dulden. Die Hoffnungen auf ein soziales Europa im Rahmen der EU-Primärverträge haben dadurch einen erheblichen Dämpfer erlitten und viele neue Fragen für eine linke Strategie für ein soziales und demokratisches Europa aufgeworfen (Sablowski 2015; Soltz/Werner 2016).

Spätestens seitdem mit der Griechenland- und «Flüchtlingskrise» europapolitische und globale Fragen in bislang unbekanntem Ausmaß auf die Politik in Deutschland zurückwirken, ist auch der europäischen Linke auf neue Weise vorgeführt worden, wie die «Innenpolitik» von außenpolitischen Fragen überlagert und überdeterminiert wird. Die Verschränkungen zwischen dem Globalen und dem Lokalen ist wohl selten so stark ins Bewusstsein gerückt wie in den letzten zwei Jahren verdichteter Widersprüche. Die Grenze zwischen «Außenpolitik» und «Innenpolitik» lässt sich nur schwerlich aufrechterhalten, wenn Kommunen mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus Syrien ringen, die vor Bedingungen geflohen sind, die auf sehr komplexe Arten und Weisen mit der hohen Politik der internationalen Beziehungen und des «Westens» verschränkt sind. Das macht «Innenpolitik» zu «Außenpolitik» und «Außenpolitik» zu «Innenpolitik». Zugleich wirft dies die Frage nach dem inneren Zusammenhang der vielen neuen Kriege im Kontext der größten Wirt-

schaftskrise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren auf und daran anschließend das Thema konkreter außenpolitischer Alternativen. Welche Positionen und Konzepte hat die Linke hier anzubieten?

Antworten auf diese Fragen sind umso dringlicher, weil sich auch in Deutschland das Feld der Außenpolitik drastisch gewandelt hat. Im globalen Maßstab wird zunehmend offensichtlich, dass der US-Staat immer weniger in der Lage ist, seine historische (Nachkriegs-) Aufgabe des Managements und der (auch direkt gewaltförmigen, d.h. militärischen) Durchsetzung des globalen Kapitalismus zu schultern wie bisher. Es zeichnet sich ab, dass die imperiale Integrationsfähigkeit des US-Staates nachlässt und die Vielzahl der beschriebenen (Stellvertreter-)Kriege in diesem Kontext zu sehen ist. Die Konsequenz der schwindenden Imperialkapazitäten der USA ist eine dreifache «Einbindung-durch-Eindämmung-Strategie» entlang der Grenzen des American Empire (dessen relativ eigenständig handelnder Teil Deutschland in der EU ist): im Verhältnis zu Russland, im Verhältnis zu China und auch im Verhältnis zum kriselnden regionalen Integrationsprojekt in Lateinamerika mit seinen zwei verschiedenen und – durch Rechtswahlen in Argentinien und Venezuela zum Jahresende 2015 – mittlerweile innerlich bröckelnden Achsen Brasilien–Argentinien–Chile und Venezuela–Bolivien–Ecuador–Kuba. Insofern diese Strategie für die gegenwärtigen geopolitischen und geoökonomischen Konflikte und die neue «Aufgabenverteilung» und potenziellen Konflikte im transatlantischen Bündnis entscheidend ist, muss sie im Rahmen dieser Studie zur geostrategischen Positionierung Deutschlands in der Europäischen Union genauer untersucht werden.

Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die sinkende Integrationsfähigkeit des American Empire nicht nur die genannten und andere Konflikte an den Rändern des Imperiums verstärkt – sie ist auch der Hintergrund für Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. Im Zuge der Eurokrise 2010ff. hat sich herauskristallisiert, dass die Politik der Linken/LINKEN in Deutschland mit dem Versuch einer Neudefinition deutscher Außenpolitik konfrontiert ist. Im Kontext wachsenden Drucks seitens der USA in Richtung «mehr Verantwortung» Deutschlands im Rahmen der NATO, aber auch im Rahmen der «Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik» (GSVP) der EU fordern seither – mit unterschiedlicher inhaltlicher Gewichtung des Militärischen und der Rhetorik – führende Regierungsakteure wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sowie Bundespräsident Joachim Gauck eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik. War Gaucks Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten, Horst Köhler, noch Ende Mai 2010 zurückgetreten, nachdem er angemahnt hatte, dass ein Land «mit einer solchen Exportabhängigkeit» wie Deutschland notfalls militärisch für freie Handelswege zu sorgen habe – was zu einer einheitlichen Ablehnung solcherlei «Wirtschaftskriege» (Thomas Oppermann) durch das (au-

ßen-)politische Establishment der BRD geführt hatte –, so haben sich die neue Bundesregierung und Köhlers mittelbarer Nachfolger einer imperialen «realistischen» Außenpolitikposition angenähert. Dazu gehörte auch die zunächst (im engen Bündnis mit den USA) aggressive Haltung der Bundesregierung (und auch der Grünen) in der Sanktionspolitik gegenüber Russland, welche die Anbindung der Ukraine an die EU und auf mittlere oder lange Sicht hin an die NATO verfolgt hat.

In gemeinsamer Arbeit mit dem German Marshall Fund der USA, der dem engen transatlantischen Bündnis mit den Vereinigten Staaten verpflichtet ist, arbeitete die Stiftung Wissenschaft und Politik, der einflussreichste Thinktank der deutschen Außenpolitik, das Papier «Neue Macht – neue Verantwortung» aus, dessen Grundausrichtung Gauck später auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom Januar 2014 propagierte. In diesem Papier wird gleich im zweiten Satz postuliert, dass Deutschland heute «mehr Macht und Einfluss» habe «als jedes demokratische Deutschland vor ihm», woraus eine «neue Verantwortung» erwachse (Stiftung Wissenschaft und Politik/German Marshall Fund of the United States 2013: 2). Köhlers damalige Auffassung wurde dabei nun offen formuliert, wenn es dort weiter heißt: Deutschland sei «überdurchschnittlich globalisier» (ebd.) und profitiere «wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht» (ebd.: 3), weshalb das «überragende strategische Ziel Deutschlands [...] der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung» sei (ebd.). Dabei solle Deutschland die GSVP in der EU ausbauen, um so «Formate für NATO-Operationen» zu entwickeln, bei denen man «weniger auf US-Hilfe angewiesen» sei (ebd.: 43).

Der neue deutsche Diskurs wurde dabei von den wichtigsten Thinktanks der US-Außenpolitik ausdrücklich begrüßt und als Durchbruch einer Neuregelung der «Aufgabenverteilung» im politischen und militärischen Management und der Durchsetzung des globalen Kapitalismus angesehen. Besonders enthusiastisch reagierte man jenseits des Atlantiks nicht nur auf die «Selbstkritik» an der deutschen Enthaltung unter FDP-Außenminister Guido Westerwelle während des NATO-«Militäreinsatzes» in Libyen 2011, sondern auch auf die wachsende Bereitschaft in Deutschland, die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Eine deutliche Neuausrichtung und Weichenstellung in der deutschen Außenpolitik war dabei die Entscheidung der Bundesregierung vom September 2014, auch Waffen in Krisengebiete zu liefern. Zugleich konkretisierten sich schon vor der Bundestagswahl 2013 – ebenfalls durchaus im Einklang mit der Obama-Regierung – politische Pläne, EU-Militärkapazitäten (sogenannte Eingreiftruppen) aufzubauen, die unabhängig sowohl von NATO-Strukturen als auch einer Mandatierung durch den Bundestag würden agieren können.

Zu den Fragen, die diese Studie klären will, gehören deshalb diese: Wie erklärt sich der Schwenk des deut-

schen Außenpolitik-Establishments von der Zurückhaltung zur Zeit der Aussagen von Köhler zur jetzigen offensiven Einforderung einer neuen deutschen (Militär-)«Verantwortung»? Welche politökonomischen Ursachen und Krisenverschiebungen haben gegebenenfalls zu diesem Kurswechsel geführt, der mit der (Selbst-)Wahrnehmung Deutschlands als «ökonomischer Riese und doch außenpolitischer Zwerg» bricht? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Neuorientierung der deutschen Außenpolitik und der wachsenden Bedeutung der Schwellenländer-Nachfrage für die Aufrechterhaltung des deutschen exportorientierten Wachstums- und Wettbewerbsmodells, das auf einem inneren Krisenkorporatismus fußt und einen «mitfühlenden Konservatismus» im Innern mit einer harten Austeritätspolitik nach außen verbindet? Wie tragfähig ist die europäische Wachstums- und Wettbewerbsstrategie der «inneren Abwertung» von Kosten und Löhnen? Kann sie in einem gemeinsamen Währungsraum, der keine Währungsabwertungen erlaubt, ökonomisch (im Sinne einer Wiederherstellung der Kapitalprofitabilität) funktionieren? Oder verhindern der parallele Eintritt des NAFTA-Raums und der Eurozone in die Austeritätsphase der Krise und die damit zusammenhängende Beggar-thy-neighbor-Politik dies – auch und gerade weil sich die US-Strategie einer inneren und äußeren Abwertung (gemessen am BIP-Wachstum, Arbeitslosenquote, Kapazitätenauslastung, Produktivität, Lohnquote) im Vergleich zum Euroraum bislang als überlegen erwiesen hat? Welche Rolle spielen für die neue deutsche Außenpolitikorientierung die Verschiebungen in den inneren Machtverhältnissen in der EU seit Beginn der Eurokrise?

Welche Ziele und Interessen verfolgt die Bundesregierung also mit ihren Plänen? Und wie realistisch sind sie im Kontext der Wechselverhältnisse von politischer und ökonomischer Krise im Euroraum? Denn die Eurokrise hat zwar die Rolle Deutschlands als ökonomisch mächtigsten Akteur in der EU gefestigt und zu einem starken Ungleichgewicht im Tandem Berlin–Paris geführt. Zugleich aber ist Deutschlands Vorherrschaft im Kontext der neuen europäischen Wirtschaftsregierung nicht hegemonial (Rilling 2014b). Außerdem droht die politische Krise der EU, die sich im Zuge des Aufstiegs von euroskeptischen Parteien von rechts und links immer mehr als Legitimitätskrise artikuliert, die Handlungsfähigkeit der deutschen Regierung sowie des transnationalen historischen Blocks in der EU gerade zu dem Zeitpunkt zu untergraben, in dem erweiterte Politikressourcen und Machtkapazitäten erforderlich wären (Soltý/Gill 2013). Es könnte sich daher die Frage nach der innenpolitischen Tragfähigkeit des außenpolitischen Kurswechsels in Deutschland neu stellen, wenn sich die starke Skepsis in der Bevölkerung hinsichtlich der «Auslandseinsätze» der Bundeswehr, die im Kontext der Ukraine-Krise Züge eines «Elite-Masse-Bruchs» angenommen hat, nunmehr in eine rechtspopulistisch befeuerte Unterstützung verwandelt. Und was, wenn die Folgen der neuen europäischen Wirtschaftsregierung in der

Deutschland-dominierten EU tatsächlich zu einer Dauerkrise führen würden, bei der sich politische und ökonomische Krise wechselseitig verstärken? Droht dann ein «Teufelskreis des Autoritarismus» (Gill/Soltý 2013)?

Eine Analyse des Zusammenhangs von globaler Kapitalismuskrise, ihrer regionalen Manifestation in Europa, der Verschiebungen in der Weltwirtschaft, den neuen Beggar-thy-neighbor-Wettbewerbsstrategien nach dem Scheitern der grünpolitischen Reformversuche und der Forcierung der Freihandelspolitik seither ist jedoch mehr als bloß eine Analyse. Es ist nicht nur die strategische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, die der Linken/LINKEN in Deutschland eine Diskussion über «linke Außenpolitik» regelrecht aufdrängt. Hinzu kommt eine Neukonfigurierung der innenpolitischen Konstellation. Mit ihrem Leipziger Parteitag vom Herbst 2013 beendete die SPD endgültig ihren – mit den vorgezogenen Bundestagswahlen von 2005 – eingeleiteten und politisch gescheiterten Kurs, der auf eine parlamentarische und politische Marginalisierung der Linkspartei abzielte («Ausschließeritis»). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 hatte die SPD sich für ein rotrotgrünes Bündnis geöffnet und sich damit der Realität gestellt, dass es vor dem Hintergrund der dauerhaften politischen Schwächung der SPD nach der «Agenda 2010» sobald keinen SPD-Kanzler mehr geben wird. Die SPD wird sich stattdessen dauerhaft in der Rolle des Juniorpartners in einer CDU-geführten Bundesregierung wiederfinden, solange sie ein rotrotgrünes «Reformbündnis» als Koalitionsoption ausschließt. Tatsächlich ist diese Option schon jetzt durch den Aufstieg der neuen nationalliberal-rechtspopulistischen Kraft «Alternative für Deutschland» (AfD) gefährdet. Jedoch: Auch wenn Gregor Gysi Anfang Januar 2015 in einem Interview mit der *ZEIT* darauf hinwies, dass die «Umverteilungsfrage» das (vielleicht) größte Einigungsproblem zwischen den drei Parteien ist (denn die SPD und auch die Grünen halten weiterhin am herrschenden Eurokurs, der «Schuldenbremse» etc. fest). Es wurde bis hierhin von beiden Parteien stets die Außenpolitik (und namentlich die Anerkennung der NATO und ihrer globalen Interventionspolitik) als Haupthindernis für «r2g» angesehen. Auch auf dem Leipziger Parteitag formulierte die SPD als Bedingung für eine solche Öffnung nach links, dass «eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen gewährleistet sein» müsse (zitiert nach: *ZEIT* Online, 12.11.2013). Vor diesem Hintergrund und dem Beschluss einer ersten rotrotgrünen Koalition (und zwar unter der Führung eines Ministerpräsidenten der LINKEN) im Dezember 2014 in Thüringen wächst das, was in der Linken/LINKEN die einen als Annäherung im linken Lager zugunsten eines (radikalen) Reformbündnisses begrüßen und die anderen als «Anpassungsdruck» in Sachen westlicher Kriegseinsätze befürchten.¹

¹ Allerdings verstärkten der Ukraine-Konflikt und die Griechenlandkrise die Entfremdung, insbesondere zwischen der LINKEN und den Grünen.

Dabei stützen sich die Befürworter eines rotrotgrünen Bündnisses darauf, dass auch die SPD und die Grünen sich (selbst-)kritisch mit den Problemen der von ihnen erstmals eingeleiteten «Auslandseinsätze der Bundeswehr» auseinandersetzen – vom völkerrechtswidrigen Krieg im Kosovo 1999 über Afghanistan 2002 bis zum Scheitern der neokonservativen Regime-Change- und Nation-Building-Kriege im Irak oder in Libyen. Tatsächlich beschränkte sich rotgrüne Außenpolitik nie allein auf Militäreinsätze. Die Übereinstimmungen im linken Lager werden dabei von Befürwortern in einer geteilten universalistischen Menschenrechtstradition gesehen, die – im Extremfall – auch militärische Interventionen einschließt, ansonsten aber vor allem zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung verfolgt (vgl. hierzu ausführlich die Beiträge von Schäfer und Liebich von der LINKEN, Wieczorek-Zeul von der SPD und Brugger von den Grünen in Schäfer 2014). Allerdings wird vonseiten der Linken/LINKEN und namentlich von Jan van Aken und Maria Oshana der SPD und den Grünen zu Recht vorgeworfen, dass «Primat des Zivilen» sei rein rhetorisch (Aken/Oshana 2014: 216ff.).

In jedem Fall stellen die neue außenpolitische Orientierung der Bundesregierung und die neue innenpolitische Konstellation die Linke/LINKE vor große neue Herausforderungen, denn eine linke Außenpolitik, die das Ziel einer «Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln» verfolgt, existiert in Deutschland allenfalls in Ansätzen. Dies ist allerdings für die Linke/LINKE ein großes Problem: Zwar kann sie ihren konsequent friedenspolitischen Markenkern mit einem «Nein zu Militäreinsätzen der Bundeswehr» aufrechterhalten, der ihr ein Alleinstellungsmerkmal in der parlamentarischen Parteienlandschaft verschafft und sich auf die Mehrheitsfähigkeit dieser Position in der deutschen Bevölkerung stützen kann. Allerdings ist sie so in eine Position des Attentismus und im Kern reinen Reagierens (auf plötzlich auftretende internationale Konflikte und [humanitäre] Krisensituationen) gezwungen. Eben dies führt dann zu jener Konfrontation von «Gesinnungs- und Verantwortungsethikern» in Situationen, in denen das

außenpolitische Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und sich das politische Handlungsfeld auf eine emotional und moralisch aufgeladene Tertium-non-datur-Entscheidung zwischen Intervention und Nichtintervention reduziert, ja verengt. Die Fortführung existierender Diskussionsansätze bezüglich einer linken Außenpolitik ist deshalb vor dem Hintergrund der neuen außen- und innenpolitischen Konstellation eine absolut notwendige und dringliche Angelegenheit, will die Linke/LINKE nicht von der oben skizzierten Doppeldynamik überrollt werden. Zu diesem Zweck müssen die dominanten zivilgesellschaftlichen und präventionsorientierten friedenspolitischen Praxisansätze kritisch evaluiert werden, um in Auseinandersetzung hiermit eine langfristige linke Handlungsfähigkeit und perspektivisch eine friedenspolitisch orientierte genuin «linke Außenpolitik» zu entwickeln.

Die hierfür benötigten Diskussionsprozesse und Auseinandersetzungen stecken jedoch noch so gut wie in den Kinderschuhen und das Ganze wird keine leichte Aufgabe werden. Politische Handlungsfähigkeit setzt nämlich voraus, Antworten für eine Realpolitik zu finden, die kritisch ist, insofern sie von einer Vision einer besseren (Welt-)Gesellschaft angetrieben wird und auf einer systematischen Analyse des globalen Kapitalismus und seiner Widersprüche in eben diese Widersprüche intervenierend die Grenzen des Möglichen stetig in Richtung der menschlichen Emanzipation verschiebt. Das ist der Punkt, wo kritische Wissensproduktion und Forschung praktisch werden im Sinne einer transformatorischen Wissenschaft. Die Einheit zwischen der systemischen Ursachenanalyse und der Praxis aufzuheben, wäre dabei fatal: Die Analyse ohne Praxis- und Transformationsorientierung gefährdet die gesellschaftliche Relevanz des produzierten Wissens; die Praxisorientierung ohne eine systematische Analyse und Kenntnis der gesellschaftlichen Strukturen, in denen politisches Handeln stattfindet und die dem politischen Veränderungswillen die Grenzen des Möglichen aufzeigen, die linke Politik zu verschieben hat, führt letztlich zum Erhalt eines unhaltbaren Status quo.

I. DEUTSCHE ELITENDISKURSE: DER MYTHOS VON DER REAKTIVEN ZÄSUR 2014/15 IN DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Nach Darstellungen der hiesigen politischen Eliten hat sich 2014/15 für «Deutschland» eine Zäsur in der Außenpolitik ergeben. Dabei gilt Außenpolitik – wenigstens verglichen mit anderen Policy-Feldern wie der Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik – quasi *per definitionem* als Elitenpolitik, also als ein Beschäftigungsfeld von Politikeliten, das «meist unter relativ weitgehender Abschottung von dem öffentlichen Prozess» stattfindet (Schmidt 1992: 80). Hierbei gibt es wiederum bislang kaum ein anderes Politikfeld, in dem die politische Haltung und der Elitenkonsens sich so deutlich von der dominanten politischen Haltung und dem auf historischen Erfahrungen mit dem Faschismus und in der Bonner Republik und der DDR beruhenden Konsens der Massen unterscheiden. Gerade die Ukraine Krise förderte diesen von Außenminister Steinmeier beklagten «Graben» zwischen den außenpolitischen Eliten und dem Volk» wieder in aller Offenheit zutage (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.2014).

In keinem anderen Politikfeld ist daher ein politischer Duktus so gängig geworden, der Politik wesentlich als die Kunst der Vermittlung von scheinbar alternativlosen Notwendigkeiten an das Wahlvolk versteht – eine Politikform also, aus der eine paternalistische, liberal-elitäre Haltung spricht, der zufolge die Bevölkerung den Sinn von (Außen-)Politik nicht verstehen kann und entsprechend gelenkt werden muss. Dies hat – zusammen mit der Tatsache, dass Außenpolitik letztlich über Frieden und Krieg und damit Leben und Tod zu entscheiden hat – wiederum zur Folge, dass gerade in der Außenpolitik die Bedeutung von politischer Propaganda eine solch herausragende Rolle gespielt hat und spielt. Der Volksmund sagt nicht grundlos: Das erste Todesopfer im Krieg ist die Wahrheit. Dabei speist sich diese populäre Erkenntnis aus der historischen Erfahrung mit der langen und ungebrochenen Reihe von Kriegslügen der politischen Eliten vor Beginn ihrer Kriege – vom Sender-Gleiwitz-Vorfall zu Beginn des deutschen Überfalls auf Polen im Zweiten Weltkrieg über den Golf-von-Tonkin-Mythos der USA zum Vietnamkrieg und der Brutkasten-Lüge im Zweiten Golfkrieg 1990/91 bis hin zum «Hufeisenplan» und Rudolf Scharpings Geschichten über «gegrillte Föten» im Kosovokrieg und schließlich George W. Bushs und Tony Blairs Behauptungen über Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen.

Das Besondere an der eingangs erklärten Zäsur ist jedoch nicht nur, dass ein weitgehender Konsens in Bezug auf ihre Wahrnehmung innerhalb der politischen Eliten in Deutschland existiert, der weite Teile der historisch lange verfeindeten politischen Milieus im bürgerlichen Lager (schwarzgelbes Bürgertum vs. grünes Bürgertum) und zugleich die mitregierende Sozialdemokratie umfasst. Mit dieser Deklaration einer Zäsur

verknüpft ist die vorherrschende Perspektive (oder wenigstens die öffentliche Darstellung), dass dieser Einschnitt nicht etwa das Ergebnis einer aktiven Willensentscheidung der die deutsche Außenpolitik bestimmenden Eliten ist, sondern dem deutschen Staat als dem zentralen Akteur deutscher Außenpolitik quasi von außen aufgenötigt worden sei. Aber stimmt das auch? Fest steht zunächst, dass nicht zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte der deutschen Außenpolitik eine Zäsur erklärt worden ist. Das Verhältnis von Tradition und Neuem, Kontinuität oder Bruch ist schon lange eine zentrale Frage in Bezug auf die deutsche Außenpolitik vor allem seit Ende des Kalten Krieges. Viele Zäsuren sind schon ausgerufen worden, die auch zusammengekommen eine größere Zäsur nahelegen. Allein nach 1989/90 war von wenigstens vier historischen Einschnitten die Rede: 1992, 1999, 2001 und 2014/15.

Vom «außenpolitischen Zwerg» zur «neuen Verantwortung»

Bis 1989/90 war die Selbstdarstellung der bundesdeutschen Außenpolitik die von einem «wirtschaftlichen Riesen», aber «außenpolitischem Zwerg». Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zielte darauf ab, ihre Souveränität durch konsequente Westbindung und ihre militärische Kraft auf dem Weg der europäischen (Militär-)Integration (bis diese 1953 in einer Abstimmung der französischen Nationalversammlung scheiterte) und später über das NATO-Militärbündnis wiederzuerlangen. Dies ging konform mit Thomas Manns Forderung nach einem «europäischen Deutschland» anstatt einem «deutsche[n] Europa» (zitiert nach: Mertes 2002: 19), und dazu gehörte ebenso der auch regierungsseitig vertretene Ansatz einer Außenpolitik, die geprägt war von einer «Politik der militärischen Zurückhaltung» (Bredow 2008: 65).

Die Koordinaten änderten sich nach der «Wiedervereinigung» und dem Ende der bipolaren Weltordnung und der Systemkonkurrenz. Die unter den Bedingungen der US-Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene «Grand Area» des rekonstruierten Kapitalismus im «Westen» wurde auf die ganze Welt ausgedehnt. Unter Führung des US-Staates war nach dem Zweiten Weltkrieg ein US-amerikanisches Imperium mit der EU als relativ eigenständigem, subimperialen Akteur errichtet worden, mit dem sich nun der Anspruch auf die globale Durchsetzung und notfalls kriegerische Aufrechterhaltung des globalisierten und zu globalisierenden Kapitalismus verband (vgl. hierzu ausführlich Panitch/Gindin 2012 sowie ferner Deppe u. a. 2011: 41 ff.). Der Kapitalismus wurde im Rahmen einer Internationalisierung des Staates, das heißt der Schaffung von ursprünglich US-dominierten Formen globa-

ler Staatlichkeit (IWF, Weltbank, BIZ, GATT/WTO), zu denen vor allem in Gestalt der NATO auch militärische Kapazitäten als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gehörten, globalisiert. Dabei hat sich das Management dieses globalen Kapitalismus seit den 2000er Jahren zunehmend gewaltförmig gestaltet (Candeias 2004: 424 ff.).

1990/91 schien vor diesem Hintergrund auch für die deutsche Außenpolitik eine Wende zu sein, weil Deutschland im Zweiten Golfkrieg beziehungsweise Kuwaitkrieg noch traditionelle «Scheckbuchdiplomatie» betrieben hatte, sich aber ein Jahr später bereits – jenseits der Grenzen des deutschen Nationalstaates und damit im Widerspruch zur Definition der Bundeswehr als reiner Verteidigungsarmee – aktiv an der Überwachung des Embargos gegen das zerfallende Jugoslawien beteiligte. Es war in dieser Zeit des Umbruchs im Zuge des Kalten-Kriegs-Endes, dass selbst der SPD-nahe Günter Grass vor einer neuen deutschen Großmachtspolitik warnte, als er zwei Tage nach der «Wiedervereinigung» schrieb: «Ein Monstrum will Großmacht sein» (DIE ZEIT, 5.10.1990).

Für die Linke war allerdings vor allem der Kosovokrieg ein entscheidender Moment in der deutschen Außenpolitik. Aber nicht nur in ihren Augen, auch für einen Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik wie Roland Friedrich (2005) kann der Kosovokrieg als «eine der dramatischen Zäsuren in der Geschichte bundesdeutscher Außenpolitik» erscheinen, insofern die Bundesrepublik «[m]it der Teilnahme an der NATO-Operation Allied Force [...] zum ersten Mal seit 1949 gleichberechtigt im internationalen Verbund diplomatische und militärische Konfliktbewältigung [betrieb]. Das deutsche Engagement im Kosovo-Konflikt war damit ein wichtiger Entwicklungsschritt hin zu der aktiven Rolle, die Berlin heute im Zuge globalen Konfliktmanagements wahrnimmt.» Ähnlich sah es Rolf Mützenich, zwischen 2009 und 2013 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und seit 2013 stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, der in einem vielbeachteten Artikel im Journal *Internationale Politik und Gesellschaft* (IPG) von einem «doppelten Tabubruch» sprach, insofern die rotgrüne Regierung «erstmal seit 1945 außenpolitische Ziele mit kriegerischen Mitteln durch[setzte] und [...] dies zudem ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates [tat]. Dies war zweifelsohne das Ende einer im Kalten Krieg an der Schnittstelle der Bündnisse eingeübten und in die neue Zeit hinübergeretteten Praxis» (Mützenich 2014).

Der doppelte Tabubruch konnte dabei letztlich nur durch eine Regierung mit den Entnazifizierungs-Credentials der bundesrepublikanischen 1968er-Generation vollzogen werden. Aus «Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!» wurde Joseph Fischers «Krieg für «Nie wieder Auschwitz!»». Während des Kosovokriegs standen sich frühere Verbündete im Widerstand gegen den «NATO-Doppelbeschluss» als Teil von Ronald Rea-

gans «Zweitem Kalten Krieg», der unter anderem auch die Stationierung von Cruise-Missiles-Atomraketen in der Bundesrepublik vorsah, plötzlich als politische Gegner gegenüber. Diese Zäsur und der Übergang zur Befürwortung «humanitärer Interventionen» oder auch zur Position des «Menschenrechtsbellizismus», wie seine linken Gegner es nannten, waren dabei Pars pro Toto einer allgemeinen Kooptation und (Selbst-)Einschreibung von größeren Teilen der oppositionellen, vor allem der neuen sozialen Bewegungen der 1980er und frühen 1990er Jahre in den Neoliberalismus. Diese Kooptation und (Selbst-)Einschreibung nahmen die Gestalt einer «per-vertierten» teilweisen und zugleich transformierten Realisierung des alten Programms der breiteren neuen sozialen Bewegungen an (Candeias 2004: 405 ff.). Während die allgemeinen Grundlagen des Kapitalismus (Privateigentum an den Produktionsmitteln) und Neoliberalismus (Liberalisierung des Handels, Deregulierung der Arbeits-, Finanz- und anderer Märkte, Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Staatsbetrieben, allgemeine Marktorientierung) nicht angetastet, sondern vielmehr zum eigenen – sozial und ökologisch abzufedernden – politischen «Reformprojekt» erhoben wurden, wurden zugleich diejenigen Teile des alten Programms der neuen sozialen Bewegungen, die mit diesem neoliberalen Entwicklungsmodell kompatibel waren, teilverwirklicht, aber eben «per-vertiert», vom ursprünglichen Anspruch und Ziel weggekehrt, entfremdet (ebd.). Die Verwandlung der Solidarität mit der Dritten Welt in die Befürwortung von Menschenrechtskriegen in Teilen der alten Friedens- und Internationalismusbewegungen ist damit äquivalent zur Entradikalisierung des vormals sozialistischen Feminismus, der zum Teil in einen institutionalisierten bürgerlich-(neo-)liberalen Repräsentationsfeminismus (Frauen in DAX-Konzernvorständen, Gender-Mainstreaming, inklusive sprachlich-symbolischer Repräsentation) mündete, oder zur Entwicklung einer ausdrücklich antikapitalistischen ökologischen Wachstumskritik hin zum marktförmigen Handel mit Emissionsrechten. Damit aber verbreiterte die rotgrüne Regierung die Herrschaftsbasis des Neoliberalismus, den sie modernisierte, während die Kooptation und Selbsteinschreibung dieser alten Linken die übriggebliebene, «standhafte» Linke durch den Verlust einer Reihe ihrer Repräsentanten oder ihrer spezifischen Sprache schwächten (ebd.). Zur Brisanz des Menschenrechtsbellizismus gehört dabei, dass die neoliberale Globalisierung (mitsamt ihrer oft schuldenimperialistisch durchgesetzten «Freihandelsabkommen») die Staaten des globalen Südens doppelt unter Druck setzte: von oben durch die Disziplinarmechanismen der internationalen (Finanz-)Märkte und von unten durch die inneren gesellschaftlichen Widersprüche in Folge des Zwangs zum Sozial- und öffentlichen Beschäftigungsabbau. Damit wurden maßgeblich jene Staatszerfallsprozesse und innerstaatlichen «Neuen Kriege» (Kaldor 2000; Münkler 2002) – oftmals ethnisierte Ressourcenkriege (Altwater/Mahnkopf 2002) – hervorgerufen, auf die der

«Krieg-für-nie-wieder-Auschwitz»-Menschenrechtsbellizismus in «Verantwortung» dann reagierte. Dieser schafft sich selbst stets neue Begründungszusammenhänge, während die selbstverantworteten Kriegs- und Fluchtursachen aus dem Blick geraten.

Die Zäsur war jedoch real. Im Zuge der Rückkehr dieser ideengeschichtlich mit dem außenpolitischen Idealismus verknüpften Konzepte eines vermeintlich «guten Imperialismus» (vgl. Deppe u. a. 2011: 103 ff.) blieb von dem dezidierten «never again» von einst nur noch das Credo «never alone», das sich gegen die nun als «deutscher Sonderweg» karikierte militärische Zurückhaltung richtete (Heitmann-Kroning 2015). Dabei hatte Fischer noch vier Jahre zuvor am 30. Juni 1995 im Deutschen Bundestag mit explizitem Bezug auf den Faschismus die geplante Entsendung von Bundeswehr-Tornados nach Jugoslawien scharf kritisiert: «Wir sagen klar nein zu dieser Zäsur, die Sie heute anstreben. Wir wollen keine neue deutsche Außenpolitik, die die Selbstbeschränkung aufgibt, und sei es unter Bündniskriterien. Schon gar nicht wollen wir das dort, wo die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auf grausamste Art und Weise gewütet hat» (zitiert nach Schwab-Trapp 2002: 125).

Während selbst Ex-Bundeskanzler Schröder heute den völkerrechtswidrigen Charakter des Kosovokriegs einräumt, sieht ein Großteil des Außenpolitikestablishments 9/11 als die wahre Zäsur an. Deutschland stehe, so brachte seinerzeit der Nachrichtensender ntv (2.9.2002) den neuen Konsens auf den Begriff, in der «neuen Verantwortung», sich auch an Kriegseinsätzen «zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten» zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund formulierte der SPD-Verteidigungsminister Peter Struck seinen berühmten Satz, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt. Der SPD-Bundeskanzler formulierte hierbei das Ziel einer «Enttabuisierung des Militärischen» (zitiert nach Der Freitag, 12.7.2002). Seither richten sich die Eliten ganz explizit immer wieder gegen die «Kultur der (militärischen) Zurückhaltung», die mit der Bonner Republik assoziiert wird.

Auch die Friedensbewegung hat in den letzten 25 Jahren immer wieder die «Militarisierung» oder die neue Offensivausrichtung der deutschen Außenpolitik beklagt. Interessanterweise tat sie das gegenläufig zu Großteilen der Ost- wie West-Linken, die in der Nachkriegszeit eher die Kontinuität der Bundesrepublik mit dem Imperialismus seit den Kaiserreich und Hitlerdeutschland betonten. Kontinuität, nicht Zäsur lautete hier die Kritik an der bundesdeutschen Außenpolitik (vgl. Bredow 2008: 81).²

Für viele Friedensbewegte und Linke ist – etwa im Zuge der außenpolitischen Grundsatzentscheidung vom September 2014, Waffen nun auch in Krisengebiete zu exportieren – heute wieder ein historischer Einschnitt zu beobachten. Von einer Zäsur sprechen jedoch auch diesmal die außenpolitischen Eliten selbst. In ihrer Darstellung hat diese 2014/15 stattgefunden und sei Deutschland von außen aufgezwungen wor-

den. So sprach der frühere Bundesfinanzminister und 2013 unterlegene Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, mit Bezug auf Heinrich August Winkler – von 2014 als dem «Jahr der weltpolitischen Zäsur» und benannte in einer Vortragsreihe als Gründe «den blinde[n] Terror des IS in Syrien und im Irak, Russlands Rückfall in die Großmächtepolitik des 19. und 20. Jahrhunderts oder die um sich greifende Ebola-Epidemie». Deshalb müsse die «Bundesrepublik verstärkt internationales Engagement zeigen und global Verantwortung übernehmen» (Steinbrück 2015). Ähnlich formuliert es eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (Kaim u. a. 2015): 2015 sei das Jahr gewesen, in dem die «gesamteuropäische Ordnung vor einer Zäsur» gestanden habe. «Mit der Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine» habe Russland «wichtige Grundlagen der gesamteuropäischen Ordnung von 1990 zerstört». Über den Bruch des 2+4-Vertrags, des (mündlichen) Versprechens an Gorbatschow, die NATO und die EG/EU würden nicht nach Osten ausgeweitet, oder die Abspaltung des Kosovo von Serbien, auf die sich Putin als eine «Büchse der Pandora» völkerrechtswidriger Sezessionen zu Recht berufen konnte, verlieren die Autoren kein Wort. Das Besondere an dieser Diagnose ist jedoch die neue Offenheit: Immerhin nehmen die Verfasser im Gegensatz zum (alten) Menschenrechtsbellizismus-Spektrum kein Blatt mehr vor den Mund, sondern äußern sich freimütig zu den außenpolitischen Interessen. Sie gehen von zwei konkurrierenden Expansionsmodellen aus. Das russische basiere auf den Säulen panrussischer Nationalismus, «gelenkte Demokratie», wirtschaftspolitischer Protektionismus und Interventionismus und verfolge einen «politisch-kulturellen Sonderweg zwischen Asien und Europa». Mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) beanspruche Russland eine «Führungsrolle in «Eurasien»». Der westliche Ordnungsentwurf beruhe auf den Prinzipien der Erweiterung und der Vertiefung von EU und NATO. Dabei wird von den Autoren der imperiale Charakter Europas klar umrissen, wenn es da heißt: «In diesem Rahmen bemühte sich die EU zunächst in Mitteleuropa – insbesondere seit der Jahrhundertwende im Zuge der Nachbarschaftspolitik aber auch über die neuen Mitgliedstaaten ausgreifend – um eine Stabilisierung ihres Umfelds im Osten und im Süden Europas, indem sie ihre Verfassungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu exportieren suchte.» Die Ukraine Krise sei «nur das sichtbarste Zeichen dafür, dass diese Politik in ihren Grundannahmen fraglich geworden ist und von Russland als Konkurrenzprojekt wahrgenommen» werde (ebd.; vgl. kritisch ferner Strutynski/Altmann 2014: 18 ff.).

Eine durch Russlands Außenpolitik, den IS oder Ebola ausgelöste reaktive Zäsur ist jedoch ein Mythos. In

² Für die alte Friedensbewegung und auch die DDR war (fälschlicherweise) die «Militarisierung» das Hauptmerkmal der imperialistischen Kontinuität, was teilweise zu peinlichen Versuchen führte, neue Qualitäten in der Rüstungspolitik zu identifizieren, wo keine existierten.

Wahrheit erfolgte diese schon viel früher – lange vor dem (Euro-)Maidan und dem imperialen Zerren um die Ukraine, wobei hier verschiedenste innenpolitische Kräfte und ideologische Legitimationen beiderseitig instrumentalisiert werden (Heyden 2015). Die Wurzeln reichen tatsächlich bis zum NATO-Krieg in Libyen im Frühjahr 2011 zurück – und letztlich bis 1990/91, dem Ende der bipolaren Ordnung und der Ausdehnung und auch des militärischen Managements des globalen Kapitalismus durch das American Empire, zu dem Deutschland und die EU als teilautonome Formationen gehören.

Die Annexion der Krim erfolgte im März 2014, nachdem der (Euro-)Maidan am 21. Februar eskaliert war. Die Ausrufung des «Islamischen Staats» im (Nordwest-)Irak und in (Ost-)Syrien erfolgte wiederum erst am 29. Juni 2014, und erst jetzt mehrten sich die Berichte über ISIS-Gräueltaten, die mit dazu führten, dass die USA zwei Monate später begannen, ISIS-Stellungen zu bombardieren, und sich Ende August der Golf-Kooperationsrat und Anfang September die Arabische Liga von ISIS distanzieren. Zuvor hatten die USA noch ISIS geduldet, weil der mit seinen Unterorganisationen wie der al-Nusra-Front gegen die Regierungstruppen von Baschar al-Assad kämpfte und sich erst nach und nach auch gegen andere Assad-Gegner wie die Freie Syrische Armee und die kurdischen Volkseinheiten (YPG) wendete. Dass ISIS staatsähnliche Strukturen aufbaut, wurde der westlichen Öffentlichkeit im Übrigen erst im November 2014 bekannt.

Das zentrale Dokument der neuen deutschen Außenpolitik und der Positionen der sie tragenden Eliten ist immer noch die bereits in der Einleitung erwähnte Studie «Neue Macht – neue Verantwortung» der Stiftung Wissenschaft und Politik, die sie gemeinsam mit dem German Marshall Fund der USA erstellt hat (im Folgenden abgekürzt NMNV-Studie). Der Erarbeitungszeitraum lag zwischen November 2012 und September 2013, das heißt lange vor der Konfrontation mit dem IS und der Krim-Annexion durch Russland. Vorgestellt wurde die Studie durch Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Eröffnungsrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014. Schon der Titel macht deutlich, dass es weniger darum geht, was sich in der Welt verändert hat (etwa die Entstehung «neuer Unsicherheit»), sondern vor allem in Deutschland («die neue Macht»). Dabei ist die globale Projektion dieser Macht das offen angestrebte Ziel: Deutschland sei «überdurchschnittlich globalisiert» und profitiere «wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht», weshalb das «überragende strategische Ziel Deutschlands [...] der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung» sei. Dabei solle Deutschland die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in der EU ausbauen, um so «Formate für NATO-Operationen» zu entwickeln, bei denen man – angesichts der schwindenden Kräfte der USA im Mili-

tärmanagement des globalen Kapitalismus – «weniger auf US-Hilfe angewiesen» sei. Getestet hatte Gauck diese neue Rhetorik und Orientierung schon einmal in seiner Rede zum 3. Oktober 2013, als er sagte, Deutschland sei «bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt», deshalb könne es nicht angehen, «dass Deutschland sich klein macht». Fast wortgleich formulierte SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier diese Botschaft in einer Anfang 2014 vor dem Deutschen Bundestag gehaltenen Rede: Deutschland sei «zu groß und zu wichtig», als dass es sich noch länger darauf beschränken könne, die «Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren» (zitiert nach Stern, 23.10.2014, S. 76). Aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht und geografischen Lage im Zentrum Europas trage Deutschland eine besondere Verantwortung für die Weltpolitik. Steinmeier fügte hinzu: «Wir erkennen unsere Verantwortung an.» Deutschland wolle und werde Impulsgeber für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sein. Der Einsatz von Militär sei dabei zwar immer nur Ultima Ratio, dürfe aber nicht ausgeschlossen werden (ebd.). Gauck wurde in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz noch deutlicher, indem er die militärische Zurückhaltung Deutschlands als «Duckmäusertum» und «Trittbrettfahrerei» geißelte und forderte, Deutschland müsse vom «Nutznießer zu einem Garanten internationaler Sicherheit und Ordnung» reifen, «gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können». In *Internationale Politik*, Deutschlands führender Fachzeitschrift zum Thema, brachte Gunther Hellmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt am Main, den neuen Kurs hinter den blumigen Worten Steinmeiers und der markigen Kriegspfarerrhetorik Gaucks auf den Punkt: «Deutschland, so heißt es, hat «Führungsverantwortung» zu übernehmen. Eine «Kultur der Zurückhaltung», wie sie in Bonner Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewachsenen außenpolitischen «Verantwortung» nicht mehr vereinbar, sei es im Kontext der EU oder in Afghanistan [...]. Berlin sagt «Verantwortung übernehmen», meint aber «Macht ausüben»» (Gunther Hellmann zitiert nach Wagner 2014).

So wird mittlerweile offen ein «imperialer Realismus» (Deppe 2014) im engen Bündnis mit den USA propagiert, der in den Internationale-Beziehungs-Fachbereichen des deutschen Wissenschaftsbetriebs ein starkes Echo und erheblichen Rückhalt findet (vgl. Münkler 2015). Dies ist in der Tat eine neue Qualität, und sie kam unter anderem in der aggressiven Haltung der Bundesregierung (und auch der Grünen) bei der Sanktionspolitik gegenüber Russland zum Ausdruck, die die Anbindung der Ukraine an die EU (und womöglich wenigstens vonseiten der USA auch an die NATO) verfolgte.

Gaucks Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er auf die NMNV-Studie zu den neuen Machtambitionen Deutschlands Bezug nahm, wurde am Folgetag von der bürgerlichen Presse von rechts-

konservativ bis linksliberal euphorisch aufgenommen: *Welt* und *ZEIT* pflichteten bei, indem sie fast wortgleich das «deutsche Ohnmicheltum» (Die Welt, 1.2.2014) und den «ewigen Ohnmichel» (ZEIT ONLINE, 1.2.2014) geißelten, während die *Süddeutsche Zeitung* (1.2.2014) über Deutschlands «defensive Bequemlichkeit» wettete und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (1.2.2014) martialisch den «Abschied von der altbundesrepublikanischen Selbstverzweigung in der Außen- und Sicherheitspolitik» postulierte – all das, wie gesagt, zeitlich lange vor der Krim-Annexion und der IS-Staatsgründung.

Der neue deutsche Diskurs wurde dabei von den wichtigsten Thinktanks der US-Außenpolitik ausdrücklich begrüßt und als Durchbruch angesehen, der es ermögliche, die «Aufgabenverteilung» im politischen und militärischen Management und der Durchsetzung des globalen Kapitalismus neu zu regeln. Besonders enthusiastisch reagierte man jenseits des Atlantiks dabei nicht nur auf die «Selbstkritik» an der deutschen Enthaltung unter FDP-Außenminister Guido Westerwelle während des NATO-«Militäreinsatzes» in Libyen 2011, sondern auch auf die wachsende Bereitschaft in Deutschland, die Rüstungsausgaben zu erhöhen.

Tatsächlich ist Libyen der springende Punkt. Die CDU-Chefin und damalige Oppositionsführerin Angela Merkel hatte sich schon einen Monat vor Beginn des völkerrechtswidrigen Irakkriegs der USA in der *Washington Post* für die kriegskritische Haltung der damaligen rotgrünen Bundesregierung entschuldigt («Schröder doesn't speak for all Germans»). Später zeigten sich viele von Westerwelles Fortsetzung der traditionellen «Politik der militärischen Zurückhaltung» schlichtweg entsetzt. Exemplarisch zu nennen sind die vehementen Angriffe im Deutschlandfunk, einem der lautesten Fürsprecher einer neuen Offensivausrichtung in der deutschen Außenpolitik. In einem Interview mit dem Sender hatte Westerwelle betont: Deutsche Außenpolitik habe, jedenfalls solange er im Amt sei, «eine klare Priorität, nämlich Kriege zu verhindern und politische und diplomatische Lösungen zu ermöglichen», woraufhin Westerwelle angegangen worden war: «Aber die «Kultur der Zurückhaltung» ist altmodischer Genscherismus. Sind wir nicht mittlerweile etwas forscher im Auftreten?», worauf Westerwelle entgegnet hatte: «Die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist zeitgemäßer denn je. Sorgen macht mir ein Neobellizismus, der den Eindruck erweckt, dass militärische Eingriffe schneller, wirkungsvoller und «chirurgisch», sprich, ohne zivile Opfer, möglich seien.» Und auf die Frage, ob er «diesen Neobellizismus auch in Deutschland am Werk» sehe, hatte Westerwelle geantwortet: «Es gibt diesen Neobellizismus auch in der deutschen Diskussion. Manchen Kommentar zum Thema «Schutzverantwortung» für die Zivilbevölkerung habe ich mir vor fünf Jahren noch nicht vorstellen können – so ehrenwert die Motive sein mögen» (zitiert nach Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 30.3.2012).

Aus der Sicht eines Großteils der deutschen Außenpolitikeliten war tatsächlich nicht der Krieg, der Libyen in das heutige Bürgerkriegschaos gestürzt hat, die Katastrophe, sondern Deutschlands Nichtbeteiligung an den Bombardierungen, die nach Schröders Enthaltung beim Irakkrieg als erneuter mutmaßlicher «deutscher Sonderweg», den es nie wieder geben dürfe, und als «diplomatischer Scherbenhaufen» angeprangert wurde. Die NMNV-Studie reagierte explizit auf dieses «Versagen» und wurde zugleich zur zentralen außenpolitischen Grundlage des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD nach den Bundestagswahlen vom 22. September 2013. Die Erleichterung über das Ende der Außenministerzeit von Westerwelle war dabei omnipräsent.³ So schrieb die traditionell transatlantizistische *Welt* am 19. November 2013: «Einig waren sich Union und SPD aber tatsächlich immer dann, wenn es darum ging, die Doktrin des amtierenden Außenministers Westerwelle zu beerdigen. So ist die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer «Kultur der Zurückhaltung» leiten, im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.» Dabei hätten, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6.11.2013) zwei Wochen zuvor, «die Koalitionsunterhändler [...] fast vollständig vom selben Blatt gesungen. Die Positionen und Standpunkte [...] unterscheiden sich nur noch in ganz wenigen Punkten.» Die Formulierungen, so der Artikel weiter, markierten «einen Abschied von der Kultur außenpolitischer Zurückhaltung, die frühere Grundsatztexte prägte. Stattdessen haben die Teilnehmer, wie es aus der Verhandlungsrunde heißt, eine selbstbewusste Rolle Deutschlands beschrieben, die mit dem Bekenntnis beginnt, die Bundesregierung wolle die globale Ordnung aktiv mitgestalten» (ebd.).

Entsprechendes Aufatmen war dann auch aus den transatlantischen Thinktanks zu vernehmen. Exemplarisch kann Christian Nünlist (2014: 1) vom Center for Strategic Studies zitiert werden, der zum Jahreswechsel schrieb: «Die Rückkehr [von Frank-Walter Steinmeier] verspricht eine interessante Zeit. Die Passivität in der deutschen Außenpolitik scheint überwunden.» 2013 sei «kein gutes Jahr für die Berliner Diplomatie» gewesen, so Nünlist weiter, und verwies auf die deutsche Enthaltung bei der Libyen-Bombardierung, die Diskussionen über einen möglichen NATO-Krieg in Syrien sowie den NSA-Abhörskandal (ebd.).

Kurzum, die NMNV-Studie war tatsächlich in Auftrag gegeben worden, um die von Außenminister Westerwelle verfolgte Grundhaltung anzugreifen und Eck-

³ Kurz nach der Bundestagswahl meldete sich Westerwelle noch einmal in einem Interview in der *Welt* (10.11.2013) zu Wort: «Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht.»

punkte für den Koalitionsvertrag einer neuen Nach-Westerwelle-Bundesregierung zu formulieren, von der man einen Kurswechsel erwartete. Mit der Bildung der Großen Koalition trat dies ein. Der Koalitionsvertrag spiegelte die neue Machtprojektion Deutschlands im Rahmen des American Empire wider. Günstige Gelegenheiten, das weit zurückreichende Projekt eines offenen imperialen Realismus in der deutschen Außenpolitik endlich umsetzen zu können, sollten sich bald bieten (siehe IS, Ukrainekrise etc.). Die Befürworter in den staatlichen und privaten Medienapparaten saßen jedenfalls schon in den Startlöchern.

Trotz alledem lässt sich auch aus Sicht einer kritischen und linken Friedensforschung von einem historischen Einschnitt sprechen. Allerdings ist die Entwicklung von 1992 bis 2015 besser als eine große Zäsur im Vergleich zur deutschen Außenpolitik der beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit (geprägt von der Erfahrung mit faschistischem Imperialismus und Krieg; Deppe 2014: 41 ff.) zu betrachten, die eine schrittweise imperiale Neuausrichtung der deutschen Außen-

politik mit sich gebracht hat. Sie war dabei von einer Reihe kleinerer Zäsuren gekennzeichnet, von denen die jüngste der nach dem Libyenkrieg 2011 eingeleitete Übergang zu einem offenen und offensiven imperialen Realismus ist. Die Datierung dieser Zäsur auf das Jahr 2014 ist jedoch als geschichtsklitternder Versuch zu verstehen, einen Mythos zu schaffen. Das Gleiche gilt für Darstellungen, wonach Deutschland diese Neuausrichtung der Außenpolitik quasi von außen aufgezwungen worden ist. Auch das gehört vielmehr zum typischen Propaganda-Arsenal offensiver Außenpolitik. Die Zäsur ist stattdessen ein Ergebnis der inneren Veränderungen in Deutschland und seiner Rolle in der Europäischen Union und im American Empire. Es ist Deutschlands «neue Macht», aus der sich der Anspruch ableitet, globalpolitisch offensiver und mit «neuer Verantwortung» aufzutreten. Dabei ist die Umsetzung dieses Projekts längst in vollem Gange. Seine praktische politische Umsetzung ist Gegenstand des nächsten Kapitels.

II. IMPERIALER REALISMUS? DIE NEUE OFFENSIV-AUSRICHTUNG DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Die neue Offensivausrichtung der deutschen Außenpolitik zielt also auf «mehr Verantwortung». Gemeint ist damit eine größere Rolle des deutschen Staates in der Durchsetzung und im Management des globalen Kapitalismus. In der NMNV-Studie wird dieser Anspruch wie folgt formuliert: «Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen, wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können» (Stiftung Wissenschaft und Politik/German Marshall Fund of the United States 2013: 17). Die «neue» Offensivausrichtung ist damit zunächst Rhetorik: Der in den Begriffen der idealistischen, normativ argumentierenden Außenpolitiktradition formulierte Menschenrechtsbellizismus, mit dem diese Neuausrichtung zunächst durch die rotgrüne Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 auf den Weg gebracht worden war, verschwindet nicht. Gleichwohl aber wird er ergänzt und stellenweise verdrängt durch einen neuen, in der realistischen Außenpolitiktradition und dem politisch konservativen Flügel des Machtblocks beheimateten Diskurs, der offener von materiellen (Macht-) Staatsinteressen ausgeht und diese ins Zentrum rückt. Dieser imperial-realistische Diskurs ist dabei zugleich offener, insofern machtstaatliche Interessen stets ausschlaggebend für außenpolitische Entscheidungen sind und normative Menschenrechtspolitik allenfalls als Teilergebnis von konkreter Außenpolitik möglich ist, solange sie nicht konträr zu den Machtkalkülen dieser Interessen steht.⁴ Diese Rhetorik ist Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewusstseins – und zwar sowohl im Hinblick auf Deutschlands neue Machtstellung in Europa und darüber hinaus in der Welt als auch gegenüber den subalternen Klassen im Innern, denen eine solche offene Machtpolitik nun offenbar zugemutet werden kann oder für die sie immer mehr nachvollziehbar erscheint.

Außenpolitikschulen und Kohärenz

Im vorangegangenen Kapitel wurde gezeigt, dass die Übernahme von «mehr Verantwortung» keine plötzlich aufgetauchte Option ist. Diesbezüglich existiert unter den konzeptionell und ideologisch tätigen Außenpolitikeliten und ihren Meinungsmedien schon seit Mitte der 1990er Jahre ein breiter Konsens. Nun ist es in der begrifflich orientierten Politikwissenschaft und ihrem

Teilbereich der Internationalen Beziehungen gängig, zu unterscheiden zwischen einem bürgerlich-konservativen Flügel, der diese offensivere deutsche Außenpolitik mit eher realistischen Begründungszusammenhängen (machtstaatliche Interessenpolitik im globalen Kapitalismus) formuliert, und einem bürgerlich-liberalen Flügel, der eher auf idealistische Begründungszusammenhänge (universelle Menschenrechtspolitik in «Schutzverantwortung») zurückgreift. Jedoch ist diese Unterscheidung in der politischen Praxis weniger deutlich sichtbar und gehören die realistischen wie die idealistischen Rechtfertigungsideologeme als zwei Seiten einer Medaille zum klassischen Arsenal von offensiver Außenpolitik als solcher (Deppe u. a. 2011: 103 ff.). So bezog sich auch die berühmte Rede von US-Präsident George Bush sen. zur Rechtfertigung einer neuen Weltordnung vom 11. September 1990 gleichermaßen auf beide Traditionen (Achcar 2002: 9 ff.). Im außenpolitischen Neokonservatismus von George W. Bush jr. wiederum verschwammen beide in der Kritik einer historischen US-Außenpolitik, die systematisch mit tyrannischen Regimes kooperierte, solange sie Verbündete waren, zu einer normativen imperialistischen Machtpolitik, mit rhetorischen Rückgriffen auf Werte wie Demokratie und Menschenrechte (Henning 2006).

So oder so wiegt der imperiale Konsens weitaus stärker als die schulische und politische Milieudifferenzierung im herrschenden Block der staatstragenden Parteien. So sind etwa die Grenzen zwischen dem moralpolitischen Menschenrechtsbellizismus im Umfeld der Partei Bündnis 90/Die Grünen und in Teilen der SPD und den stärker imperial-realistischen Positionen im bürgerlich-konservativen Spektrum fließender als die Grenzen zwischen der Haltung der SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen und der konsequenten Position der Linkspartei. Ein Grund für diese Kohärenz ist sicherlich die enge Einbindung des Außenpolitikestablishments und seiner Vordenker in die transatlantischen Außenpolitiknetzwerke, von denen die «Atlantik-Brücke» lediglich eine und nicht einmal die wichtigste ist. Eine Karriere in der deutschen Außenpolitik setzt solcherlei Vernetzungen voraus sowie enge Kontakte zu einschlägigen Thinktanks und zu imperiale Denkweisen popularisierenden Meinungsmedien wie etwa *Foreign Affairs* in den USA (dessen Bedeutung weit über hiesige Debattenorgane wie die führende Zeitschrift *Internationale Politik* oder die *SWP-Aktuell*-Beiträge der Stiftung Wissenschaft und Politik oder das *IPG*-

⁴ Dies ist auch der Hintergrund der von kritischen Intellektuellen oft monierten Praxis, wenn etwa Menschenrechtsverletzungen in verbündeten Ländern übergangen werden und demgegenüber jedoch in gegnerischen Staaten als Gründe für militärische «humanitäre» Intervention angeführt werden. Ein klassisches Beispiel ist die deutsche und allgemeine westliche Bündnispolitik in Bezug auf Saudi-Arabien, wo in etwa dieselben gesetzlichen Menschenrechtsverletzungen gelten, die auch im sogenannten Islamischen Staat etabliert worden sind.

Journal der Friedrich-Ebert-Stiftung hinausgeht⁵). Von diesem konzeptiv-ideologischen Spektrum wurde die Forderung nach der Übernahme von zu «mehr Verantwortung» schon seit den 1990er Jahren immer wieder offen vertreten, führenden Außenpolitikern wurde als Kommunikationsaufgabe nahegelegt, dies noch stärker der deutschen Bevölkerung zu vermitteln. Gerade in diesem Spektrum war das Entsetzen über den Kurs des früheren FDP-Außenministers Guido Westerwelle während des Libyenkriegs besonders groß.

Neu ist jedoch – und das ist ein wesentliches Kennzeichen dieser Zäsur in der allgemeinen Kontinuität deutscher Außenpolitik seit den 1990er Jahren –, dass dieser länger zurückreichende Konsens der Außenpolitikeliten bislang kaum in die öffentliche Rhetorik deutscher Außenpolitiker diffundierte, sich aber nun im Grunde in einen Diskurs verwandelte, der vielen als eine breit angelegte Propagandaoffensive mit einer seltenen Einstimmigkeit erschien zwischen Regierungsapparaten, staatlichen Medien wie dem Deutschlandfunk und den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen sowie den privaten bürgerlichen Medien, ganz gleich ob konservativer oder liberaler Couleur. Es ist vor diesem Hintergrund eine neue Qualität, dass ein imperialer Realismus offen seitens der führenden Akteure in der deutschen Außenpolitik ausgesprochen und angestrebt wird.⁶ Es handelt sich somit in der Tat um das, was Jürgen Wagner (2014) von der Informationsstelle Militarisation e.V. in Tübingen richtig als «Paradigmenwechsel zur offensiven Verantwortungsrhetorik» bezeichnet hat.

Es würde jedoch zu kurz greifen, die neue deutsche Außenpolitik als eine rein rhetorische Kurskorrektur zu verstehen. Der neue imperiale Realismus Deutschlands ist keiner, der sich bloß auf Rhetorik beschränkt oder auf zukünftiges Handeln fokussiert ist. Es handelt sich hierbei vielmehr um ein politisches Projekt, das schon längst in Gang gesetzt worden ist – und zwar weit vor dem Ukraine Konflikt und anderen außenpolitisch relevanten Ereignissen. Die neue Offensivausrichtung ist damit eine, die zeitgleich, nicht ohne Rückschläge, aber doch mit einiger Systematik in die Praxis umgesetzt wird. Dabei besitzt dieses Projekt nicht nur eine außen-, sondern auch eine nicht zu unterschätzende innenpolitische Dimension.

Umbau der Bundeswehr zur Out-of-Area-Armee

Die finanzpolitische Seite dieser innenpolitischen Dimension erschließt sich leicht: Die finanzielle Besserausstattung der Bundeswehr, das heißt die Aufrüstungspolitik, etwa impliziert insbesondere im Kontext von CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäubles Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts Ressourcenkürzungen oder ungenügende Investitionen in andere gesellschaftlich relevante zivile Infrastrukturbereiche (etwa in die unterfinanzierten Bereiche Bildung und Sozialwesen). Daneben gehört jedoch zur innenpolitischen Dimension gleichermaßen eine ideologische Offensive in Richtung einer Normalisierung des

Militärischen im Alltag. Hierzu zählt auch der Versuch, die Bundeswehr im öffentlichen Raum als ganz normalen Arbeitgeber zu bewerben, der vor dem Hintergrund einer Ausuferung des Niedriglohnssektors und befristeter und prekärer Beschäftigungsverhältnisse besondere soziale Sicherheit sowie Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten verspricht. Schon jetzt gibt es ja auch in Deutschland das aus den USA bekannte Phänomen der wirtschaftsbedingten Wehrpflicht (*economic draft*), insofern Ostdeutsche in den unteren Rängen der einfachen Rekruten nicht nur weit überdurchschnittlich präsent sind, sondern auch in der ISAF-Mission in Afghanistan die Mehrheit unter den deutschen Soldaten bildeten (DIE ZEIT, 26.11.2009). In diesem Sinne hat die Bundesregierung auch in ihrem Koalitionsvertrag von 2013 eine hohe Priorität der «Steigerung der Attraktivität des Auftraggebers Bundeswehr» zugewiesen. Man vereinbarte für die laufende Legislaturperiode eine «Attraktivitätsoffensive», zu der mit dem «Aufbau der Kinderbetreuung [...] für mehr Familienfreundlichkeit» auch ein besonderes Steckenpferd von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen gehörte. Teil der ideologischen Normalisierungsoffensive ist auch, für eine stärkere Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Leben zu sorgen – nicht zuletzt, um über Jugendoffiziere an Schulen, Hochschulen oder auf Ausbildungsmessen Arbeitskräfte rekrutieren zu können.

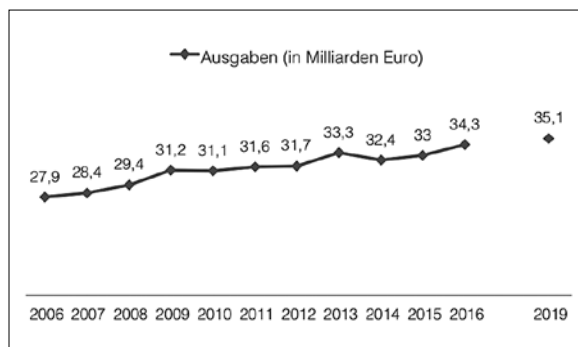
Im Hinblick auf die außenpolitische Dimension wiederum zählen zu den entscheidenden Wegmarken des Projekts: 1. die Aufstockung des Wehretats und die Aufrüstung der Bundeswehr, 2. der Plan, die Bundeswehr auch mit waffenfähigen Drohnen auszustatten, 3. die außenpolitische Grundsatzentscheidung vom September 2014, künftig Waffen nun auch in Krisengebiete liefern zu wollen, und 4. die spezifische und durchaus aggressive Bündnispolitik in den Regime-Change-Aktivitäten, so wie sie erstmalig während des Ukraine Konfliktes sichtbar wurden.

Die Entwicklung des «Verteidigungsetats» ist tatsächlich ein Indikator dafür, welche Rolle militärische Machtprojektionskapazitäten zukünftig als Aspekt der «neuen Verantwortung» spielen sollen. Die deutschen Militärausgaben sind seit 2014 deutlich angehoben worden. Die Aufstockung des «Verteidigungsetats» steht dabei in keinem Verhältnis zur Aufstockung des Etats zur zivilen Entwicklungszusammenarbeit (Lammers 2015). Obwohl in den jährlichen Bundeshaus-

⁵ Wer sich mit dieser (anglo-)amerikanischen Zeitschriftenlandschaft vertraut macht, dem fällt sehr schnell auf, dass die wichtigsten Vertreter des deutschen Außenpolitik-Establishments schon seit den 1990er Jahren Organe wie *Foreign Affairs* gern und oft genutzt haben, um an dieser Stelle über die Friedenssehnsucht und Nichtinterventionshaltung der deutschen Bevölkerung zu lamentieren und Wege zu eruieren, wie dies überwunden werden könnte. ⁶ Dieser Konsens bedeutet im Übrigen nicht, dass dieses Projekt nicht noch erhebliche Differenzen und Schattierungen zulässt. Diese sind auch rhetorischer Natur, aber nicht nur. So unterscheidet sich etwa Gaucks bisweilen radauhafte imperiale Attitüde und auch kulturkonservativ eher nach innen gerichtete militaristische Rhetorik doch deutlich von Frank-Walter Steinmeiers Rhetorik und durchaus auch von Steinmeiers konkreter, zuweilen eher ausgleichsorientierter Politik – etwa im Ukraine Konflikt, in der Steinmeier in Anbetracht der westeuropäischen Energieabhängigkeit von Russland und der starken Wirtschaftsverflechtungen zwischen Deutschland und Russland, die zu Konzernprotesten führten, auch die Kunst des machtpragmatischen taktischen Rückzugs meisterte.

halten seit 2009 bewilligte Mittel im Umfang von 3,04 Milliarden Euro vonseiten der Bundeswehr nicht ausgeschöpft worden sind und der «Verteidigungshaushalt» aus diesem Grund ursprünglich eingefroren werden sollte (Spiegel Online, 13.10.2014), hat die Bundesregierung im März 2015 dessen deutliche Erhöhung beschlossen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble betonte im Vorfeld des Beschlusses in einem Interview in *Bild am Sonntag*, dass Deutschland im Kontext von «Krisen und Instabilitäten in der Welt [...] in den nächsten Jahren höhere Leistungen für Verteidigung schultern» müsse (zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 1.3.2015). Am 18. März beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien den Rahmenplan für den Bundeshaushalt 2016 und einen Finanzplan bis 2019. So soll der Etat der Bundeswehr bis 2019 sukzessive von 32,97 Milliarden Euro (2015) auf 35,01 Milliarden Euro erhöht werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.2015). Damit erhält die Bundeswehr acht Milliarden Euro und 6,2 Prozent mehr, als in den ursprünglichen mittelfristigen Finanzplänen vorgesehen waren (Dewitz 2015) – eine Tatsache, die im US-Außenpolitik-Establishment Jubelstimmung hervorrief (Braw 2016). Am 26. Januar 2016 schließlich kündigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen «eine regelrechte Rüstungsoffensive» an, bei der bis 2030 insgesamt 130 Milliarden Euro «in die Neuanschaffung von Rüstungsgütern» gesteckt werden (Wagner 2016).

Grafik 1: «Verteidigungsetat» der Bundeswehr



Von der Leyen begründete diese Aufrüstung schon während der Bundestagsdiskussion um den Rahmenplan für den Bundeshaushalt 2016 mit der Notwendigkeit für «ein höheres NATO-Engagement und zur Stärkung des verteidigungsinvestiven Bereichs» (zitiert nach IMI-Standpunkte 2015/009). Zwar wird etwa von der Stiftung Wissenschaft und Politik die Forderung der NATO nach Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts als eine «Illusion» bezeichnet, weil «viele Nato-Europäer [...] weder willens noch in der Lage» seien, «sie umzusetzen» (Mölling 2014: 1). Trotzdem sieht sich die Bundesregierung in der Pflicht, den Bundeswehretat mittelfristig in diese Richtung aufzustocken. So betonte auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und neue Wehrbeauftrag-

te im Bundestag, Hans-Peter Bartels (SPD), dass man «mit der Annexion der Krim durch Russland [...] in eine neue Epoche eingetreten» sei, und kritisierte, dass die Bundeswehr trotz der deutlichen Anhebung des Militärhaushalts nur «eingeschränkt» für den «NATO-Verteidigungsfall» ausgerüstet sei (zitiert nach Dewitz 2015). So wird auch kaum ein Hehl daraus gemacht, dass die Steigerung der Rüstungsausgaben im Zusammenhang mit der offensiven Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik zu verstehen ist. So bekräftigte der stellvertretende verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingo Gädechens, in einer Pressemitteilung, dass sich Deutschland «in den nächsten Jahren [...] angesichts der angespannten internationalen Sicherheitslage verstärkt in Friedensmissionen und Auslandseinsätzen einbringen» werden müsse, weshalb Deutschland «mehr denn je eine moderne und leistungsstarke Armee» bräuchte.

Liebäugelei mit Kampfdrohnen

Nun ist die Erhöhung des Militärhaushaltes in Deutschland zwar signifikant im Vergleich zur Vergangenheit und sie darf angesichts von Ausgabenkürzungen und allgemeiner Unterfinanzierung der sozialen Daseinsvorsorge in Deutschland auch empören. Gleichwohl täuschen die quantitativen über die qualitativen Veränderungen hinweg. Selbst in den Jahren, als die Ausgaben der Bundeswehr nur in geringerem Maße gestiegen sind oder etwa 2014, als der Etat nicht ausgeschöpft werden konnte und Mittel sogar an das Bundesfinanzministerium zurückflossen, hat man gezielt die Umrüstung der deutschen Bundeswehr in eine Out-of-Area-Armee vorangetrieben. Zur qualitativen Umstrukturierung gehört dabei – jenseits der Anschaffung von neuen Panzern und Gewehrssystemen – der Plan, die Bundeswehr mit Drohnen auszurüsten. Zwar nutzt die Bundeswehr schon seit den 1980er Jahren unbemannte Flugobjekte zu militärischen Aufklärungszwecken, jetzt plant die Bundesregierung die Entwicklung beziehungsweise die Anschaffung von «bewaffnungsfähigen» Drohnen. Dieser Plan beruht nach Angaben des früheren CDU-Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière auf einem Konsens innerhalb der (schwarzgelben) Bundesregierung, gleichwohl aus den Reihen des FDP-Koalitionspartners leise Kritik an der Anschaffung solcher Kampfdrohnen zu vernehmen war (Märkische Allgemeine Zeitung, 6.8.2012).

Der Plan, die Bundeswehr mit bewaffnungsfähigen Drohnen auszustatten, reicht wohl schon ins Jahr 2008 zurück, als das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einen Public-private-Partnership-Wettbewerb für solche unmittelbar kriegsfähigen Drohnen ausschrieb. Die Entscheidung der Bundesregierung fiel dabei nicht zufällig just in die Zeit, als sich auch die USA strategisch in Richtung Drohnenkrieg umorientierten. Der Obama-Administration diente dieser in erster Linie dazu, einen unpopulären Krieg «gegen den Terror» durch Minimierung der eigenen Truppen-

verluste auch auf Kosten der Zivilbevölkerungen in den Kriegszielländern fortsetzen zu können. Tatsächlich ist dieser US-amerikanische Krieg, gekennzeichnet von der anhaltenden Missachtung völkerrechtlicher und rechtsstaatlicher Prinzipien und extralegalen Tötungen (ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren etc.), insbesondere aufgrund der hohen Zahl an zivilen Opfern, sogenannten Kollateralschäden, zu einem der wirksamsten Konjunkturprogramme des islamfundamentalistischen Terrorismus in der Welt geworden.

Nachdem die Bundeswehr bereits ab 2010 israelische Kampfdrohnen vom Typ Heron 1 geleast und in Afghanistan zum Einsatz gebracht hatte, erhielt schließlich 2012 mit Cassidian das für Rüstungsaufträge zuständige Tochterunternehmen der EADS (heute: Airbus Group SE) den Zuschlag bei der staatlichen Ausschreibung und entwickelt seither eine Kampfdrohne namens Talarion. Im Finanzplan der Bundesregierung wurden im Rahmen des Verteidigungshaushalts zudem für die Entwicklung von Euro-Hawk-Kampfdrohnen 168 Millionen Euro bewilligt, mit denen drei eigene solcher Maschinen entwickelt und gebaut werden sollten (Strutynski/Altmann 2013). 2013 geriet dieser Prozess allerdings ins Stocken, angeblich weil die in Auftrag gegebenen Drohnen «trotz früherer Warnungen» keine deutschen und europäischen Luftraumzulassung bekommen hätten, weshalb auch in der konservativen Presse kritisiert wurde, dass hier «wissentlich» über eine Milliarde Euro an Steuergeldern «in den Sand gesetzt» worden seien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.2013). Insofern aber die Bundesregierung schon zur Zeit der Auftragsvergabe über die zu erwartende Nichterteilung der Luftraumzulassung Bescheid wusste und das Projekt trotzdem weiter vorantrieb, liegt die Vermutung nahe, dass schon hier die Entwicklung von Kampfdrohnen für Out-of-Area-Einsätze geplant worden war. Aufgrund massiver Kritik musste die Bundesregierung jedoch erst einmal wieder auf die Leasing-Option setzen. 2015 entschied dann das Verteidigungsministerium offiziell die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Am 12. Januar 2016 wurde schließlich bekannt, dass die Bundeswehr die Kampfdrohnen Heron TP von Israel und nicht das US-amerikanische Predator-Modell leasen wird (ZEIT Online, 12.1.2016). Dieser Kampfdrohrentyp lässt sich mit bis zu einer Tonne an Waffen bestücken und ist für bis zu 36 Stunden in Flughöhen von bis zu 13.700 Metern einsatzfähig. Zugleich gilt dies, wie die Bundeswehr einen Tag später über ihre Internetseite mitteilte, nur als Übergangslösung bis zur – für 2025 geplanten – Fertigstellung einer gemeinsam mit den Staaten Frankreich, Italien und Spanien entwickelten Eurodrohne, für die schon 2012 im Finanzplan bis 2017 als deutscher Anteil weitere 660 Millionen Euro eingestellt worden waren.

Nun behauptet die Bundesregierung, die Umorientierung in Richtung bewaffnungsfähige Drohnen sei nicht gleichbedeutend mit dem Ziel, selbst bewaff-

nungsfähige Drohnen zu Artilleriezwecken zu nutzen und sich am völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA zu beteiligen. Damit macht sich die Bundesregierung jedoch unglaublich, insofern die Entwicklung von bewaffnungsfähigen Drohnen keinen Sinn macht, sofern sie nicht zu militärischen Kriegszwecken eingesetzt werden sollen. Tatsächlich gibt es bereits weitere konkrete Hinweise, dass dem deutschen Staat eine solche Orientierung vorschwebt. So gab etwa die Bundeswehr schon 2010 bei einem ihrer zentralen privaten Expertise-Dienstleister eine Studie zur «Wirksamkeit von unbemannten Luftangriffsflugzeugen» in Auftrag (German Foreign Policy, 23.3.2010; vgl. ferner Marischka 2014). So oder so lehrt die Erfahrung, dass offiziellen Bekundungen in solch umstrittenen Fragen kaum zu trauen ist. Obwohl zum Beispiel auch die britische Regierung lange Zeit bestritten hat, sie bereite sich mit ihrem fünf Milliarden Euro schweren Kampfdrohnenprogramm auf praktische militärische Interventionen vor (Henken 2014), ist inzwischen bekannt, dass sie spätestens seit September 2015 an extralegalen Tötungen mithilfe von Kampfdrohnen beteiligt ist (ZEIT Online, 7.9.2015).

Waffen in alle Welt

Die größte Kurskorrektur in Bezug auf die deutsche Außenpolitik ist allerdings die umstrittene Grundsatzentscheidung vom September 2014, mit der Deutschland sich das Recht erteilt hat, von nun an auch Waffen in Krisen- und (Bürger-)Kriegsgebiete zu liefern. Dies ist tatsächlich ein außenpolitischer Tabubruch, insofern der deutsche Staat damit die Absicht bekundet, in Zukunft offen mit militärischen Mitteln imperiale Interessenpolitik zu betreiben. Hier geht es längst um mehr als darum, eine «Schutzverantwortung» wahrzunehmen, Deutschland wird sich damit vielmehr zukünftig in eine eigenständig aktive Kriegspartei in Konflikten weltweit verwandeln. Damit umrissen ist nicht mehr bloß ein schwammiger, «liberal-idealistischer» Menschenrechtsinterventionismus, der auf der völkerrechtlich gleichsam fragwürdigen Konstruktion der *responsibility to protect* beruht (Obenland/van Aken 2014). Vielmehr geht es hier um eine Neudefinition deutscher Außenpolitik entlang imperial-realistischer Linien. Deutschland betreibt in dieser seine Politik nicht im Namen «fremder Interessen» (etwa zum Schutz lokaler Zivilbevölkerungen vor Völkermord im Namen der durch die Genfer Konvention geschützten universellen Menschenrechte), sondern im eigenen Namen staatlich definierter Machtinteressen, die am Ziel einer Durchsetzung und Aufrechterhaltung des globalkapitalistischen Systems ausgerichtet ist. Es ist nicht zuletzt aus diesem Grund, dass die Bezeichnung dieser neuen Orientierung mit dem Begriff des «imperialen Realismus» (Deppe 2014) tatsächlich treffend gekennzeichnet ist.

Auch diese Politik ist längst nicht nur bloße Theorie. Deutschland rangiert schon seit langer Zeit stets unter den größten Waffenexporteuren der Welt, im

Jahr 2015 nahm es den dritten Platz ein. Eine demokratische Debatte über diese Praxis wäre angesichts der massiven internationalen, aber auch nationalen Rückwirkungen dringend geboten. Lange Zeit war dies jedoch überhaupt nicht möglich, weil die hierfür benötigten Informationen fehlten. Jährliche Rüstungsexportberichte etwa gibt es erst seit 1999, und ihre Veröffentlichung wird auch heute noch vonseiten der Bundesregierung immer wieder hinausgezögert.⁷ Diese Berichte weisen deutsche Waffenexporte zudem nur ex post aus. Nur in den seltensten Fällen werden anstehende Rüstungsexportvorhaben überhaupt publik und können so Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung werden.

Gerade im Kontext der gewachsenen globalen Instabilitäten, so wie sie auch von der Bundesregierung beschworen werden, sind Rüstungsexporte hochgradig problematisch, weil sie viele Konflikte in der Welt anheizen, die als gewaltsame Auseinandersetzung zugleich wiederum die Hauptursache der weltweit dramatisch angestiegenen Flüchtlingszahlen sind (siehe hierzu vor allem Kapitel V.). Deutschland macht sich so zum Exportweltmeister in Sachen Fluchtursachen. In gewisser Hinsicht tragen die deutschen Waffenexporte maßgeblich zu jenen globalen Problemen bei, die Deutschland vermeintlich nun mit «neuer Verantwortung» und notfalls militärisch «lösen» möchte.

Die Waffenexportproblematik gilt zunächst einmal ganz allgemein, da *erstens* Waffen von anderen Staaten nicht importiert werden, um sie anschließend nicht zu benutzen. Zwar müssen Waffenexporte in Deutschland vom Bundessicherheitsrat nun explizit in Einzelfallverfahren genehmigt werden. Die Bundesregierung behält sich das Recht vor, etwa Waffenlieferungen an bestimmte verfeindete Staaten nicht zu genehmigen. Zugleich aber liest sich *zweitens* die Liste der Zielländer deutscher Waffenexporte nicht gerade als ein «Who is Who» demokratischer Staaten, in denen die Menschenrechte sowohl innen- wie außenpolitisch geachtet würden. So gelobte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zwar, deutsche Rüstungsexporte zu begrenzen, jedoch ging auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage des außenpolitischen Sprechers der Linksfraktion im Bundestag, Jan van Aken, hervor, dass allein zwischen Januar und Juni 2015 Rüstungsexporte im Wert von 6,35 Milliarden Euro (3,3 Mrd. über Einzel- und 3,0 Mrd. Euro in Sammelausfuhrgenehmigungen) stattgefunden haben. Damit exportierte Deutschland allein in der ersten Jahreshälfte 2015 fast genauso viele Waffen wie im gesamten Jahresverlauf 2014 (6,35 Mrd. Euro).⁸ Die Einzelausfuhrgenehmigungen steigerten sich um 50 Prozent und setzten damit den Trend zu expandierenden Waffenexporten – bei insgesamt großen Fluktuationen – fort (vgl. Tabelle 1). Für das Jahr 2015 gehen Schätzungen von einem Rekordgeschäft von etwa 12,7 Milliarden Euro aus.

Tabelle 1: Waffenexporte in Milliarden Euro

2005	1,3
2006	1,1
2007	8,72 ⁹
2008	5,79
2009	5,04
2010	5,49
2011	10,80 ¹⁰
2012	8,87
2013	8,34
2014	6,50
2015	[12,70]

Quelle: Rüstungsexportberichte

Zu den Staaten, für die in diesem Zeitraum Waffenlieferungen genehmigt wurden, zählen Israel, Algerien, Russland und Kuwait. Überhaupt stehen Staaten ausgerechnet der arabischen Welt ganz oben auf der Liste der Länder, die immer mehr Waffen «Made in Germany» beziehen. Der Wert der Ausfuhren dorthin hat sich zwischen 2014 und Mitte 2015 von 219 Millionen auf 587 Millionen Euro erhöht. Darunter befinden sich auch Waffenlieferungen an die theokratische Diktatur Saudi-Arabien, die nicht nur im Innern für schwerste Menschenrechtsverbrechen verantwortlich ist, sondern unter Duldung des «Westens» auch im Ausland. So ist das saudische Militär in Bahrain einmarschiert, wo die 5. Flotte der US-Marine stationiert ist, um dort gegen den lokalen Arabischen Frühling vorzugehen. Zugleich führt es einen (Bomben-)Krieg gegen den Jemen und ist das saudische Regime neben dem in Katar einer der wichtigsten Unterstützer von ISIS im Irak und in Syrien gewesen. Somit unterstützt die Bundesregierung aktiv ein Regime, das systematisch Fluchtursachen produziert.

Die Waffenlieferungen nach Nordafrika und in den Mittleren Osten wären aber *drittens* selbst dann ein Problem, wenn sie an Staaten gingen, die nicht gerade gegen ihre Nachbarn oder ihre eigene Bevölkerung Krieg führen. Dies hängt mit mehreren Gründen zusammen: Zum einen findet bei deutschen Waffenexporten nicht nur keine Kontrolle der spezifischen Einsatzweise der Waffen, sondern auch keine Endverbleibskontrolle statt. Das heißt, es wird nicht überprüft, ob in Deutschland produzierte Waffen entgegen von offiziellen Vereinbarungen später nicht doch noch in Krisengebieten landen. Darüber hinaus sind Rüstungsexporte insbesondere nach Nordafrika und in den Mittleren Osten insofern ein Problem, weil die lange Lebensdauer von Waffen, die je nach Typ bei 20 bis 30 Jahren liegen kann, zur Folge hat, dass im Kon-

⁷ Nach der Massenhinrichtung von 47 Menschen in Saudi-Arabien wurde Kritik an den Rüstungsexporten in dieser Golfstaaten-Theokratie laut. Daraufhin verteidigte SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zwar die Fortsetzung der umfangreichen Waffengeschäfte, kündigte zugleich jedoch mehr Transparenz an (Spiegel Online, 25.1.2016). ⁸ Vgl. www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2015/11/kA-R%C3%BCstungsexporte-durch-das-Bundesministerium-der-Verteidigung-Die-Linke-Jan-van-Aken-14.10.2015.pdf. ⁹ Spitzenwert bis dahin. ¹⁰ Folge einer Softwareumstellung, hier sind Exporte von 2010 eingeflossen.

text der globalen Instabilitäten eine starke Waffendispersion ins Umland stattfindet. Waffen, die etwa nach der Annäherung zwischen Libyen und dem Westen ab 2003 in dieses nordafrikanische Land geliefert wurden, fanden sich nach Ende des libyschen Bürgerkriegs und der NATO-Intervention nachweislich in 17 Kriegs- und Krisenregionen von Mali bis Afghanistan wieder. Bekannt ist auch, dass ein signifikanter Teil der Waffen in den Händen von ISIS aus Depots stammt, die die Terrororganisation in den sunnitisch dominierten Gebieten des Iraks erobert hat und die auf Waffenlieferungen der USA und der Europäischen Union zurückgehen. Für besondere Aufruhr sorgte folgender Sachverhalt: Vor Kurzem musste das Pentagon auf Nachfrage zugeben, dass auch die Armee von Toyota-Pickup-Trucks, die in zahlreichen ISIS-Propagandavideos zu sehen ist, Teil von Militärbeständen ist, die die US-Armee nach ihrem Abzug aus dem Irak der Maliki-Regierung überlassen hatte.

Deutsche Waffenexporte sind also ein grundsätzliches Problem. Sie gehören im engeren Sinne aber nur insofern zur neuen offensiven Ausrichtung der deutschen Außenpolitik, als dass die Bundesregierung mit ihnen nun selbst offen und bewusst eigene Interessen verfolgen und durchsetzen will. Entscheidend ist mithin der außenpolitische Tabubruch durch gezielte Waffenlieferungen in Krisengebiete. Den Auftakt hierzu machte die Bundesregierung im September 2014, als sie begann, die prowestlichen, im Nordirak aktiven kurdischen Peschmerga-Einheiten im Kampf gegen ISIS materiell zu unterstützen, die seit Februar 2015 auch von Deutschland ausgebildet werden. So haben 2015 um die 100 Bundeswehrsoldaten insgesamt 4.800 kurdische Kämpfer an Waffen trainiert. Dieses Programm wird 2016 fortgesetzt und die daran beteiligte Bundeswehreinheit auf 150 Soldaten aufgestockt.

Damit macht sich Deutschland, wie bereits ausgeführt, zur aktiven Kriegspartei im Irak und in Syrien. Diese Tatsache ist jedoch nicht zuletzt auch deshalb bedeutsam, weil so gut wie sämtliche jüngeren mit ISIS sympathisierenden (Selbstmord-)Attentäter in Frankreich, Großbritannien und den USA ihre Taten als «Rache für Syrien» deklarierten. Mit anderen Worten: So wie nach den Pariser Anschlägen vom 13. November 2015 von führenden Politikern und Medien diesseits wie jenseits des Rheins von einem (Welt-)Krieg gesprochen wurde, werden die Einmischungen des «Westens» von sehr vielen Menschen als Kriegshandlungen begriffen. In den Augen der Attentäter, von denen bekanntlich viele im Westen sozialisierte und im Internet radikalisierte «einsame Wölfe» sind, macht diese Politik auch Deutschland zum Kriegsgebiet.

Es wäre einzuwenden: Nun hat Deutschland über den Umweg seiner Geheimdienste im Grunde genommen schon immer Waffen in Krisengebiete geliefert, so zum Beispiel während des pakistanisch-indischen Kriegs 1965, während des sogenannten Biafra-Kriegs mit zwei Millionen Toten in Nigeria (1967–1970) oder an Südafrika, das mit den gelieferten Waffen den Apartheidstaat verteidigte und die Unterdrückung des African National Congress und des seinerzeit vom «Westen» noch als «Terroristen» bekämpften Nelson Mandela bewerkstelligte (Neues Deutschland, 22.8.2014). Es ist jedoch trotzdem eine neue Qualität, wenn diese Praxis nun zur offiziellen außenpolitischen Richtlinie im «nationalen Interesse» erklärt wird, die zudem noch offen gegen die selbstauferlegten Rüstungsexportrichtlinien und den Willen der Bevölkerung verstößt, die Umfrageergebnisse zufolge mehrheitlich etwa Waffenlieferungen in den Irak ablehnt (vgl. König/Detje 2014).

Die beiden vorangegangenen Kapitel resümierend, lässt sich feststellen: Deutschland hat unter der Großen Koalition einen massiven Schritt in Richtung einer offensiv-imperialen Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik getan. Diese orientiert sich nun deutlich an deutschen (Macht-)Interessen an Europas brehenden Grenzen und perspektivisch darüber hinaus und benennt als Interesse zugleich die Durchsetzung und das notfalls militärische Management des globalen Kapitalismus, weil das deutsche Entwicklungsmodell in besonderem Maße auf das reibungslose Funktionieren dieses Wirtschaftssystems angewiesen sei. Zu den Widersprüchen dieses Systems, die es zu bearbeiten gilt, werden nun auch noch die zunehmenden Kriegskonflikte und Krisenherde gezählt. Damit stellen sich jedoch Fragen nach der Motivlage und dem Zeitpunkt dieser erklärten Kursänderung: Warum forciert der deutsche Staat diese offensive Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik gerade jetzt? In welchem Verhältnis steht diese zu den politischen und ökonomischen Veränderungen des globalen Kapitalismus (ganz allgemein und im deutschen Entwicklungsmodell sowie dem Machtblock, auf dem es fußt, im Besonderen) seit Ausbruch der Krise 2007? Welchen Einfluss hatten die jeweiligen Veränderungen auf die deutsche Außenpolitik? Gibt es also einen Zusammenhang zwischen der globalen Krise, ihrem Management, den Verschiebungen in der Weltwirtschaft und der neuen deutschen Außenpolitik? Und was hat die globale Krise mit der dramatischen Zunahme von globalen Kriegen, Krisenherden und steigenden Flüchtlingszahlen zu tun? Diesen Fragen wendet sich das nächste Kapitel zu.

III. INNEN-AUSSEN-DIALEKTIKEN: DIE KRISE NACH DER GLOBALEN AUSTERITÄTSPOLITISCHEN WENDE UND DIE EXTERNALISIERUNG INNERER WIDERSPRÜCHE

«Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.» Der einstige SPD-Bundesfinanzminister und ehemalige LINKE-Bundespartei-Vorsitzende Oskar Lafontaine hat diesen berühmten Satz des französischen Sozialisten Jean Jaurès oft genug herbeizitiert, um die Kriege, für die nun auch Deutschland «neue Verantwortung übernommen hat», mit dem früheren SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und seiner Friedensnobelpreisrede als die «ultima irratio» scharf zu kritisieren (Lafontaine 2007). Und doch: Was bedeutet es eigentlich zu sagen, der Kapitalismus sei ohne (Krise und) Krieg nicht zu denken, wer also vom Kapitalismus nicht reden wolle, der solle auch vom Krieg schweigen, und wer nachhaltigen Frieden wolle, müsse den Kapitalismus abschaffen, da dieser grundsätzlich nicht friedensfähig sei? Denn nichts anderes besagt ja dieser radikale Satz des nicht ganz so radikalen Politikers Jaurès, der sich und seine Partei – wie Rosa Luxemburg (1979: 5 ff.) seinerzeit beklagte – als Teil einer linken Regierung zur Zeit der Dreyfuss-Affäre diskreditierte, weil sie durch die Regierungsbeteiligung den Machterhalt über die Aufklärung der Affäre stellte. Und wie ließe sich die Aussage dieses Satzes überhaupt belegen?

Der vulgäre Antiimperialismus tendierte dazu, die Kriege des Nordens im globalen Süden auf äußerst eng gefasste Rohstoff- und Absatzmarktinteressen zurückzuführen. Nun ist es richtig und wichtig, nach ökonomischen Interessen zu fragen. Dies ist geradezu elementar in einem historischen Kontext, in dem etwa während der Clark-Debatte zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs, wie bereits ganz zu Beginn erwähnt, der Begriff der Interessen und Kriegsziele wieder fast völlig aus dem Blick geraten ist (Pätzold 2014). Andererseits lässt sich an den außenpolitischen Debatten zwischen der Krise von 1873 und dem Ersten Weltkrieg ablesen, wie damals die staatlichen Akteure in Großbritannien, den USA und Deutschland die Notwendigkeit, «imperialistisch» zu werden, immer wieder mit eben solchen Problemanalysen von den (vermeintlichen) Grenzen der Akkumulation im nationalstaatlichen Innern begründeten (vgl. hierzu näher Solty 2015a). Und doch sollte die Zögerlichkeit des «Westens», in die jüngsten Kriege einzutreten, aufhorchen lassen. Sie erfordert eine genaue Untersuchung der Gründe für die Entscheidungen zugunsten von NATO-Kriegsinterventionen (Libyen) oder – wenigstens ursprünglich – dagegen (Syrien). Erklärungsbedürftig ist bei alledem auch der teilweise erratische Charakter der Politik der einzelnen westlichen Regierungen in den mit der globalen Krise koinzidierenden Kriegen, zum Beispiel die Tatsache, dass Frankreich und Italien zunächst vehement vor der Bewaffnung der Anti-Gaddafi-Kräfte in Misrata und Bengasi warnten und plötzlich 180-Grad-Kehrt-

wende vollzogen und (mit) als Erste den Nationalen Übergangsrat als souveräne Staatsvertretungen Libyens anerkannten (vgl. hierzu ausführlich Solty 2011a). Mit einer vulgär-antiimperialistischen Theorie und einem entsprechenden Politikverständnis lassen sich solche Phänomene schlichtweg nicht entschlüsseln.

Unpacking the State: Außenpolitik als Innen-außen-Dialektik von «Staats-Zivilgesellschaftskomplexen»

Es soll in diesem Kapitel darum gehen, die neue geostrategische Konstellation in den Blick zu nehmen, welche die 2014 eingeleitete und 2015 Schritt für Schritt in die Praxis umgesetzte neue deutsche Außenpolitik und ihre offensivere Ausrichtung seit 2014 erklären hilft. Dies geht allerdings nicht auf direktem Weg – und zwar aus einem zweifachen Grund. Zum einen ist die Außenpolitik Deutschlands nicht ohne seine Bündnispartner in der NATO, auf die sie trotz allem bis auf Weiteres angewiesen sein wird, zu denken, und das heißt im Besonderen nicht ohne die USA als dem militärisch, politisch und finanziell weiterhin dominanten Akteur in der Weltpolitik. Zum anderen lag die Stärke der linken und der marxistischen oder von Marx ausgehenden Außenpolitikanalyse stets darin, dass sie das Ziel verfolgt hat, die Außenpolitik der Staaten systematisch in Verbindung mit den Verhältnissen in ihrem Innern zu betrachten. Oder mehr noch: sie in Beziehung zu dem Widerspruch zu setzen, dass dem System des Kapitalismus eine (zur Globalisierung tendierende) Expansions-tendenz, ja Notwendigkeit der Expansion immanent ist, er aber zugleich in einem internationalen System von Nationalstaaten organisiert ist (Hirsch 2005: 58 ff. u. 101 ff.), woraus sich Interessenkonflikte verschiedenster Art ergeben (Deppe u. a. 2004). Mit diesem Vorgehen distanzieren sich der Marxismus und der neogramscianische Ansatz in den Internationalen Beziehungen von dem unhaltbaren Staat-Gesellschafts-Dualismus in der liberalen Theorie im Allgemeinen (Cox 1996: 85 ff.). Staaten sind nicht – auch theoretisch nicht – Ausdruck der Vernunft und die «Wirklichkeit der sittlichen Idee» (G.W.F. Hegel), sie sind nicht der institutionelle Überbau auf dem Fundament eines pluralistischen Marktplatzes der Ideen oder grundsätzlich vereinbar Interessen und Werte. Sie sind «integrale Staaten» (Antonio Gramsci) beziehungsweise «Staats-Zivilgesellschaftskomplexe» (Robert Cox), in denen sich die Kräfteverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen verdichten, weshalb «politische Macht» (durch den Staat) mit dem griechisch-französischen Staatstheoretiker und Marxisten Nicos Poulantzas (2002: 178) definiert werden kann als die «Fähigkeit einer Klasse, ihre politischen Interessen zu realisieren». Im Besonderen unterscheidet so die Absicht, die Außenpolitik

der Staaten im Kapitalismus als «externe Absicherung eines internen Regimes» (Deppe u. a. 2004: 33) zu begreifen, die marxistischen Analysen vom Neorealismus in den internationalen Beziehungen, der den Staat als Blackbox und rational handelndes Subjekt behandelt und seine inneren Kräfteverhältnisse verschlüsselt und hinter dem «nationalen Interesse» verbirgt (vgl. zur Kritik Cox 1996: 124 ff. sowie Rosenberg 1994). Zudem unterscheidet diese Absicht die marxistische Außenpolitikanalyse ebenfalls grundsätzlich von den liberal-institutionalistischen Ansätzen, die zwar die staatlichen Apparate aufschließen, indem sie wenigstens die Akteure und ihre leitenden Ideen betrachten, aber genauso von einer Analyse der sich sozialräumlich krisenhaft vollziehenden, kapitalistischen Dynamik absehen, teilweise weil – wie einer ihrer zentralen Denker Robert Keohane konzidierte – sich eine solche Analyse, gleichwohl sie essenziell sei, schlecht operationalisieren lasse.¹¹

Aus dieser Sicht setzt ein solches Verständnis internationaler Politik eine (materialistische) Staatstheorie und diese wiederum eine Gesellschaftstheorie, genauer: eine «adäquate Kapitalismustheorie voraus» (Hirsch 2001: 103 f.). Jede Diskussion der neuen geostrategischen Situation erfordert insofern eine Auseinandersetzung mit den zentralen Tendenzen und Gegentendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft im Hier und Heute. Diese befindet sich seit 2007 in einer organischen Krise, das heißt einer fundamentalen historischen Groß- und Formationskrise, die in der Geschichte des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft entstehen, wenn sich die Entwicklungspotenziale der bisherigen Akkumulationsweise und Regulation erschöpft haben. Die Krise von 2007 ff. ist nach der Großen Depression (1873–1896), der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (1929–1939) und der Krise des keynesianisch regulierten fordistischen Kapitalismus (1967–1979) dabei als die vierte Krise dieser Art und Tiefe zu begreifen (Gill/Solty 2013). Wer die neue geostrategische Konstellation verstehen will, muss sich also Klarheit darüber verschaffen, erstens, worum es bei der globalen Krise geht, und zweitens, in welcher Phase dieser Krise wir uns momentan befinden.

Nach dem «grünen Kapitalismus»: Die globale Krise und der Übergang zum Austeritätszeitalter

Die organische Krise, die der gegenwärtigen am meisten ähnelt, ist die Weltwirtschaftskrise (Great Depression) von 1929 bis 1939. Deren Hauptursachen waren ebenfalls Probleme der Überakkumulation, das heißt der Schwierigkeiten, im Rahmen der bestehenden Produktions- und Regulationsweise überschüssiges Kapital und überschüssige Lohnarbeit zusammenzubringen, was eine Finanzialisierung des anlagesuchenden Kapitals in den Aktienmärkten zur Folge hatte (Roth 2009). Nicht zufällig erreichte, wie Thomas Piketty (2014) aufgezeigt hat, die soziale Ungleichheit der Einkommen und Vermögen jeweils am Vorabend der Krise – also der Börsencrashes von 1929 und 2008 – ihren

jeweiligen Höhepunkt. In der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatten die Staaten dabei unter Präsident Herbert Hoover in den USA oder Reichskanzler Heinrich Brüning in der Weimarer Republik mit harschen Austeritätsprogrammen auf die Krise reagiert, also die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren, während zeitgleich die privatkapitalistischen Unternehmen im Rahmen von Kapitalentwertungen und starken deflationären Tendenzen ihre Investitionstätigkeit einstellten. Die ökonomische Folge waren extreme Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung, die politische Folge waren die Zuspitzung der Klassenkämpfe und der Aufstieg der extremen Rechten, die – abgesehen von den «Inseln» Großbritannien und USA – die liberalen Demokratien hinwegspülten und in ganz Kontinentaleuropa autoritäre und faschistische Regimes etablierten. Während zuerst im faschistischen Deutschland und dann in Vorbereitung des imperialistischen Vernichtungskriegs im Osten die Organisationen der Arbeiterbewegungen verboten und ihre Führer umgebracht wurden und die Krise auf dem quasi rechtskeynesianischen Weg einer schuldenfinanzierten Aufrüstungspolitik «überwunden» wurde, verfolgten die USA unter ihrem neuen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt – zur Rettung des Kapitalismus vor sich selbst – eine quasi linkskeynesianische und arbeiterbewegungsfreundliche Exit-Strategie. Zu ihr gehörten Beschäftigungsprogramme im großen Stil und die institutionelle Aufwertung der Gewerkschaften (Roesler 2010). Dieser amerikanische New Deal wurde nach dem militärischen Sieg über den deutschen Faschismus unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz als keynesianischer Wohlfahrtskapitalismus internationalisiert (Panitch/Gindin 2012: 67 ff.). Auch aus Angst vor dem Rückfall in die Great Depression nach dem Zweiten Weltkrieg war es der als Besatzungsmacht in Mitteleuropa präsente US-Staat, der den Kapitalismus gegen die starken sozialistischen Tendenzen in West- und Mitteleuropa in dieser Form als «historischen Kompromiss» rekonstruierte und für einige Jahre zeitgleich steigende Kapitalprofite und Reallöhne erlaubte (Deppe u. a. 2011: 45 ff.). Der fordistische Kapitalismus geriet jedoch in den 1970er Jahren selbst an seine inneren Schranken und in eine organische Krise, weil der keynesianische Wohlfahrtsstaat mit seiner Orientierung an Vollbeschäftigungspolitik und sozialer Absicherung zu einer Profitklemme des Kapitals führte und über sich selbst hinausdrängte (ebd.: 57 ff.; Gill/Solty 2013). Diesmal war die politisch siegreiche Exit-Strategie die neoliberale Wende, die über die Disziplinierung der Lohnarbeiter die Kapitalmacht und -profitabilität wiederherzustellen beabsichtigte (Harvey 2007: 142 ff.). Neoliberalismus ist

¹¹ In «After Hegemony» schreibt Keohane, der sich selber als realistisch aufgeklärt oder «sophisticated institutionalist» begreift, an einer Stelle: «Despite the similarities between my concerns and those of many Marxists, I do not adopt their categories [...]. Marxian explications of the «laws of capitalism» [by which I assume he means the tendential laws of the abstract logic of the capitalist mode of production] are not sufficiently well established that they can be relied upon for inferences about relations among states in the world political economy» (Keohane 1984: 44).

in dieser Hinsicht gleichbedeutend mit dem «Projekt Globalisierung» (Borg 2001), das mit der Mobilität des Kapitals dessen strukturelle Macht über die Lohnarbeit entfesselte und über den Hebel der internationalen Finanzmärkte auch die Sozialstaatlichkeit unter Druck setzte (Gill/Law 1989). Dieses Klassenprojekt von oben war erfolgreich, insofern die Arbeiterbewegung global, vor allem aber in den kernkapitalistischen Staaten des «Westens», in eine bis heute anhaltende Defensivposition gedrängt wurde (Moody 1997). Zugleich geriet der Neoliberalismus – nach einer kurzen Phase des hightech-kapitalistischen Computerisierungsbooms in den 1990er Jahren, der mit stabilen Profit- und Wachstumsraten einherging (McNally 2010) – gerade durch seinen Erfolg bei der dauerhaften Disziplinierung der Lohnarbeiter in eine neue Überakkumulationskrise, die in die bekannten Ereignisse von 2007 mündete. Eine geplatzte Subprime-Hypothekenblase in den USA und der darauffolgende Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers bedrohten die Weltwirtschaft mit einer rasch globalisierten finanziellen Kernschmelze (Roth 2009: 18 ff.; Albo/Gindin 2011).

Die erste Phase der Krise war die einer dramatischen fiskalischen Expansion im globalen Maßstab. Während staatliche Bankenrettungen die finanzielle Kernschmelze verhindern sollten, war diese Konjunkturpolitik die Reaktion auf die Verlagerung der Krise in die «Realwirtschaft». Diese Reaktionen gründeten auf der Lehre aus der Krise der 1930er Jahre, als drastische Kürzungen der Hoover-, Brüning- und anderer Regierungen bei den öffentlichen Ausgaben die Krise, wie weiter oben skizziert, dramatisch verschärft und Faschismus und Weltkrieg ermöglicht hatten.

Die Krise koinzidierte in den USA – dem nach wie vor mächtigsten Staat und der wichtigsten Nationalökonomie der Welt – mit der Wahl von Barack Obama 2008. Obgleich ursprünglich ein zentristischer, fiskalkonservativ orientierter Demokrat verglich man ihn bald mit Franklin Delano Roosevelt und handelte ihn als Akteur eines «new New Deal» oder «Green New Deal» nach historischem Vorbild. Mit dieser möglichen Exit-Strategie aus der Krise verband sich die Vorstellung, der ab 2008 mit der Krise notwendig gewordene neue Staatsinterventionismus könnte in Form von massiven Konjunkturprogrammen die Anschubfinanzierung für neue grüne technologische Basisinnovationen (Solaranlagen, Windkraftwerke, Hochgeschwindigkeitszüge etc.) zur Verfügung stellen, um so überschüssiges und spekulatives Kapital zu binden und den Kapitalismus mithilfe einer neuen langen Welle des ökonomischen Wachstums zu redynamisieren und in einen «grünen Kapitalismus» zu transformieren. Mit diesem Projekt, das von links durch die Forderung nach einem «Social Green New Deal» ergänzt wurde, verband sich also die Hoffnung auf eine «Post-Blasen-Ökonomie» (Barack Obama), einen «grünen Kapitalismus» (vgl. Solty 2013a: 15 ff.).

Die innenpolitisch stark umkämpften Ansätze in Richtung «Green New Deal» – ein letztlich globales Pro-

jekt – scheiterten jedoch. Tatsächlich entpuppte sich das Ergebnis des Krisenmanagements im Rückblick als eine Rekonstruktion des Finanzmarktkapitalismus durch Staatshilfe. Dies ist aber kein «strange non-death of neoliberalism» (Crouch 2011). Vielmehr bezeugt es nur noch einmal, wie falsch die Staat-Markt-Dichotomie in den Mainstream-Theorien der Globalisierung von Anfang an gewesen ist, die die aktive Rolle der Staaten in dem, was Pierre Bourdieu die «Politik der Globalisierung» genannt hat, übersehen und die Wiederherstellung der kapitalistischen Klassenmacht mit dem «Ende des Staates» (Ohmae 1996), dem «Rückzug des Staates» (Strange 1997) oder einer «postnationalen Konstellation» (Habermas 1998) verwechselt hat. Denn das Einzige, was rückgebaut worden ist und wird, ist nicht der autoritäre Machtstaat, sondern bloß der auf Absicherung abzielende keynesianische Sozialstaat, dessen Transformation in einen neoliberalen Workfare-Staat maßgeblich zur Disziplinierung der Lohnabhängigen beiträgt (Panitch 1993).

Das Scheitern der Green-New-Deal-Ansätze, das heißt die erste Phase der globalen Krise, lässt sich exemplarisch am Beispiel der nach wie vor mit Abstand weltweit größten Volkswirtschaft, den USA, und den Problemen ihres 787-Milliarden-US-Dollar-Konjunkturprogramms (verabschiedet mit dem American Recovery and Reinvestment Act von 2009) aufzeigen. Drei große Widersprüche sind am Ende dafür entscheidend gewesen, dass es zwar die finanzielle Kernschmelze erfolgreich bekämpfte, aber als Umbaumaßnahme des Finanzmarkts hin zu einem «grünen Kapitalismus» auch aufgrund von Interessengegensätzen innerhalb der Regierung scheiterte (dieser Umbau war vor allem von Obamas Wirtschaftsberaterin Christina Romer avisiert worden). Das Konjunkturprogramm war *erstens* zu klein, um die Krise am Arbeitsmarkt spürbar abzuschwächen (sowohl im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit als auch im Hinblick auf den Lohnverfall). Es war *zweitens* nicht grün genug, da der Anteil der staatlichen Anschubfinanzierungen für grüne Technologien und Forschung und Entwicklung mit 3,5 Prozent (verglichen zu 5,3 Prozent im chinesischen Konjunkturprogramm) eher gering war. Zudem verweigerte sich die Obama-Administration mit einem selbsterklärten Hands-off-Ansatz bei der Teilverstaatlichung der US-Automobilindustrie einer Transformationsperspektive im Sinne einer staatlich angeordneten Konversion (nach dem Vorbild etwa der Umstellung der Autoindustrie während des Zweiten Weltkriegs auf Rüstungsproduktion) und verschob mit einer US-Variante der deutschen Abwrackprämie das Problem struktureller Überkapazitäten lediglich in die Zukunft. Und *drittens* war das Konjunkturprogramm zu marktorientiert: Denn im Gegensatz zu Roosevelts New Deal – und der damit verbundenen allgemeinen institutionellen Aufwertung der Gewerkschaften – führte es nicht zu einer Wiederbelebung des Arbeitsmarktes und der Commons durch öffentliche Beschäftigungsprogramme. Im Gegenteil: Vor allem weil in den USA für die Ein-

zelstaaten mit den Balanced Budget Amendments eine Art verfassungsrechtliche Schuldenbremse gilt, kam es schon zu Beginn der Krise zu neuen Einsparungen und einem dramatischen Rückbau des öffentlichen Beschäftigungssektors und einer entsprechenden «Krise der Commons» (insbesondere im Bereich der öffentlichen Bildung). Dieses versteckte Austeritätsprogramm wirkte als gegenläufige Tendenz zur expansiven Fiskalpolitik der Bundesregierung. Ein Ausdruck dieser Tatsache ist, dass sich 2010, das heißt auf dem Höhepunkt der konjunkturpolitischen Staatstätigkeit, die Staatsquote in den USA nur marginal von 19,0 auf 19,4 Prozent erhöhte – und das, obschon die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft zu diesem Zeitpunkt dramatisch zurückgegangen war (vgl. hierzu ausführlicher Solty 2013a: 15 ff.).

Die Frage ist: Wie erklärt man sich das Scheitern der Green-New-Deal-Exit-Strategie? Was waren die Ursachen dieses Scheiterns? Hierzu ist die Beobachtung wichtig, dass es sich bei der gegenwärtigen Großkrise um die erste organische Krise des Kapitalismus handelt, die weitgehend ohne den historischen Gegenspieler des Kapitals, die Arbeiterbewegung, vonstattengeht, das heißt ohne wirksame Opposition. Während der ersten Krise war wenige Jahre nach der Pariser Kommune, die Panikreaktion unter den Herrschenden ausgelöst hatte, die sozialistische Arbeiterbewegung als demokratische Massenbewegung entstanden. Die Angst vor ihr und der Revolution löste die bürgerliche Sozialreformbewegung (in Deutschland: zwischen Verein für Socialpolitik und Bismarcks wohlfahrtsstaatlicher Absicherung) aus, als Mittel im Kampf gegen die neue politische und intellektuelle Macht. In der zweiten organischen Krise war diese revolutionär-sozialistische Bewegung im Westen zwar vorläufig gescheitert, aber die Oktoberrevolution in Russland und in den anderen Sowjetrepubliken ein gutes Jahrzehnt zuvor hatte nicht nur die Kräfteverhältnisse global verändert, sondern auch einen großen Teil der Arbeiterbewegung beflügelt – insbesondere aufgrund ihrer (wie wir heute wissen: unter mörderischen Bedingungen stattgefundenen) dynamischen und seinerzeit krisenresistenten Entwicklung. In der dritten organischen Krise des Kapitalismus in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren wiederum sahen sich das Kapital und die herrschende Klasse in den innerimperialen Fragmentierungsprozessen unterliegenden kapitalistischen Kernstaaten des «Westens» mit einer dreifachen Phalanx an starken Gegnern konfrontiert: im Innern mit der seit der Rezession von 1966/67 immens wiedererstarkten Arbeiterbewegung bei gleichzeitigem «Klassenverrat» eines signifikanten Teils der bürgerlichen Funktionseliten (Studentenbewegung, Pariser Mai 1968 etc.) und von außen einerseits durch das realsozialistische Lager (scheinbar erstarkt durch die Entwicklungen in Kuba 1959, Chile 1970/73 etc. und die eigene weltpolitische Aufwertung durch die neue Ostpolitik und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR 1973), die ein Ausdruck für die relative Schwächung des Westens

war, und andererseits durch die nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen westlichen Kolonien (wobei sich gleichwohl mit der Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 schon vor der ersten Öl- und Verschuldungskrise 1973 die Grenzen des arabischen Sozialismus Nasser'scher Prägung offenbart hatten; Gill/Solty 2013).

Beim Einbruch der Krise 2007/08 fehlte dieser Widerstand. Die Situation war von rückläufiger Streikbereitschaft und einer dramatisch sinkenden Lohnquote geprägt – und das nicht nur in den kapitalistischen Kernstaaten, sondern auf allen Kontinenten außerhalb von Afrika und zudem auch in einigen der dynamischsten Schwellenländern wie der Türkei, China und Mexiko. Insofern Krisen aber stets Verteilungskämpfe sind und eine gesellschaftliche Gruppe sie «bezahlen» muss, ermöglichte diese Schwäche der Linken den Aufstieg des populistischen Nationalismus von nach rechts radikalisierten Mittelklassen (Tea-Party-Bewegung in den USA, Schwedendemokraten, Wahre Finnen, Dänische Volkspartei, FPÖ, Partij voor de Vrijheit etc.), die das Vakuum politisch füllten. Die Rechte war dabei im Grunde die «natürliche» Reaktion auf die Krise (vgl. hierzu näher Solty 2013b). Erst ab 2011 formiert sich der Widerstand auch wieder vermehrt von links (Arabischer Frühling 2011, Israelischer Frühling 2011, Occupy Wall Street und Wisconsin Uprising in den USA 2011, die südeuropäischen Anti-Austeritäts-Bewegungen 2011 ff., kanadischer «Ahornfrühling» 2012, chilenische Studentenbewegung, Occupy Nigeria, indonesische Gewerkschaftsbewegung etc.; vgl. hierzu näher Solty 2014). Diese Bewegungen waren jedoch selbst das Ergebnis des Übergangs der Krise in eine neue politische Artikulationsphase, in das Zeitalter der Austerität, gegen die sich die meisten von ihnen letztlich richteten.

Der entscheidende Punkt ist, dass die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und der großen Formationsbrüche im Kapitalismus zeigt: Der Kapitalismus kann sich paradoxerweise ohne den Antikapitalismus nicht aus sich selbst heraus (bzw. aus dem Staat als seinem Widerspruchs- und Krisenmanager) erneuern, weshalb eine neue Regulationsweise, wie es der französische Regulationstheoretiker Alain Lipietz (1992: 31) umschrieb, zum «glücklichen Fund» wird. Es sei daran erinnert, dass sich der fordistische Nachkriegskapitalismus mit keynesianischer Makroökonomie-Regulierung ohne diesen Widerstand von unten und damit auch die Angst der herrschenden Eliten vor einer antikapitalistischen Revolution kaum aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hätte herausbilden können. Franklin Delano Roosevelts New Deal etwa war bei den US-Kapital-Eliten auf heftigsten Widerstand gestoßen. Ohne die Klassenkämpfe von unten, das heißt ohne die Generalstreiks von Minneapolis, Toledo in Ohio und San Francisco 1934 und ohne die Sitdown-Streiks in den Automobilfabriken von Detroit und Flint in Michigan 1936/37, wäre Roosevelt niemals in der Lage gewesen, den New Deal (vor allem nicht

den Second New Deal), der heute für viele pragmatisches Vorbild transformatorischer Politik ist, gegen die kurzfristigen Interessen des Kapitals durchzusetzen und damit den Kapitalismus vor sich selbst zu retten (Roesler 2010). Dies ist die ganze grundlegende Problematik, die ausschlaggebend ist für den Verlauf des Krisenmanagements der Regierungen in der globalen politischen Ökonomie und zugleich Voraussetzung für die politischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Krise.

Eine wesentliche Konsequenz der Krise und des Scheiterns des «Green New Deal» ist die Entsolidarisierung in Gestalt des Aufstiegs von sogenannten rechtspopulistischen Parteien (in Proporzwahlssystemen wie Deutschland, den Niederlanden, Österreich etc.) und Bewegungen (in Mehrheitswahlrechtssystemen, vor allem in den USA), die mehrheitlich von Resentiments weißer Mittelklassen getragen werden. Diese Bewegungen unterscheiden sich vom klassischen Faschismus unter anderem dadurch, dass sie das politische System «bürgerliche Demokratie» (noch) nicht als solches infrage stellen. Die Radikalisierung der Mittelklassen unter den Bedingungen der Kapitalismuskrise ist allerdings als solche nicht neu: In der ersten organischen Krise entstanden nationalistische und rassistische Mittelklassebewegungen (in Deutschland etwa der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein; in den USA etwa die nationalistisch-imperialistischen Bauern in der politisch ambivalenten Populistenbewegung¹²). In der zweiten organischen Krise erstarkten die faschistischen Bewegungen und konnten in fast ganz Europa mithilfe der bürgerlich-konservativen und Kapitaleliten als Steigbügelhalter die politische Macht übernehmen und den gemeinsamen Feind, die organisierte Arbeiterbewegung, institutionell und physisch eliminieren. Und in der dritten organischen Krise der 1970er Jahre entstand – als Avantgarde und rechte Radikalisierung des Neoliberalismus – der «Neokonservatismus» und frühe Rechtspopulismus (skandinavische Steuerrebellionsparteien, die US-amerikanische New Right, Christian Right etc.) gegen die «soziale Hängematte» und zunehmend – unter den Bedingungen der neoliberalen Massenarbeitslosigkeit und entsprechender Integrationsprobleme vieler Zugewanderten nicht zuletzt arabischer Herkunft – auch gegen Einwanderung. All diesen Bewegungen gemein sind die Abgrenzung nach unten und die Anrufung der Nation als Mittel zur Verteidigung der eigenen real oder subjektiv gefährdeten sozioökonomischen Position (Statusverlust). Ein wichtiger Unterschied zwischen den 1880er/1890er und 1930er Jahren einerseits und den 1970er Jahren und der gegenwärtigen organischen Krise des Kapitalismus andererseits ist die Existenz des Wohlfahrtsstaates, der erst als Folge der Krise der 1930er Jahre entstand. Das ist für die Linke politisch entscheidend, weil dies mit der Popularität der sozialstaatlichen Leistungen zusammenhängt, die vom Kapital infrage gestellt, aber von der Linken verteidigt werden. Die Frage ist, wie es gelingt, darauf hinzuweisen, dass viele rechtspopulis-

tische Parteien wie etwa die «Alternative für Deutschland» wirtschaftspolitisch einen Rückbau des Sozialstaates fordern, von dem viele ihrer Wähler (weniger dagegen ihre Mitglieder und Funktionäre) ökonomisch abhängig sind, ihre Rechte an ihm aber aus subjektiver (oder objektiver) sozioökonomischer und politischer Ohnmacht im Sinne von «Etabliertenvorrechten» gegen Neuankömmlinge und «Minderwertige» zu verteidigen suchen (und das subjektiv als «autochthone» Deutsche, selbst wenn sie Jablonski oder Sasinowski heißen, vgl. hierzu näher die Definition in Heitmeyer 2005: 21) Diese subjektive Ohnmacht ist die Grundgefühlsressource der Rechten; sie aufzubrechen ist – unter den Bedingungen von 30 Jahren Defensivkämpfen im Neoliberalismus – eine der ganz zentralen Herausforderungen für die LINKE/Linke. Ein weiterer Unterschied des neuen populistischen Nationalismus schließlich ist, dass er sich im Westen wesentlich gegen Muslime richtet und im Osten der «jungen Nationen» sowohl klassisch antisemitisch als auch rassistisch (gegen Schwarze und Araber) daherkommt. Ein dritter wichtiger Unterschied ist, dass die radikale Rechte, ihr Nationalismus und ihre zum Teil völkisch fundierte Verherrlichung des Nationalstaates heute in außenpolitischer Perspektive tendenziell dysfunktional für die Kapitaleliten und ihr Projekt der neoliberalen Weltmarktintegration sind, auch wenn der zeitgenössische antimuslimische Rassismus die Machtprojektion nach außen in die ölreichen Gebiete des Mittleren Ostens erleichtert.

Auch der Rechtspopulismus hat daher mit dazu beigetragen, den «Green New Deal» (als sozialökologische Bearbeitung der Krise im Gegensatz zur Bearbeitung auf dem Wege der Austerität) als Teil eines Mittelebenen-Bündnisses zu Grabe zu tragen (Soltz 2011b u. 2013b). Kurzum: Im Frühjahr/Sommer 2010 erfolgte also im Grunde genommen eine globale austeritätspolitische Wende. Diese bis heute andauernde zweite große Krisenphase könnte deshalb als Austeritätszeitperiode bezeichnet werden. Dabei ist es wichtig, die Austeritätspolitik nicht bloß als Ideologie des Sparens (etwa im Sinne einer historisch-erfahrungsbedingten, rein ideologischen Finanzorthodoxie der Bundesbank etc.) zu begreifen. Sie ist aus Perspektive des Staates unter den kapitalistischen Bedingungen des Privateigentums an den Banken durchaus rational, weil die Staaten, die sich aufgrund der teuren Bankenrettungen, wegbrechender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (und damit verbundener Steuereinnahmen) sowie der umfangreichen Konjunkturprogramme verschulden mussten, in mehrfacher Hinsicht abhängig von den internationalen Finanzmärkten sind und die Interessen und Stimmungslagen der globalen Vermögensbesitzerklassen, etwa deren Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit von Staaten, berücksichtigen müssen (Gindin 2013).

¹² Vgl. hierzu näher Puhle 1972 u. Puhle 1975 zu Preußen-Deutschland sowie Williams 1997 zu den USA.

Welche Konsequenzen haben sich jedoch mit der austeritätspolitischen Wende für die globale politische Ökonomie ergeben? Und wie stehen diese, wenn überhaupt, wiederum mit den Entwicklungen in der internationalen Politik, von der Zunahme der Kriegskonflikte bis zur «Flüchtlingskrise», im Zusammenhang?

Wettbewerbs- und Wachstumsstrategien im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus

Unter den Bedingungen der globalen austeritätspolitischen Wende verfolgen die einzelnen Staaten als «nationale Wettbewerbsstaaten» (Hirsch 1995) in einer (neo-)liberalisierten, das heißt offenen Weltwirtschaftsordnung sehr spezifische Strategien, um privates Kapital, vor allem Auslandsdirektinvestitionen von transnationalisierten Konzernen, anzulocken. Diese laufen letztlich auf eine Beggar-thy-neighbor-Politik hinaus, eine Politik, die darauf aus ist, die sozialen und ökonomischen Widersprüche im Innern den Nachbarstaaten (und ihren Leistungsbilanzdefiziten, Staatshaushalten etc.) aufzubürden. Schon in den frühen 1990er Jahren hatte Greg Albo (1993: 144) dieses nun verschärfte Modell mit dem Begriff der «Wettbewerbsausterität» beschrieben. Das strategische Ziel dieser Politik ist es, sich auf Kosten anderer Staaten in der Weltwirtschaft wettbewerbsfähig(er) zu machen. Neoliberale Sozialdemokratien erhoffen sich hiervon (immer noch) nationales Wirtschaftswachstum, was privat angehäuft wird und dann (eventuell) über Steuern abgeschöpft und verteilt werden kann. Dieser Sozialneoliberalismus und die Idee des «progressive competitiveness» (ebd.: 146) funktionieren nicht. Trotzdem halten sich bestimmte Vorstellungen wie etwa die, man könne die wachsende soziale Ungleichheit mit einer stärkeren Subsumtion der Lohnabhängigen durch den gewinnträchtigen Finanzsektor (von Aktienoptionen bis zur Rentenprivatisierung und -börsennotierung) bekämpfen. Ganz offensichtlich schrecken viele vor den radikalen politischen Konsequenzen zurück, die aus dieser Einsicht folgen müssten: die Stellung der Eigentumsfrage. Die Krise zeigt immer deutlicher, dass selbst noch für die schönste sozialdemokratische Reform die private Verfügungsgewalt des Kapitals über die globalen Produktionsmittel radikal eingeschränkt werden müsste.

Insofern jedoch eine aktive staatliche Industriepolitik (von Sozialisierungsmaßnahmen, einem aufgeklärten Protektionismus etc. ganz zu schweigen) ausgeschlossen werden, weil sie eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit voraussetzen und hervorbringen würden, sind die zentralen und weltweit allgemeinen Säulen der Beggar-thy-neighbor-Politik Standortkonkurrenz um globale Wettbewerbsfähigkeit (zur Anlockung privaten Kapitals durch niedrige Steuersätze, luxuriöse Steuersubventionen, Grundeigentum- und Immobiliengeschenke, Schwächung der Gewerkschaften und Lohndruck bis hin zu gelockerten Umweltregulationen) sowie Exportorientierung und damit Freihandelspolitik. In diesem Rahmen sind CETA, TTIP sowie die Freihandelsabkommen

der USA und der EU mit Kolumbien etc. zu sehen. Die stets weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Wachstumsversprechen sind dabei allerdings bei TTIP und CETA jetzt schon äußerst niedrig (Eberhardt 2014) und mussten zudem vor allem durch die Interventionen von Thilo Bode noch weiter nach unten korrigiert werden (Bode 2015). Faktisch geht es ja letztlich um Investitionsschutz und nichttarifäre Handelshemmnisse (Regulierung), da die tarifären Handelshemmnisse (Außenhandelszölle) mit durchschnittlich drei Prozent für Importe in die und 5 Prozent für Importe aus den USA zwischen Amerika und der EU längst weitgehend abgeschafft worden sind (Eberhardt 2014; Solty 2015c).

Die konkreten Wachstums- und Wettbewerbsstrategien der einzelnen Länder und Regionen unterscheiden sich aber. Dies ist eine Voraussetzung für ihre ökonomische Tragfähigkeit. Die USA verfolgen ganz offen eine Strategie der *inneren und äußeren* Abwertung von Löhnen und Kosten (als die Investitionsentscheidungen des privaten Kapitals maßgeblich bestimmenden Produktionsfaktoren). Die zentralen Säulen dieser Strategie sind im Hinblick auf die *innere* Abwertung: erstens die Absenkung der Löhne (hierbei spielte leider auch unter Beihilfe der US-Automobilarbeitergewerkschaft die Halbierung der Löhne für Neueinstellungen in der teilverstaatlichten Autoindustrie eine zentrale Rolle, mit Leitbildfunktion für andere Branchen), zweitens billige Energie (auf der Grundlage der von Obama unmittelbar nach dem Scheitern des «Green New Deal» und dem nationalen Übergang zur Austeritätspolitik vollzogenen 180-Grad-Wende in Sachen Offshore-Ölbohrungen, Fracking und der Keystone-Ölpipeline). Hinzu kommt im Hinblick auf die *äußere* Abwertung drittens die US-amerikanische Notenbankpolitik der quantitativen Lockerung (*quantitative easing*), das heißt die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Währungsabwertung und zugleich die schleichende Entwertung der Auslandsschulden und der vom Ausland gehaltenen US-Dollar-Reserven (vgl. hierzu ausführlich Solty 2013a: 45 ff.). Erst im Zuge der relativen Erholung der eigenen Wirtschaft kehrten die USA diese Niedrigzinspolitik auch aus geopolitischen Erwägungen wieder um, weil damit ein enormer Kapitalabfluss aus dem globalen Süden verbunden war.

Ebenso offen formuliert ist die Strategie der EU. Diese muss sich allerdings auf eine Strategie der *inneren* Abwertung beschränken; dies deshalb, weil die Europäische Währungsunion es den einzelnen Mitgliedsstaaten verunmöglicht, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit wie ehemals über nationale Währungsabwertungen wiederherzustellen. Dies ist auch der Grund, warum manche linke und neoklassische Intellektuelle wie Wolfgang Streeck (2013, vgl. hierzu kritisch Brie 2013), Costas Lapavistas und Heiner Flassbeck (2013) aus der Analyse des durch und durch neoliberalen Charakters der EU-Institutionen (ihrer Primärverträge etc.) den Schluss ziehen, dass eine Rückkehr zu nationalen Währungen notwendig ist. Denn die Alternative im bestehenden EU-System lebt

die EU mit ihrer neuen Wirtschaftsregierung vor: systematische Lohnabsenkung durch die Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiterklasse über die systematische Dezentralisierung der Flächentarifverträge (Schulten/Müller 2013) und einen auch in die nationale Lohnpolitik abwertend eingreifenden «autoritären Konstitutionalismus» (Oberndorfer 2013).¹³

Ist das Austeritätszeitalter ökonomisch und politisch tragfähig? Auf dem Weg zum Kapitalismus geringen Wachstums

Die entscheidende Frage für die globale politische Ökonomie und die geostrategische Konstellation ist, ob diese globale Entwicklung, die globale Beggar-thy-neighbor-Politik, seit der austeritätspolitischen Wende ökonomisch tragfähig ist. Kann es gelingen, auf diesem Weg die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU ohne eine europaweite Struktur- und aktive Industriepolitik zu beheben? Werden Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und jetzt auch Frankreich ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen und damit ihre Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite abbauen können, indem François Hollande in Frankreich und Matteo Renzi in Italien als Mitte-links-Politiker ihren Ländern nun die typische neoliberale Medizin auferlegen, das heißt über eine französische oder italienische Variante der Agenda 2010 und von Hartz IV?

Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig: nein. Die Wachstums- und Wettbewerbsstrategie der inneren (und äußeren) Abwertung könnte theoretisch (das heißt im rein ökonomischen Sinne ohne Berücksichtigung der politischen Tragfähigkeit einer solchen Politik und den Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik) in einem Land funktionieren, das sich im Rahmen einer boomenden Weltwirtschaft auf Kosten der anderen Länder und der eigenen Arbeiterklasse «gesundstößt» durch besondere Belastungen, Enteignungen und Marktdisziplinierungen. Wenn allerdings fast alle Länder auf der Welt, einschließlich der zwei nach wie vor größten Wirtschaftsräume und Exportmärkte der Erde, diese Strategie gleichzeitig verfolgen, dann kann das nicht funktionieren. Der zentrale Widerspruch ist, dass sich so immer mehr Länder von Nettoimport- in Nettoexportländer verwandeln. Die Frage bleibt dann allerdings: Wer soll die ganzen Waren – Güter wie Dienstleistungen – eigentlich konsumieren? Wo ist die globale Nachfrage, wenn die Mehrzahl der Länder den Binnenkonsum auf dem Wege der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zur Kapitalseite hin drosselt und hofft, es werde sich schon irgendwo ein Schwellenland finden, welches das überakkumulierte Kapital und die Überschusswaren aufnimmt? (Von der Problematik, dass Wachstumszwang und ökologische Nachhaltigkeit auf einem endlichen Planeten eben unvereinbar sind, ganz zu schweigen; vgl hierzu näher Harvey 2010). Tatsächlich muss man kein Marxist sein, um den zentralen Widerspruch dieser Entwicklung zu erkennen: Es bedürfte, so der keynesianische Wirtschaftsnobelpreisträger

Paul Krugman (2011) in seiner Kritik der Wettbewerbsideologie, so schon eines «anderen Planeten, dem man seine Waren verkaufen» könne.

Tatsächlich befindet sich der globale Kapitalismus weiter tief in der Krise. Faktisch wurde sie nur räumlich verlagert: vom privatkapitalistischen Finanz- und Industriesektor im Zuge der Bankenrettungen und Konjunkturprogramme auf die öffentlichen Haushalte, die unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte zur Austeritätspolitik übergegangen sind (Harvey 2010). Die Überakkumulationsproblematik des globalen Kapitalismus hat sich in der Krise vielmehr verschärft. Die Kapazitätenauslastung in der Industrieproduktion in den USA liegt mit 77,7 Prozent im Jahresdurchschnitt 2015 weiterhin unter dem Vorkrisenniveau. Das Gleiche gilt für die Eurozone, wo sie nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat im Jahresdurchschnitt 2015 mit 81,1 Prozent knapp vier Prozent niedriger ausfiel als vor der Krise. Auch in Deutschland, das mit seinem krisenkorporatistischen «Kurzarbeiterprogramm» ja lange als «German Miracle» gepriesen worden ist, lag die Kapazitätenauslastung zu Beginn der Krise noch deutlich höher als jetzt (und zwar bei 88,0 Prozent im Unterschied zu 84,35 Prozent im Jahresdurchschnitt 2015).

Besonders offen zutage treten die Probleme der Welt- und der deutschen Exportwirtschaft im Automobilsektor. Er verzeichnet weltweit Überkapazitäten von immer noch knapp 30 Prozent. Zu Anfang der Krise wurden die Strukturprobleme konservativ behandelt. Anstatt über industrielle Konversion nachzudenken, verschoben Konjunkturprogramme wie die Abwrackprämie in Deutschland oder «Cash for Clunkers» in den USA die Strukturprobleme lediglich in die Zukunft. An der Grundproblematik konnten sie nichts ändern. In der EU verwandelten sich darum vor dem Hintergrund der durch *coerced investment* verschärften Konkurrenz in der Autoindustrie zwischen 2007 und 2012 15 Milliarden Euro Profite in einen Verlust von einer Milliarde Euro (Bothe 2013: 7). Die European Automobile Manufacturers Association (ACEA) hat bis 2015 eine Output-Reduktion um 750.000 Einheiten beschlossen, weshalb in der europäischen Autoindustrie die Kapazitätenauslastung ebenfalls von 100 Prozent im Jahre 2000 sukzessive auf 85 Prozent in 2013 zurückging (ebd.: 17). Die Austeritätspolitik trägt dabei zur Konjunkturlaute bei.¹⁴ In seiner letzten wöchentlichen Kolumne bei *Spiegel Online* (29.1.2016) wagte der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau eine ent-

¹³ Gleichwohl lässt sich die Eurokrise nicht auf ein deutsches Lohndumping reduzieren, insofern es sich bei den südeuropäischen Ländern um strukturelle Defizitökonomien handelt. Damit bleibt die Lohndumping-These als linkssozialdemokratische Position der Wettbewerbsfähigkeitsideologie und dem keynesianischen Lohnpolitik-Mythos verhaftet, der konsequent zu Ende gedacht auch impliziert, dass wenn in Deutschland die Löhne zu niedrig sind, sie umgekehrt in den verächtlich PIIGS-Staaten genannten Ländern (immer noch) zu hoch seien (Schulten 2015). ¹⁴ Ein Grund, warum die angelsächsische Wirtschaftspresse sich mittlerweile auch über die steigende Verschuldung von Studierenden in ihren Staaten erhebliche Sorgen macht, ist nicht nur, dass diese Studienschuldenblase, die in den USA etwa 1,1 Billionen US-Dollar, das heißt fast die anderthalbfache Summe des gesamten Krisenkonjunkturprogramms, beträgt, platzen könnte, sondern dass dadurch eine «Generation Krise und Sharing Economy» entstanden ist, die sich weder der Auto noch Eigenheim leisten kann.

sprechend düstere Prognose: «Ich glaube [...], dass in fünf Jahren die europäische und vor allem die deutsche Autoindustrie kleiner sein werden als heute. Die Branche, die in Deutschland eine derartige Schlüsselrolle spielt, ist auf einem Weg wie einst die Buchbinder, Postkutscher oder Henker. In 15 Jahren wird kaum ein Mensch mehr seine Zukunft in dieser Industrie suchen.»

Thomas Piketty hat auf den Zusammenhang zwischen globaler Vermögensungleichheit und Krise hingewiesen. Das überschüssige Kapital, das nicht profitabel mit Lohnarbeit zusammengebracht werden kann, geht auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten den Weg des *financial fix*, der Finanzialisierung, was bedeutet, es wird spekulativ angelegt und treibt so die Blasenökonomie an (Silver 2005: 61). Die Krise hat mit der austeritätspolitischen Wende jedoch – wie die Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2014) am Beispiel der USA gezeigt haben – die Dynamik der Vermögensungleichheit noch einmal dramatisch verschärft. Damit aber wächst wiederum der unproduktive Kapital(vermögens)berg stetig. Abzulesen ist dies etwa an den gigantischen Cash-Reserven der transnationalen Konzerne. So überschritt der Apple-Konzern im Juli 2015 die 200-Milliarden-US-Dollar-Grenze. So oder so: Es scheint, dass mit der seit Ende des Sommers 2015 anhaltenden Chinakrise und ihrer Finanzblase die Überakkumulationsproblematik den globalen Kapitalismus womöglich einholt. Wo die Blase platzt und die Krise sich letztlich wieder verschärft, ist dabei zweitrangig. Nur eines steht fest: Dass sie ohne eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur im globalen Maßstab wird irgendwann platzen müssen.

Tatsächlich konnte man auch in der Europäischen Union sehr bald sehen, dass die Abwertungsstrategien – auch in ihrer eigenen inhumanen Logik – nicht funktionieren. So sind in den südeuropäischen Krisenländern die Staatsschulden im Zuge der Austeritätspolitik bei Massenarbeitslosigkeit und Kaufkrafteinbußen schneller angestiegen, als dass die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden können. Möglich ist, dass sich die Profitraten weiter erholen – unter anderem auch durch die Inwertsetzung der Commons infolge der in Südeuropa angewendeten Schockstrategien, worauf der Europaforscher Magnus Ryner (2012 u. 2014) hingewiesen hat.

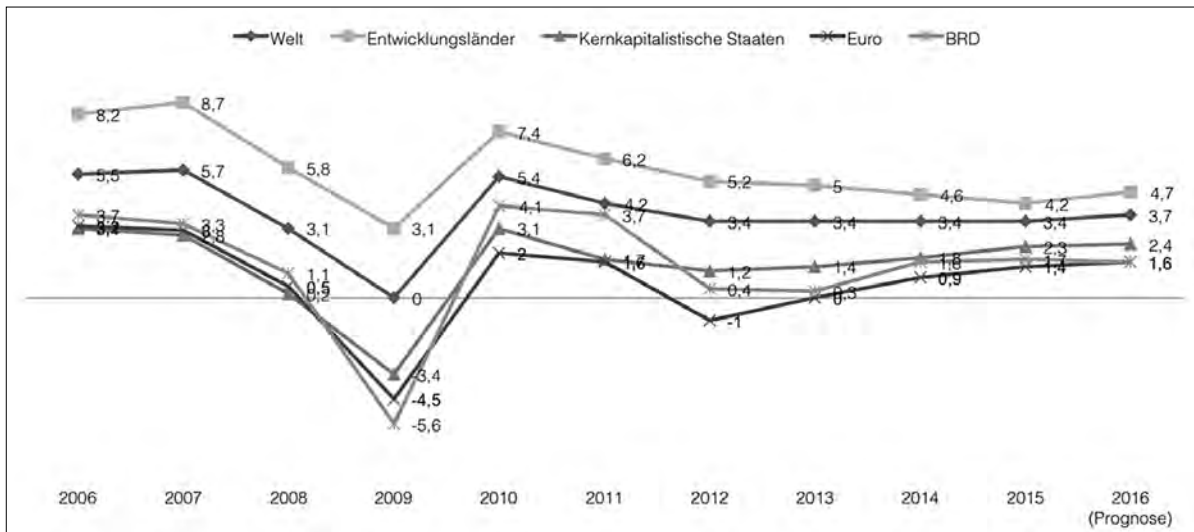
Nun gehört es zum Grundverständnis des globalen Kapitalismus, dass mit der neoliberalen Wende die Produktionskapazitäten von der Binnennachfrage abgekoppelt wurden. Konsumiert werden soll und muss aber irgendwo auf der Welt. Entsprechend lag auch die Steigerung des globalen Handelsvolumens nach der neoliberalen Wende proportional deutlich über dem globalen BIP-Wachstum.¹⁵ Die exportorientierten Wachstums- und Wettbewerbsstrategien seit der austeritätspolitischen Wende folgen verstärkt diesem Muster. Dies hat wiederum unmittelbar (geo-)politische Konsequenzen. Die intensivierten Bemühungen um bilaterale Freihandelsabkommen sowie multilate-

rale Freihandelsabkommen wie TPP, TTIP und CETA sind in diesem Kontext zu sehen. Bei ihnen handelt es sich zwar in erster Linie um Investitionsschutzabkommen und nicht um Freihandelsabkommen, insofern der Handel etwa zwischen den USA und der EU bereits weitgehend liberalisiert ist (Eberhard 2014, Soltz 2015c). Trotzdem drückt sich in den Bemühungen um TTIP und CETA nicht nur die leise Hoffnung auf Wirtschaftswachstum aus, sondern auch das geopolitische Interesse an einer vertieften Kooperation, während für die USA TPP auch und gerade aus diesem geopolitischen Grund politisch bedeutsamer ist als TTIP, weil es die Position der USA in ihrem «Schwenk nach Asien» stärken soll. Dies tut es, indem TPP explizit einen neoliberal verfassten Freihandelsraum unter Ausschluss Chinas schafft, in der Hoffnung, China am Ende zwingen zu können, zu diesen Bedingungen der Freihandelszone beizutreten.

Obama hat nun unter anderem in seiner Reindustrialisierungsstrategie angekündigt, die US-Exporte würden sich bis zum Ende seiner zweiten Amtsperiode im Januar 2017 verdoppeln. Es ist jedoch abzusehen, dass dies den USA – trotz staatlich forciertem massiven Lohndumping in der verarbeitenden Industrie, trotz neuer Energieautarkie und trotz der künstlichen Dollarabwertung – nicht gelingen kann oder wird. Der Grund: Die Austeritätspolitik, eine Politik der inneren und äußeren Abwertung, kann schon allein rein ökonomisch gedacht (das heißt in Abstraktion von den politischen und sozialen Auswirkungen der Austeritätspolitik) nur gelingen, wenn sie ein Land im Rahmen einer dynamisch expandierenden Weltwirtschaft verfolgt. Wenn sie aber von den größten und wichtigsten Wirtschaftsräumen gleichzeitig verfolgt wird, führen diese Wachstums- und Wettbewerbsstrategien zu einem *Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus*, also einer Weltwirtschaft, in der alle um größere Anteile an einem Kuchen kämpfen, der nicht weiter wächst. Und in Fällen wie in Griechenland führt sie dazu, dass die Staatsverschuldung aufgrund des Einbruchs der Wirtschaft schneller wächst, als dass der Staatshaushalt gekürzt werden kann. Tatsächlich hatte sich das Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts nach 2008/09 im Zuge der massiven Konjunkturprogramme Chinas (587 Mrd. US-Dollar), der USA (787 Mrd. US-Dollar), Japans (154 Mrd. US-Dollar) und Deutschlands (50 Mrd. Euro) zunächst recht schnell wieder erholt und mit durchschnittlichen 5,4 Prozent etwa das Vorkrisenniveau erreicht (zugleich auch ein statistischer Effekt, weil es eben von einem niedrigeren Sockel wieder steigt). Das globale BIP-Wachstum ist dann aber mit der globalen austeritätspolitischen Wende wieder zurückgegangen und liegt seit 2012 bei bloß knapp über drei Prozent (siehe Grafik 2).

¹⁵ So stieg etwa das globale Handelsvolumen zwischen 2000 und 2007 um 5,5 Prozent, während das globale BIP-Wachstum im selben Zeitraum lediglich 3,0 Prozent betrug.

Grafik 2: Globales Wirtschaftswachstum (in Prozent)



Quelle: IWF (World Economic Outlook)/Statistisches Bundesamt

Besonders die BRICS-Staaten fungieren nicht mehr als Motor der Weltwirtschaft. Die Wachstumszahlen sind auch hier nicht zuletzt aufgrund des Niedergangs der Rohstoffpreise deutlich zurückgegangen. Dabei hat die Krise auch noch einmal die Hilflosigkeit der Zentralbanken unterstrichen. Die Politik des billigen Geldes ist an ihre absoluten Grenzen gestoßen, die Zentralbanken können selbst mit Nullzinsen kein Wachstum schaffen, solange im Rahmen der Austeritätspolitik die Lohnquote nicht nur in den kapitalistischen Kernstaaten, sondern auch in einem großen Teil der Schwellenländer sinkt und damit die Absatzmärkte und profitable Anlagemöglichkeiten für das globale Kapital wegbrechen. Das zunehmend durch die globalen (Finanz-)Vermögensbesitzer angeeignete gesellschaftliche Mehrprodukt (vgl. hierzu die Piketty-Debatte) und das billige Geld fließen also nicht als Kapitalinvestition zurück in den Akkumulationskreislauf. Stattdessen wird es zunehmend entweder unproduktiv von den Konzernen angehäuft oder befördert spekulative Blasen auf den Aktienmärkten wie diejenigen, die im Herbst 2015 in China geplatzt sind. Kurzum: Im Kontext der Krise nach der globalen austeritätspolitischen Wende steht der Weltwirtschaft unzweifelhaft eine langanhaltende Periode geringen Wachstums bevor. Die Kombination aus Überakkumulation, global sinkenden Lohnquoten, der wachsenden globalen Vermögensungleichheit und po-

litischer Volatilität lassen Jahre, womöglich Jahrzehnte geringen Wachstums erwarten. Zu diesem Bild gehört dabei auch, dass die neue Welle der kapitalistischen Rationalisierung und Robotisierung (Industrialisierung 4.0, «Internet der Dinge») das Vorhaben erschwert, mit Strategien der «Reindustrialisierung» (wie von Obama propagiert) massenhaft gut bezahlte Arbeitsplätze nach fordistischem Vorbild zu schaffen. Die Krisenbearbeitung wurde von den Regierungen bislang lediglich verschoben: vom Banken- und Industriesektor auf die Staaten und ihre Haushalte, von heute auf morgen. Marxistisch orientierte politische Ökonomen wie David McNally, der vom «Global Slump» (McNally 2010) spricht, sind sich in dieser Beziehung mit Keynesianern wie Paul Krugman, der vom «global savings glut» redet (New York Times, 1.4.2015), und neoklassischen, bürgerlichen Ökonomen wie dem Harvard-Professor und Obamas Wirtschaftsminister Lawrence Summers, der von «secular stagnation» spricht, einig. Dies hat aber, wie im übernächsten Kapitel gezeigt werden wird, gravierende globalpolitische Konsequenzen für Stabilität und Sicherheit. Dass die Krisenkriege und zwischenimperialen Konflikte im Nahen Osten, Nordafrika und Osteuropa zusätzliche Investitions-Instabilitäten mit Rückwirkungen auf die Akkumulationsdynamik bedeuten, ist selbstverständlich und braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden.

IV. DEUTSCHLANDS KRISENKORPORATISMUS, NEUE WACHSTUMS- UND WETTBEWERBSSTRATEGIE UND SEINE NEUE ROLLE IM AMERICAN EMPIRE

Der autoritäre Krisenkapitalismus mit der Perspektive einer ausgedehnten Periode geringen Wachstums ist kein langfristig existenzfähiges Projekt. Überakkumulation, zunehmende Vermögensungleichheit, Erosion der Mittelschichten und Entdemokratisierung verhindern eine hegemoniale Verallgemeinerung eines neuen kapitalistischen Entwicklungstyps. Es fehlen die Grundlagen für einen neuen historischen Kompromiss.

Die Übergangsphase könnte man im Anschluss an Gramsci als «Kriseninterregnum» bezeichnen. In einem solchen Interregnum, in dem nach Gramsci das Alte stirbt, aber das Neue noch nicht geboren worden ist, ist die politische Artikulation der Krise, also die Konfiguration politischer Konstellationen in der Krise, absolut entscheidend. Welche politischen Projekte sich auf der Grundlage welcher gesellschaftlichen Klassenbündnisse im nationalen und im globalen Maßstab als kohärente Lösungsansätze und Exit-Strategien herausbilden, rückt dann ins Zentrum der Fragestellung (Soltý 2013b). Und insofern wir zwar eine Internationalisierung des Staates und die Herausbildung eines transnationalen historischen Blocks beobachten, aber Hegemonie trotz alledem bis auf Weiteres auf der nationalstaatlichen Ebene organisiert wird, bewegen wir uns allmählich von der Ebene der globalen politischen Ökonomie auf die Ebene der politischen Soziologie einzelner Nationalstaaten. Wenn aber die politische Artikulation der anhaltenden Krise essenziell für die politische Zukunft ist, wie sieht vor dem globalen Hintergrund die politische und ökonomische Konstellation in Deutschland aus? Was bedeutet dies für die Politik in der Eurokrise? Welche Auswirkungen hat das Scheitern der Krisentransformation, des Umbaus des Finanzmarktkapitalismus in einen grünen Kapitalismus, auf die geostrategische Konstellation? Hat es in der Krise Verschiebungen im Weltsystem gegeben – und falls ja: Welche Auswirkungen haben diese auf die Frage geopolitischer und geoökonomischer Konflikte?

Es ist klar, dass der Beggar-thy-neighbor-Krisenkapitalismus darauf hinausläuft, die inneren Widersprüche zu externalisieren, das heißt interne Regime extern abzusichern. Und eine durch Marx inspirierte Außenpolitikanalyse hat, wie eingangs erwähnt, stets das Ziel verfolgt, die Außenpolitik als Ausdruck der Widersprüche in den inneren gesellschaftlichen Verhältnissen zu begreifen. In Bezug auf das American Empire und die USA bedeutet dies, dass das Scheitern der Reform im Innern und der Übergang zur Strategie der inneren und äußeren Abwertung mit einer stärkeren Exportfokussierung zu einer Verstärkung der offensiv expansiven Tendenzen in der US-Außen- und Geopolitik führt. Sie kann als «Innen-außen-Dialektik» der Vereinigten Staaten und des von ihnen geschaffenen Empires bezeichnet werden, zu dem auch Deutschland als Teil des

EU-(Sub-)Imperiums gehört (Soltý 2013a: 15 ff.). Angesichts der seit etwa 2005 stark zunehmenden Kriegsmüdigkeit in den USA, die auch Donald Trump in seiner isolationistischen Wahlkampagne aufgreift (Soltý 2016c), und einer vergleichbaren Entwicklung in Europa reagieren die NATO-Staaten im außenpolitischen Bereich mit einer Stärkung der außenpolitischen Exekutivapparate und der Zentralisierung der außenpolitischen Entscheidungskompetenzen: in den USA im Amt des Präsidenten, der zeitgleich oberster Heeresführer ist und im Grunde nur in der Frage der Kriegsfinanzierung vom US-Kongress abhängig ist (was in den USA historisch als «imperiale Präsidentschaft» bezeichnet worden ist), und in Deutschland und der EU perspektivisch in Gestalt einer EU-Armee, über die allerdings aus verschiedensten Gründen zurzeit noch recht kontrovers diskutiert wird. Auch von einigen liberalen Staatsrechtlern wird diese Entwicklung empört zur Kenntnis genommen.

Seit über 40 Jahren ist nun immer wieder vom «American Decline» die Rede, also davon, dass sich die USA im Niedergang und nach den Kriegsdesastern von Irak bis Afghanistan auf dem weltpolitischen Rückzug befänden. Obama sei im Kern ein «Decline-Manager». Gerade im medialen und politischen rhetorischen Dauerfeuer, mit dem auf die Übernahme einer neuen «deutschen Verantwortung» gedrängt wird, ist diese These zuletzt häufig bemüht worden. Es ist zweifellos richtig, dass die USA «mehr Verantwortung» von Deutschland und der EU im Management des globalen Kapitalismus und seiner Widersprüche einfordern. Dahinter steckt das erklärte Ziel einer neuen Aufgabenverteilung innerhalb des American Empire, dessen Teil die Europäische Union und seine innereuropäisch dominante Macht Deutschland ökonomisch, politisch und ideologisch nun einmal sind – eine Tatsache, die unter anderem daran abzulesen ist, dass es den USA gelungen ist, die NATO-Osterweiterung stets vor der EU-Osterweiterung voranzutreiben. Trotzdem wäre es ein Fehler, die strategische Neuausrichtung der US-Außenpolitik mit einem Rückzug zu verwechseln. (Es sollte nicht vergessen werden, dass die Obama-Administration Krieg in acht Ländern geführt hat und zum Teil immer noch führt¹⁶ und dazu verdeckte Operationen in unzähligen weiteren.) Die offensive Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik – als zunehmend dominantem Akteur im EU-Subimperium – ist Teil einer ausgreifenden Geopolitik des US-Staates, insbesondere seit dem Übergang der neuen Wettbewerbs- und Wachstumsstrategien nach der Wende zur Austeritätspolitik.

¹⁶ Diese Länder sind Irak, Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia und Mali.

Offenbar besteht eine Kontinuität in der US-Außenpolitik bei den Zielen und eine relative Diskontinuität bei den Mitteln. Die strategische Neuausrichtung läuft darauf hinaus, dass der US-Staat nach dem Scheitern der neokonservativen «Bodentruppen-Nation-Building-Strategie» unter George W. Bush nun zu einer klassischen Mahan-Brzezinski'schen Variante der imperialen (Weltmarkt-)Integrationspolitik übergegangen beziehungsweise zurückgekehrt ist.¹⁷ Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steckt der Gedanke des doppelten Arrangements einer Herrschaft über die Weltmeere und den Welthandel mithilfe einer Militär- und Handelsflotte einerseits und der Schaffung von herrschaftsstabilisierenden Brückenköpfen vor allem durch Hunderte von Militärbasen zur Kontrolle insbesondere der eurasischen Landmasse. Das ökonomische Mittel hierzu bleibt die kapitalistische Durchdringung mit marktöffnenden Handelsverträgen sowie Investitionsschutzabkommen, die transnational klassenformierend und im transnationalen historischen Block Kohäsion stiftende ausländische Direktinvestitionen begünstigen, ergänzt durch Militärbündnisse (inklusive Truppenstationierungen auf Militärbasen).

Die Innen-außen-Dialektik der USA und des American Empire, was keineswegs dasselbe ist, heißt aber auch Folgendes: Die Voraussetzung für ein «nationales», nicht globales ökonomisches Funktionieren der Beggar-thy-neighbor-Politik und der damit verbundenen Wachstums- und Wettbewerbsstrategien ist die Verbesserung der Exportmöglichkeiten durch Freihandelspakete. Diese sind aber weltweit mit dem Scheitern der Doha-Runde zur Welthandelsliberalisierung im Juli 2008, der Nichtrealisierung des Gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens FTAA und den Problemen der asiatisch-pazifischen Freihandelszone unter dem Dach der APEC in die Krise geraten, weshalb diese multilateralen Vorgehensweisen von den USA zunehmend durch bilaterale Freihandelspakete ersetzt wurden. Für die USA konnten allerdings diese nur schleppend verwirklicht werden, auch weil Obama bis vor Kurzem auf die «trade promotion authority», also Exekutivmachtkapazitäten in Handelsfragen, verzichten musste, die seine Vorgänger noch besaßen. Den USA gelang es unter Obama deshalb lediglich, bilaterale Freihandelsabkommen mit Kolumbien (schon weitgehend von der Bush-Regierung unter Dach und Fach gebracht) sowie mit der ehemaligen US-Kolonie Panama und erst nach schwerem Widerstand von den Gewerkschaften auf beiden Seiten auch mit Südkorea durchzusetzen.

Zugleich sind die USA mit einer zunehmenden regionalen Integration in Lateinamerika (ALBA als linkes Gegenmodell zur FTAA, Mercosur und SUCRE als Mittel, sich gegen schuldenimperialistische IWF- und Weltbank-Praktiken vonseiten der USA und des «Westens» zu schützen) und in Ostasien (Shanghai Organization, Asia Cooperation Dialogue, Chiang-Mai-Währungswechsel) konfrontiert. Gerade Letzteres könnte für die USA, Deutschland und die anderen verbündeten kern-

kapitalistischen Staaten im Empire zum Problem werden. Die zentrale geostrategische Herausforderung für die USA, Deutschland und den «Westen» ist die kapitalistische Durchdringung und subordinierte Einbindung Chinas in das Empire, das heißt in einen (weiterhin) vom US-Staat dominierten und vom eurodominanten Deutschland mitverwalteten globalen Kapitalismus und eine neoliberale Weltwirtschaftsordnung. Der «Pivot to Asia» der USA unter Obama, die Selbsterklärung der USA zur «pazifischen Macht» in der (fragmentarischen) Obama-Doktrin und Hillary Clintons Proklamation in *Foreign Affairs*, das 21. Jahrhundert werde «Amerikas pazifisches Jahrhundert» (Clinton 2011), sind in diesem allgemeinen Kontext zu sehen. Zugleich sind sie Ausdruck des Scheiterns der Reform im Inneren, den US-Dollar als globale Leitwährung und die Wall Street als sichersten Kapitalanlageplatz der Welt, kurz: die Vorteile des «Dollar-Wall-Street-Regimes» (Peter Gowan) zu nutzen, um die ökonomische US-Hegemonie auf dem Wege der grünpolitikistischen Innovation wiederherzustellen.

Die Probleme bei der kapitalistischen Durchdringung und geostrategischen Einbindung Chinas durch das American Empire resultieren daraus, dass es keine historischen Vorbilder gibt, die als Beleg dafür herhalten könnten, dass die Einbindung Chinas gelingen wird. Die Entwicklung Chinas scheint für viele marxistische wie nichtmarxistische Beobachter, die in China heute einen autoritären Staatskapitalismus sehen, abgeschlossen zu sein. Die Situation scheint allerdings uneindeutiger und die Entwicklungen seit Beginn der Marktliberalisierung unter Deng Xiaoping 1978 sind keineswegs so linear, wie sie oft dargestellt werden. Ein Beispiel hierfür, das auch als ein Beleg für die von Francis Fukuyama und Thomas L. Friedman neidisch beobachteten enormen Staatskapazitäten Chinas dienen kann, ist zum Beispiel die bemerkenswerte steuerpolitische Wiederermächtigung des Zentralstaates gegenüber den einzelnen Provinzen und besonders stark kapitalistisch durchdrungenen und in den globalen Kapitalismus fest integrierten Sonderwirtschaftszonen (vgl. hierzu näher Jacques 2009: 166 ff.). In der Debatte zwischen Adepten der «Sozialistischen-Marktwirtschaft-These» (vgl. exemplarisch Bergmann 2004) einerseits und den Vertretern der These vom autoritären «Staatskapitalismus» (vgl. exemplarisch Brink 2010) andererseits macht es – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung der dramatischen Klassenkonflikte – wenig Sinn, vorschnelle Antworten zu geben. China ist als Teil von «Chimerika» in einer abhängigen Position von den USA, aber die zukünftige Entwicklung Chinas scheint offener zu sein als vielfach angenommen. Die zentralen Fragen für die

¹⁷ Alfred Thayer Mahan gilt als Begründer einer US-amerikanischen Geopolitikstrategie, die auf der Kontrolle der Meere und Seehandelswege beruht. Diese Tradition hat der den US-Demokraten nahestehende Zbigniew Brzezinski für die heutige globale Machtpolitik der USA weiterentwickelt, die auf einer Mischung aus Weltmeerdominanz und (Militär-)Brückenköpfen (insbesondere auf der sogenannten eurasischen Landmasse) basiert.

Zukunft Chinas betreffen die zwei letzten Bastionen des «Sozialismus chinesischer Prägung»: Erstens fordert der «Westen» vehement eine Liberalisierung der (binnenchinesischen) Finanzmarktes und zweitens die Deregulierung des kollektiven Landbesitzes. Trotz Willensbekundungen in diese Richtung und massiven Drucks vonseiten der kernkapitalistischen Staaten hat sich da faktisch bislang wenig getan (Schmalz/Ebenau 2011: 128 ff.). Interessant ist hierbei die Entwicklung von neuen Bündnissen: zwischen lokalen KP-Fürsten, deren politische Macht auf dem kollektiven Bodenbesitz beruht (auch bei kollektiven High-Risk-Investitionen), und den traditionellen und neuen Linken in den Staatsapparaten im Kampf gegen Änderungen beim Landbesitz (Pohle 2013).

Die Herausforderung für den «Westen» in Bezug auf die kapitalistische Durchdringung und Einbindung Chinas in das Empire sind – wie bereits erwähnt – deshalb so groß, weil es keine positiven historischen Vorbilder dafür gibt. Die Schwierigkeiten lassen sich am besten darstellen, wenn man China mit den Ländern Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht. Hier gibt es drei entscheidende Unterschiede: 1. Mit Deutschland und Japan – als weltwirtschaftlich zentralen Staaten – integrierten die USA nach 1945 vergleichsweise kleine Staaten mit geringeren Bevölkerungszahlen. China dagegen verfügt über eine fast viermal so große Bevölkerung wie die USA. 2. Deutschland und Japan waren zum Zeitpunkt ihrer Durchdringung und Einbindung militärisch besiegt und von den USA besetzt und ihre herrschenden Klassen befürchteten insbesondere in Deutschland und Westeuropa angesichts der starken antikapitalistischen Bestrebungen bis weit in die Christdemokratie hinein eine wirtschaftliche Entmachtung. China dagegen ist ein souveräner Staat. Auch wenn es ein Entwicklungsland ist, handelt es sich bei China doch um einen jahrtausendalten Zivilisationsreich, das aus seiner eigenen Perspektive «wiedergeboren» worden ist und das nach seiner Peripherisierung ab dem 19. Jahrhundert nun wieder zur alten Stärke zurückkehrt. 3. Deutschland und Japan wurden unter den Bedingungen der Bipolarität im Kalten Krieg («sowjetische Bedrohung») mit «Nabe-Speiche-Beziehungen» (Gowan 1999: 191) zwischen den einzelnen Ländern des Westens zu den USA integriert, und das zu einem Zeitpunkt, als die USA über die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts verfügten und damit die absolute ökonomische Übermacht hatten. Unter den Bedingungen der Multipolarität nach dem Ende der Systemkonkurrenz und des relativen ökonomischen Bedeutungsverlusts ist die Integrationskraft des US-Staates freilich abgeschwächt. Die graduelle Unilateralisierung der US-Außenpolitik nach 1991 – letztlich unabhängig davon, wer im Präsidentenamt saß – ist, wie Rainer Rilling (2008: 80 ff. u. 103 ff.) gezeigt hat, eine Folge hiervon.

Die USA sind vor diesem Hintergrund und im Kontext der Krise des westlichen Freihandelsimperialismus unter Obama zu einer dreifachen Strategie der Ein-

dämmung übergegangen oder zurückgekehrt: gegenüber China, aber auch gegenüber den zum Teil links-gewendeten Ländern Lateinamerikas und zunehmend gegenüber Russland (wobei die Letzteren besonders unter der gegenwärtigen Rohstoffpreiskrise zu leiden haben). Die China-Politik der USA hat die Form einer Strategie der Einbindung durch Eindämmung eingenommen. Die US-Regierung macht sich zunehmend regionale Spannungen (um Territorien im Südchinesischen Meer etc.) zunutze, um dort als regionale (Militär-)Ordnungsmacht auftreten zu können (Soltz 2013a: 288 ff.). Diese Strategie verfolgt sie mit einigem Erfolg. Unter Obama wurden bilaterale Militärbündnisse mit Australien, den Philippinen, Japan und sogar Vietnam und Indien aus- und aufgebaut. Ziel ist es, die Konflikte vor Ort auszunutzen, um die regionalen Integrationsbemühungen zu hintertreiben beziehungsweise zu verhindern, dass sie sich eventuell außerhalb des American Empire und als Konkurrenzblöcke entwickeln könnten. Der Hebel, mit dem China davon abgehalten werden soll, beispielsweise mithilfe des Chiang-Mai-Multilateralisierungspakts (einem ostasiatischen Währungswechselsystem jenseits des US-Dollars) die US-Finanzhegemonie herauszufordern, ist die Drohung einer maritimen Kontinentalsperre. US-Außenpolitikern vertrauen darauf, dass Chinas Staatsführung einen solchen Schritt nicht wirklich in Erwägung zieht, ist sie doch aus Gründen der innenpolitischen Stabilität auf hohe BIP-Wachstumsraten von um die 10 Prozent angewiesen, um die etwa 250 Millionen Wanderarbeiter des Landes sozial integrieren zu können. Fast 80 Prozent des gesamten chinesischen Außenhandels und des unabdingbaren Rohstoffimports werden über das von den USA kontrollierte Südchinesische Meer, die Straße von Malaka und den Persischen Golf abgewickelt. Die USA können also im Grunde damit drohen, soziale Revolten in China hervorzurufen (vgl. hierzu näher ebd.). Ähnlichen Zwecken dient im Verhältnis zu Lateinamerika die Pazifik-Allianz, die nach dem Scheitern der FTAA die starken regionalen Integrationsprozesse im linksgewendeten Lateinamerika hintertreiben soll, das sich im Schatten der US-Nahostkriege mit Brasilien an der Spitze und zwei innerlich konkurrierenden Projekten und Blöcken (zumindest zeitweilig) neue Freiräume verschafft hatte.

Die dritte Eindämmungsstrategie bezieht sich auf Russland. Die Anzeichen – einschließlich der Ernennung von John F. Tefft zum US-Botschafter in Russland – verdichten sich, dass die USA auch in Bezug auf Russland mittlerweile auf eine Strategie der Eindämmung drängen. Diese wird unmittelbar in Beziehung gesetzt zur Kennan'schen Außenpolitik nach 1947 (New York Times, 19.4.2014) und als «Containment 2.0» (Forbes Magazine, 20.4.2014) diskutiert. Das erklärte Ziel der Obama-Administration bleibt es, Russland in einen internationalen «Paria-Staat» zu verwandeln (und auch China, das mit Russland im UN-Sicherheitsrat regelmäßig gegen NATO-Kriege gestimmt hat, in eine Anti-Russland-Phalanx einzubinden). Die

Tendenzen zur militärischen Einkreisung Russlands durch die NATO-Staaten sind dementsprechend eine sehr beunruhigende Entwicklung.

Die USA profitieren zweifellos von der Ausnutzung von existierenden regionalen Konflikten. Unter den Bedingungen der Multipolarität und nach dem Scheitern des krassen Unilateralismus der Regierung von George W. Bush geht es letztlich um eine dreifache *Divide-et-impera*-Politik. In jedem Fall stellt sich natürlich zugleich die Frage: Heizen die USA diese als Mittel der Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen auch direkt an?

Zunächst gilt es entgegen einem bornierten Antiiperialismus und allerlei Verschwörungstheorien unbedingt festzuhalten: Von Libyen über den Iran bis zur Ukraine haben die USA und die «westlichen» Staaten nicht aus eigener Kraft «grüne» oder «orange Revolutionen» und «Frühlingsaufstände» hervorgebracht. In all diesen Fällen waren es immer Krisenfolgen und (legitime) innenpolitische Gründe, die zu Aufständen gegen existierende (autoritäre und Oligarchen-)Regimes geführt haben. Der US-Staat und seine Verbündeten machen sich vielmehr innenpolitische Entwicklungen in diesen Ländern zunutze und befördern bloß finanziell, militärisch, politisch und ideologisch gezielt solche Kräfte, die ihren Interessen nutzen. Dies geschieht häufig auf eine teilweise recht kurzfristige Art und Weise. Die eingangs erwähnte Zögerlichkeit in den Interventionsentscheidungen und das erratische Wesen der Außenpolitik der Staaten des «Westens» stehen für eine geradezu reaktive *Ad-hoc*-Feuerlöschpolitik in Reaktion auf schwelende und zumeist dauerhaft ungelöste Probleme.

Wie lässt sich nun die neue Offensivausrichtung in der deutschen Außenpolitik im Kontext dieser geostrategischen Ausrichtung der USA im Zuge der globalen Krise beurteilen? Auch wenn Deutschland als relativ autonomer und dominanter Akteur im EU-(Sub-)Empire Interessen unabhängig vom US-Staat verfolgt, bedeutet «neue und mehr Verantwortung» im Großen und Ganzen zunächst einmal eine weiterreichende Aufgabenbeteiligung im Rahmen dieser Großstrategie zur Einbindung der Mächte an den drei skizzierten Rändern des Empire durch Eindämmungspolitik. Diese führt – vor dem Hintergrund der Energieabhängigkeit und starken wirtschaftlichen Verflechtung im eurasischen Raum – gerade im Hinblick auf Russland durchaus zu innerimperialen Konflikten, besonders zwischen Deutschland und den USA. Hierbei zeigt die Ukraine-Krise, dass die USA am Ende doch durchaus gewillt waren, Deutschland die diplomatische Initiative wieder in die Hand zu geben.

Zugleich bleibt Deutschland aufgrund seiner fortbestehenden militärischen und in Teilen auch diplomatischen Schwächen bei der Durchsetzung seiner eigenen globalen Interessen dauerhaft auf das enge Bündnis mit dem US-Staat angewiesen. Dabei wird diese Abhängigkeit noch durch Verschiebungen in der Exportabhängigkeit Deutschlands vor allem in Rich-

tung China verschärft, weil sie die Notwendigkeit der Machtprojektion verstärkt, aber zugleich nicht, schon gar nicht auf nationaler Ebene, mit einer entsprechenden Ausweitung der (militär-)politischen Ressourcen für eine Machtprojektion einhergeht, die sich auf dem Niveau einer Weltmacht bewegt.

Aber worin genau besteht diese Verschiebung? Wie hat sich Deutschlands politische Ökonomie im Rahmen der globalen Krise entwickelt und verändert? Welchen Einfluss hatten diese Veränderungen auf Deutschlands Außenpolitik in der Eurokrise und nicht zuletzt seine Rolle während der Griechenlandkrise? Wie lässt sie sich aus den inneren gesellschaftlichen Widersprüchen Deutschlands und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion heraus erklären?

Von der Hegemoniekrise des Neoliberalismus in Deutschland zum Krisenkorporatismus

Die Eurokrise hat nicht nur die «Harmonisierung-durch-Konkurrenz-Webfehler» in den neoliberalen Primärverträgen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt. Sie hat zugleich eine räumliche Ungleichzeitigkeit in der Artikulation der Krise hervorgebracht, die sich zu Rissen im Gebälk der Europäischen Union als solcher entwickelt haben. Diese Ungleichzeitigkeit drückt sich sowohl ökonomisch als auch politisch aus. Ökonomisch sollte mit der Festlegung des europäischen Integrationsprozesses auf einen euromonetaristischen Kurs ein einheitlicher Wirtschaftsraum geschaffen werden. Eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik wurde durch die Einheitliche Europäische Akte und das Einstimmigkeitsprinzip in Fragen der wirtschaftspolitischen Integration unmöglich gemacht. Dieses Prinzip geht vor allem auf das Betreiben Großbritanniens zurück und sollte letztlich eine EU-weite Finanzmarktregulierung verhindern, die den Interessen des Finanzmarktplatzes London als Triebkraft der weitgehend deindustrialisierten britischen Ökonomie widersprochen hätte (Ziltener 1999: 122 ff.).

Ganz elementar für die neue deutsche Außenpolitik ist allerdings die politische Ungleichzeitigkeit im Euroraum. Die globale austeritätspolitische Wende im Allgemeinen und die Durchsetzung des autoritären Krisenkonstitutionalismus sowohl an der «europäischen Peripherie» als auch in Frankreich (als einem zunehmend untergeordneten und ungleichen Partner im europäischen Tandem) im Besonderen hat vor allem in Griechenland, Portugal, Spanien und in geringem Maße in Irland und Italien enormen gesellschaftlichen Widerstand hervorgerufen. Ein Jahr nach dem ersten mit dem griechischen Staat vereinbarten Memorandum vom Mai 2010 entstanden hier breite Protestbewegungen mit verschiedensten Kampfformen. Sie selbst waren Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Konfliktzyklus von europäischem, ja globalem Ausmaß (vgl. Schmalz/Weinmann 2013; Solty 2014).

Die Eurokrise hat die Eurostaaten gespalten. Die euromonetaristische Integrationsweise hat eine wachsende Auseinanderentwicklung von Zentrum und

Peripherie hervorgebracht. Diese Spaltungslinie ist letztlich eine zwischen Euro-Norden und Euro-Süden. Die südliche Euroraum-Peripherie ist in diesem Zuge weitgehend deindustrialisiert worden. Dies ist, wie gesagt, nicht allein eine Folge der Lohndumping-Politik Deutschlands im Rahmen der Agenda-2010- und Hartz-Reformen (Schulten 2015). Es ist nicht nur politisch, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Gründen kaum vorstellbar, dass die Austeritätspolitik in Südeuropa im Sinne einer Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit und ausgeglichener Staatshaushalte funktionieren kann. Womit sollen strukturelle Defizitökonomien wettbewerbsfähig werden? Der eigentliche Zweck scheint die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu sein, eine Politik der «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey 2003: 145 f.). Das politische Dilemma besteht hierbei jedoch in dem wachsenden Legitimationsverlust des europäischen Einigungsprozesses, für den stets die Output-Legitimität im Vordergrund stand (Soltý/Gill 2013).

Allerdings artikuliert sich diese Entwicklung in den einzelnen nationalen Kontexten unterschiedlich. Tatsächlich ist die Spaltung in Zentrum und Peripherie, zwischen Nord- und Südeuropa nicht nur ein ökonomisches, sondern auch und vor allem ein politisches Phänomen, das die bereits bestehenden Differenzen vertieft. Zur raumzeitlichen Auseinanderentwicklung der Euro-Mitgliedsstaaten gehört die Tatsache, dass die Peripherie-Länder, die «ESM-Nehmerländer», sich in der Krise eher nach links orientiert haben. Hier wurde der Widerstand gegen die Austeritätspolitik vor dem Hintergrund einer tiefen Krise der Mittelklassen von volksfrontartigen Mitte-unten-Bündnissen getragen. Zwar haben sich auch hier rechtspopulistische, neofaschistische und neonazistische Formationen herausgebildet (wie etwa die Goldene Morgenröte in Griechenland), sie konnten trotzdem weder sozial noch politisch reüssieren und die Stimmung insgesamt nach rechts kippen.

Im Euroraum-Zentrum, den «ESM-Geberländern», dagegen hat die Eurokrise politisch im Zuge einer Radikalisierung von Teilen des binnenwirtschaftlich orientierten (Klein-)Bürgertums vor allem zu rechten Mobilisierungen geführt. Es hat eine «Renationalisierung» (Habermas 2015) stattgefunden. Diese Rechtsorientierung hat dabei als neuer Wohlstandsnationalismus die Spaltungslinien in der EU vertieft. Diese Mittelebenen-Bündnisse haben zugleich mit dazu beigetragen, dass der Plan A der griechischen SYRIZA-Linksregierung scheiterte. Dieser hatte darin bestanden, die europäische Peripherie zu einen, die Große Koalition in Deutschland zu spalten und der SPD im Bündnis mit der italienischen und französischen Sozialdemokratie das hegemoniale Projekt einer euro-keynesianischen Vertiefung der europäischen Integration auf dem Silbertablett zu servieren. Dabei ist diese Rechtsartikulation der Eurokrise in den Zentrumsländern, im Euroraum-Norden, nicht nur als ideologisches und soziales Phänomen zu beobachten, etwa in Gestalt der

Verbreitung von gruppenbezogen-menschenfeindlichen Einstellungen in der «Mitte» der Gesellschaft (Decker u. a. 2010 u. 2012) oder als Aufstieg einer «rohen Bürgerlichkeit» (Heitmeyer 2011). Es drückt sich politisch vor allem in Erfolgen der neuen euroskeptischen oder eurofeindlichen Rechtsparteien aus (Front National, Alternative für Deutschland, FPÖ, Partij voor de Vrijheid, Vlaams Belang, Wahre Finnen etc.). Die schranken zusammen mit dem Aufstieg der alten und neuen Linksformationen die Handlungsfähigkeit der internationalisierten Machtblöcke in den europäischen Nationalstaaten ein, für die die Eurokrise, wie gesagt, keine ökonomische, sondern eine politische Frage darstellt (Soltý/Gill 2013).

Die Grundlage der Renationalisierung in Deutschland und der deutschen EU-Politik ist wiederum die spezifische politische Artikulation der Krise. Nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und dem Beginn der finanziellen Kernschmelze erwarteten kluge bürgerliche Beobachter ein Revival der Linken. Die Linke, so die weitverbreitete Einschätzung, würde von der Krise profitieren. Die erste politische Artikulation der Krise war jedoch ohne Frage eine rechte. Es wurde bereits auf die Rolle der Tea-Party-Bewegung in der austeritätspolitischen Wende in den USA hingewiesen; in Deutschland steht für diese Entwicklung exemplarisch das Sarrazin-Phänomen (vgl. Soltý 2013b).

Der Hintergrund dieser Entwicklung ist die extreme Defensivposition, in die die Gewerkschaftsbewegungen in den kapitalistischen Kernstaaten in den letzten Jahren gedrängt worden sind. Die Krise vernichtete weltweit quasi auf einen Schlag rund 30 Millionen Arbeitsplätze (ILO 2015). Dies hatte eine weitere Verringerung nicht nur der Marktmacht der globalen Arbeiterklasse zur Folge, sondern minimierte auch ihre Organisationsmacht. Die Konsequenz dieser weiteren Schwächung der Arbeiterbewegungen weltweit war neben der sinkenden Lohnquote der dramatische Rückgang der Streikzahlen (bezogen auf die Anzahl der Streiks und Streikenden und die Dauer des Produktionsstillstands). In Deutschland führte die Krise dabei zu einem neuen gesellschaftlichen Bündnis und zu Umgruppierungen im Machtblock. Dies kann als deutscher Krisenkorporatismus bezeichnet werden (Urban 2012).

Die Ursachen hierfür waren vielfältig. In Folge der Agenda-2010- und Hartz-Reformen der rotgrünen Bundesregierung (2003–2005), des sich hiergegen richtenden gesellschaftlichen Widerstands und einer zunehmenden politischen Entfremdung zwischen den Gewerkschaften und ihrem traditionellen ersten Bündnispartner SPD endete in Deutschland die kurze Phase der hegemonialen Verallgemeinerung des Neoliberalismus (Candeias 2004: 408) und ging in eine Repräsentationskrise über, die ein Vakuum für rechtsextreme Stimmungen schuf (ebd.: 409 ff.). Zugleich bot sie aber auch die Grundlage für die Entstehung einer neuen Linken in Form der Fusion von PDS und WASG, die als Keimform einer gegenhegemonialen Bewegung ge-

gen den Neoliberalismus eine bemerkenswerte Zugkraft entfaltet. Bei der Bundestagswahl 2009 konnte sie diese unter den günstigen Bedingungen einer CDU-CSU/SPD-Regierung auch noch in ein historisches Stimmenergebnis von 11,9 Prozent ummünzen (Soltz 2008).

Die Krise, die das Wirtschaftswachstum in Deutschland 2009 (nach einem schwachem Wachstum von 1,1 Prozent in 2008) stärker noch als in den meisten anderen europäischen Ländern um 5,1 Prozent einbrechen ließ (vgl. Deppe 2012: 85), beendete diesen Prozess. Aufgrund korporatistischer Betriebsstrukturen und stark institutionalisierter Tarifverhandlungssysteme – die sich im Kontext der neoliberalen Wende und der schrittweisen Aufkündigung des historischen Klassenkompromisses von oben tendenziell gegen die Beschäftigten richteten (vgl. die frühe Kritik in Panitch 1977) – konnte sich im Zuge des Ausbruchs der globalen Krise eine eher konservative Tendenz in den Gewerkschaften der weltmarktorientierten und exportabhängigen Branchen, das heißt namentlich der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), durchsetzen. Stellvertretend für viele Gewerkschaftsfunktionäre brachte der Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Dirk Hierschel, auf dem Kongress «Linke Auswege aus der Krise»¹⁸ die innergewerkschaftliche Angst zum Ausdruck, mit der Krise und mit den infolge des Einbruchs im produzierenden Gewerbe 2009 zu erwartenden Arbeitsplatzverlusten drohten größere Teile der industriellen Basis in Deutschland und damit das Fundament der institutionellen (Flächentarif-)Macht der deutschen Gewerkschaften zu erodieren. War der Gewerkschaftslinker Jürgen Urban im Zuge des linken Frühlings zwischen der Bundestagswahl 2004 und 2009 in der bürgerlichen Presse zwischenzeitlich als kommender IG-Metallvorsitzender und Nachfolger von «Reformer» Berthold Huber gehandelt worden, beendete die Krise ebendiesen Aufbruch. Im Aktionsplan «Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein GUTES LEBEN», den die IG Metall im März 2009 vorstellte, wurde nicht nur die Beschäftigungssicherung durch «Kurzarbeit» als Ziel angepeilt, sondern mit der Betonung der «Notwendigkeit der Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen» auch ein transformatorisches politisches Mandat (Bierbaum 2013). Da die (Industrie-)Gewerkschaften nach der Agenda-2010-Entfremdung bei der mitregierenden SPD aber nun wieder Gehör fanden, wie schon lange nicht mehr, und die weitgehend auf die Initiative der IG Metall zurückgehenden Projekte «Kurzarbeit» und «Abwrackprämie» zum staatlichen Krisenmanagement erhoben worden waren, entstand ein konservativ und vor allem an der Sicherung der (Stammebelegschaft-) Beschäftigten ausgerichteter Krisenkorporatismus, bei dem die Notwendigkeit langfristiger transformatorischer Perspektiven kaum mehr bleiben konnte als ein Lippenbekenntnis (Urban 2012).

Politisch hatte dies gravierende Folgen. Es bedeutete nicht nur, dass die in der Krise vonseiten der Linken neu

initiierte Konversionsdebatte zur sozialökologischen Bearbeitung der Überakkumulationsstrukturprobleme in der Automobilindustrie und ein darüber hinausweisendes transformatorisches Einstiegsprojekt «in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie» (Candeias 2011) tendenziell verpuffte. Die konservative Verschiebung dieser Probleme in die Zukunft im Rahmen der «Abwrackprämie» spaltete die in Deutschland seit 2004 ff. entstandene, zur gesamtgesellschaftlichen Transformation hin orientierte «Mosaik-Linke» und schwächte ihren Widerstand gegen den Neoliberalismus (Urban 2009; Candeias 2010; Candeias/Völpel 2014). Weder «Kurzarbeit» noch «Abwrackprämie» waren der wachsenden Zahl von prekär Beschäftigten als den ersten Krisenopfern in den industriellen Exportbranchen zu vermitteln, auch nicht den Beschäftigten im (Dienstleistungs-)Niedriglohnssektor, der im Zuge der Agenda-2010-Reformen extrem angewachsen war, und noch weniger dem umweltbewegten Teil der Mosaik-Linken. Letztlich vertiefte der Krisenkorporatismus die Spaltungslinien in der Klasse der Lohnabhängigen, einerseits zwischen der Masse des tendenziell schlecht bezahlten Dienstleistungspersonals und den Hochlohnsegmenten in der deutschen Exportwirtschaft, und andererseits zwischen den Stammebelegschaften und den nur temporär Beschäftigten. Tatsächlich zeigten Studien zum Krisenbewusstsein der Lohnabhängigen in Deutschland die wachsende Kluft zwischen diesen verschiedenen «Arbeitnehmersegmenten». Die Krise und ihre Verursacher erschienen den Beschäftigten nicht nur als anonym, entsprechend wenig Raum sahen sie für konkrete politische Alternativen (Detje/Menz 2011), sondern sie bestärkte wohl auch eine Form der «exklusiven Solidarität» zwischen den Stammebelegschaften und den über Zeit- und Leiharbeit oder Werkverträge Beschäftigten in der deutschen Exportindustriewirtschaft (Dörre u. a. 2013). So ist im Zuge eines Prozesses der Fraktalisierung mit den prekär Beschäftigten eine besondere Klassenfraktion entstanden, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor große Herausforderungen stellt (Dörre 2011). Als diese Fraktalisierung übergreifendes Band scheint zwar die universell wahrgenommene und abgelehnte Ökonomisierung potenziell eine politische Katalysatorfunktion spielen zu können. Sie könnte im Kontext einer allgemein wachsenden Sensibilität für Probleme des Raubbaus an der Arbeit (Stichwort: Burnout-Debatten) theoretisch auch viele Prozesse und gesellschaftliche Unzufriedenheiten in einem Projekt der «guten Arbeit» und des «guten Lebens» bündeln. Politisch wirksam könnte dies jedoch wohl erst bei einer erneuten Krisenverschärfung auch in Deutschland werden.

Zugleich spaltete der deutsche Krisenkorporatismus nicht zuletzt aufgrund starker regionaler Unterschiede bei den Krisenauswirkungen den Widerstand gegen

¹⁸ Dieser wurde von der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert und fand am 20./21. März 2009 in Berlin statt.

den Neoliberalismus, und das nicht nur in Deutschland, sondern auch auf der europäischen Ebene. Als etwa der Europäische Gewerkschaftsbund aus Protest gegen die Schleifung der Flächentarifverträge und gegen Angriffe auf Mindestlöhne, öffentliche Beschäftigung und Renten im Zuge der Troika-Politik in den südeuropäischen Krisenländern am 14. November 2012 zu einem europaweiten Generalstreik aufrief, stand auch der DGB mit seinem Namen unter diesem Aufruf. Er beteiligte sich aber nicht an der aktiven Mobilisierung. Angesichts der Ungleichzeitigkeit in der Krisenbetroffenheit zwischen den Euro-Kernstaaten und der «Peripherie» blieb die Solidarität nur auf dem Papier bestehen. Auch bei den Blockupy-Protesten gegen die europäische Austeritätspolitik im Mai 2012 waren bloß «die GEW und Teile von ver.di präsent» (Bierbaum 2013).

Dies hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass der deutsche Krisenkorporatismus in seiner konservativen Tendenz und kurzfristigen Orientierung durchaus Erfolge aufzuweisen hatte. Ökonomisch profitierte «Deutschland» stark von der Krise. So führte die Eurokrise mit ihrer Unsicherheit an den Finanzmärkten zu einer massiven Kapitalflucht aus dem peripheren Kriseneuropa in deutsche Staatspapiere. Insgesamt flossen so rund 120 Milliarden Euro nach Deutschland – eine Summe, die die Gesamtauslagen des deutschen Staates für die Rettung in Griechenland verschuldeter deutscher, französischer und anderer Banken (in der Regel als «Griechenland-Rettung» bezeichnet) noch um rund 30 Milliarden Euro übersteigt. Dem deutschen Staat ermöglichte diese Entwicklung eine Refinanzierung der Altschulden zu Nullzinsen und die Politik der «schwarzen Null» von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Insgesamt wurden laut einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle auf diese Weise 100 Milliarden Euro eingespart, das heißt mehr als die deutsche Einlage im Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Politisch bedeutete diese Tragfähigkeit des deutschen Krisenkorporatismus wiederum, dass in Deutschland eine Variante des «mitfühlenden Konservatismus» entstehen konnte. So schwang das Polanyi'sche Pendel des Marktes nicht zuletzt auf Initiative der SPD mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro und der Rente mit 63 sowie mit der Rekommunalisierung von zuvor privatisierten lokalen öffentlichen Unternehmen (vor allem im Energiesektor) teilweise wieder zurück in Richtung von mehr staatlicher Regulierung. Zudem ist auch in dem von Angela Merkel seit 2011 propagierten «Pakt für Wettbewerbsfähigkeit» als Teil der neuen europaweiten wirtschaftspolitischen Koordination und der europäischen Wettbewerbsstrategie der inneren Abwertung durchaus ein Verteilungsspielraum vorgesehen. Laut diesem Pakt, der auch eine europäische Koordination der Lohnpolitik in den Nationalstaaten beinhalten soll, sind für Deutschland Reallohnsteigerungen von bis zu neun Prozent über drei Jahre hinweg eingeplant

(Oberndorfer 2014). Seit Anfang der 1990er Jahren hat es keine Phase mehr mit Reallohnzuwächsen in dieser Größenordnung gegeben. Entscheidend ist: Im Umkehrschluss würde diese Politik natürlich eine weitere Absenkung der Löhne und Gehälter und Lebensstandards in der Euroraum-Peripherie bedeuten.

Die nicht nur für eine transformatorische Linke politisch alles entscheidende Frage ist und bleibt vor diesem Hintergrund die nach der dauerhaften politischen und ökonomischen Tragfähigkeit dieses Beggar-neighbor-Kapitalismus im Allgemeinen (die bereits in Kapitel 3 negativ beantwortet worden ist) und hierin die des deutschen Krisenkorporatismus im Besonderen. (Dieser bleibt dabei natürlich zweifellos grundsätzlich abhängig von der Fähigkeit des Machtblocks in Europa, den Zerfall des Euroraums und/oder der Europäischen Union zu verhindern, da ein solcher Zerfall und eine Rückkehr etwa zur D-Mark eine massive Währungsaufwertung mit dramatischen Konsequenzen für Exportfähigkeit, Bestand der industriellen Basis, Beschäftigung etc. zur Folge hätte.¹⁹)

Zunächst einmal zu den Ergebnissen der Beggar-neighbor-Politik und ihren Wachstums- und Wettbewerbsstrategien und den damit zusammenhängenden kurzfristigen und längerfristigen Verschiebungen in der Weltwirtschaft: Die USA haben nach Angaben der offiziellen Statistikbehörde zwar immer noch ein erhebliches Leistungsbilanzdefizit. Es ist ihnen allerdings gelungen, dieses deutlich zu senken. Das Defizit konnte von 712 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005 und 702,1 Milliarden US-Dollar im ersten Jahr der globalen Krise 2007 auf 410,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 reduziert werden. Auch wenn die bis Ende Januar 2016 veröffentlichten Zahlen aus den ersten drei Quartalen 2015 wieder eine leichte Erhöhung des US-Leistungsbilanzdefizits für 2015 vermuten lassen, setzte sich dieser allgemeine Trend fort (Bureau of Economic Analysis, 17.12.2015). Die Drei-Säulen-Wettbewerbsstrategie der USA funktioniert mithin vergleichsweise gut, und es häufen sich Warnungen über die neue Wettbewerbsfähigkeit der USA nicht nur in

¹⁹ Für den – vom (süd-)westdeutschen Exportindustriekapital dominierten – Machtblock in Deutschland gibt es keine Alternative zur Europäischen Union und zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Ökonomisch ist der deutschdominierte europäische Binnenmarkt nicht nur Deutschlands Heimbasis und «Hinterhof». Die gemeinsame europäische Währung verhindert auch den Aufwertungsdruck, unter dem die deutsche Exportwirtschaft noch zu D-Mark-Zeiten litt, und stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Industriekapitals. Der Euroraum dient damit als ökonomisches Sprungbrett in die Welt. Zudem verfügt das deutsche Kapital mit dem Euro auch über eine potenzielle Konkurrenzvorteil zum US-Dollar. Politisch wiederum ermöglicht die europäische (Wirtschafts-)Integration es Deutschland, internationales Gewicht zu erlangen und «Gehör zu finden». Dazu gehört auch die Nutzung der Militärstrukturen der USA und ihrer (anderen) Verbündeten im Rahmen der NATO. Für den deutschen Machtblock aus ökonomischen und politischen Eliten hat die europäische Integration entsprechend höchste Priorität. So heißt es auch prominent in den aktuellen «Schwerpunkten deutscher Außenpolitik» des Auswärtigen Amtes: «Kaum ein anderes Land profitiert so sehr von der Europäischen Integration und der Europäischen Union wie ihr größter Mitgliedstaat im Herzen Europas – Deutschland. Diese Integration bleibt das Fundament der deutschen Außenpolitik.» Damit ist aber auch klar, dass die Eurokrise aus der Perspektive der (außen-)politischen Eliten in Deutschland keine ökonomische (Krisen-)Frage, sondern eine politische ist. Der zunehmend autoritäre Krisenkonstitutionalismus, zu dem auch die Zunahme extralegalen Verfahrens wie etwa der Verstoß gegen die No-Bailout-Klausel in den Primärverträgen gehören, ist in diesem Kontext als ein Machtpragmatismus zu begreifen: Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist um jeden Preis zu erhalten.

der EU, sondern auch in China (ebd.). Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt dabei die Lohnpolitik in den exportorientierten Kapitalien, entscheidend sind aber auch die niedrigen Energiekosten, die mit 9,4 US-Dollar (2015) pro Kilowattstunde weiterhin rund ein Drittel unter dem Durchschnitt in der weitgehend auf Energieimporte angewiesenen Europäischen Union liegen.

Die USA verlieren damit jedoch zugleich als ehemals wichtigster Markt außerhalb der EU für die großen europäischen Exportökonomien an Bedeutung und können auch immer weniger die Rolle des global-keynesianischen Schwamms für Überschusskapital und Überschusswaren spielen, wie sie das noch bis vor Einbruch der Krise getan haben (Brenner 2003). Was das für die globale politische Ökonomie und die Frage der finanzmarktkapitalistischen Blasenökonomie bedeuten kann, wäre noch systematischer zu untersuchen.

So geht die wieder gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der USA wohl zulasten weiterer Teile der Europäischen Union, die aufgrund ihrer orthodoxen Austeritätspolitik auch bei den Wachstumsraten deutlich den USA hinterherhinken (siehe Grafik 2 auf S. 34), offensichtlich aber nicht zulasten Deutschlands. Im Gegenteil: Von 1991 bis 2008 steigerte Deutschland sein Gesamtexportvolumen in die USA von 26 auf 97,5 Milliarden US-Dollar. Im selben Zeitraum stieg auch das Leistungsbilanzdefizit der USA gegenüber Deutschland von 4,8 auf 43,0 Milliarden US-Dollar. Nach einem kurzfristigen Rückgang im Jahr 2009 (auf 28,2 Mrd. US-Dollar) setzte sich der langfristige Anstieg auch kontinuierlich während der Krise fort und liegt heute bei 67,0 Milliarden US-Dollar. Zudem ist das Gesamtexportvolumen Deutschlands in die USA zwischen 2009 und 2014 kontinuierlich auf zuletzt 123,3 Milliarden US-Dollar angestiegen (U.S. CENSUS 2015). Mit anderen Worten: Während Deutschland in der Krise durchaus konkurrenzfähiger geworden ist, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht bloß im Verhältnis zum deutschen, sondern auch zum US-(Industrie-)Kapital.

Der Hintergrund für diese Entwicklung ist eine Kombination aus hoher Produktivität der deutschen Exportwirtschaft und dramatischer Abwertung des Euro infolge der hilflosen EZB-Politik des billigen Geldes im Rahmen der «Eurokrise». Lag der Wechselkurs des Euro am Vorabend der Kriseneskalation noch bei 1,56 US-Dollar (Juli 2008), fiel er bis zum Vorabend des ersten Griechenland-Memorandums sukzessive auf 1,33 US-Dollar (April 2010) und schließlich auf 1,08 US-Dollar (Stand: Ende Januar 2016). Während sich damit für die Lohnabhängigen die importierten Konsumgüter verteuern, fördert diese Entwicklung wiederum den Handel des deutschen Kapitals außerhalb der EU, vor allem in die USA und in die Schwellenländer (überwiegend nach China). Denn auch wenn sich hierdurch für das deutsche Kapital die Extra-EU-Importe in seinen transnationalisierten Wertschöpfungsketten verteuern, erhöht diese äußere Quasi-Abwertung seine «Wettbewerbsfähigkeit» gegenüber Konkurrenten außerhalb

der EU (aufgrund des Wertschöpfungsvolumen in der Eurozone) und hat somit seine Exportmöglichkeiten gerade im Extra-EU-Handel dramatisch verbessert. Diese Exporte fungieren dabei kompensatorisch für die im Kontext der Austeritätspolitik und schwachen Wachstumsimpulse in der EU sinkende innere Nachfrage in der EU. Das deutsche Wachstums- und Wettbewerbsmodell beruht heute darauf, dass der Verlust von Absatzmärkten im Euroraum durch Exporte in Nicht-EU-Staaten ausgeglichen wird.

Zum Bild der verstärkten außereuropäischen Globalisierungsabhängigkeit des deutschen Kapitals, die schon vor der Krise begann und sich in der Eurokrise intensiviert hat, gehört jenseits der wachsenden Exportabhängigkeit auch die Transnationalisierung des deutschen Großkapitals (zwecks günstigerer Produktion und Marktnähe). Die deutschen Direktinvestitionsbestände im Ausland nahmen nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie zwischen 2000 und 2012 von 541,9 auf 1.547,2 Milliarden US-Dollar um annähernd das Doppelte zu. Der Anteil der in den Exporten enthaltenen ausländischen Wertschöpfung im deutschen verarbeitenden Gewerbe wuchs zwischen 1995 und 2011 von 18,5 auf 30,4 Prozent. 67 Prozent hiervon fand innerhalb Europas statt (Bundesverband der Deutschen Industrie 2015). Laut Angaben des Zukunftspanels des Instituts der deutschen Wirtschaft soll der Anteil der Auslandsproduktion am gesamten Auslandsumsatz der in Deutschland ansässigen transnationalen Konzerne schon bald bei fast 50 Prozent liegen.

Insofern nun aber im Zuge der Internationalisierung des Staates ein transnationaler historischer Block entstanden ist, der sich an den Interessen des transnationalisierten Kapitals orientiert und sich dem Management des globalen Kapitalismus verpflichtet fühlt, ist dies außenpolitisch in hohem Maße relevant. Für die neue Offensivausrichtung der deutschen Außenpolitik sind die beschleunigte Transnationalisierung des deutschen Großkapitals und die beschriebene regionale Verschiebung der Exportabhängigkeit des deutschen Wettbewerbs- und Wachstumsmodell ganz entscheidende Voraussetzungen. Die Steigerung des Gesamtexportvolumens und die damit einhergehende gewachsene Exportabhängigkeit Deutschlands von den USA können etwa als ein Grund gelten, warum der deutsche Staat heute das engere Bündnis mit den Vereinigten Staaten sucht. Auch in diesem Kontext muss man wohl den politischen Willen zur forcierten Durchsetzung von TTIP gegen alle gesellschaftlichen Widerstände sehen.

Noch bedeutsamer für die neue deutsche Machtpolitik ist wohl die mit der Eurokrise stetig gewachsene Exportabhängigkeit von den Schwellenländern und auch die mit ihnen verbundene transnationalisierte Produktionsverflechtung. Entscheidend ist, dass mit dem Bedeutungszuwachs des «Überseeraums» in dieser Hinsicht auch die politische Abhängigkeit von diesen Regionen wächst. Aus diesem Grund ergibt sich

die globalpolitische Machtambition Deutschlands vermittels des Sprungbretts Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union und letztlich – bei allen Differenzen etwa bei der stark von energiepolitischen Interessen bestimmten Russlandfrage – die Abhängigkeit des deutschen Entwicklungsmodells von dem allgemeinen Erfolg der «Einbindung-durch-Eindämmungs-Strategie» der USA. Die Schwächung der imperialen Integri-

onsfähigkeit des American Empire und die Aussicht auf eine multipolare Weltordnung muss Deutschland vor dem Hintergrund seiner globalisierten Exportabhängigkeitsschwäche fürchten. Die Übernahme von «mehr Verantwortung» im Rahmen des transatlantischen Bündnisses ist eine Reaktion auf diese Problematik, mit der sich zugleich das Ziel einer verbesserten Machtposition in Europa und darüber hinaus in der Welt verknüpft.

V. BRANDSTIFTENDE FEUERLÖSCHER: GLOBALER GERINGWACHSTUMSKAPITALISMUS, NEUE KRIEGE UND EUROPÄISCHE «FLÜCHTLINGSKRISE»

Das Jahr 2015 war jedoch nicht nur das Jahr, in dem am Ende der ersten Hälfte die Kreditstrangulation Griechenlands durch die EZB offenbarte, dass es im Rahmen der bestehenden europäischen Institutionen keine Alternative zum neoliberalen Europa geben darf. Es war spätestens in der zweiten Hälfte auch das Jahr der «europäischen Flüchtlingskrise». Diese kann, wie in diesem Kapitel gezeigt werden wird, nicht getrennt von der globalen Krise im Allgemeinen und von ihrer Entwicklung seit der globalen austeritätspolitischen Wende getrennt im Besonderen betrachtet werden.

Fest steht, dass auch die kommenden Jahre politisch im Zeichen der «Flüchtlingskrise» stehen werden, denn selbst wenn, was nicht zu erwarten ist, die Zahl der weltweit flüchtenden Menschen 2016 und darüber hinaus abnehmen sollte, steht die politische Klasse in Deutschland vor der großen Herausforderung, die Menschen, die hier politisches Asyl genießen, gesellschaftlich zu integrieren. Das Dilemma der Linken in Deutschland besteht nun darin: Da sie die politökonomischen Rahmenbedingungen nicht in eine Richtung verbessern kann, die wahre gesellschaftliche Teilhabechancen erst ermöglichen würde, sie aber selbst auf das Gelingen dieser Integration angewiesen ist, liegt das Heft des Handelns bei der bürgerlichen Regierung von Angela Merkel (vgl. Solty 2016b).

Zugleich ist die «Flüchtlingskrise» auch eine Chance für die Entwicklung einer konkreten linken Außenpolitik. Denn insofern das Ziel einer solchen Politperspektive sein muss, den Begriff der Außenpolitik aus seiner Engführung auf die Militär- und Staatenlogik und aus dem begrenzten Sicherheitsdiskurs zu befreien und in transformatorischer Perspektive auf die Bekämpfung von Fluchtursachen auszudehnen, ist die Flüchtlingsfrage für eine linke Außenpolitik essenziell. Hier geht es in einem entwickelten kapitalistischen Land wie der Bundesrepublik um globale Außenwirtschafts-, Eigentums-, Struktur- und Sozialpolitik als Zentralachse einer grundlegend veränderten Sicherheits- und Antikriegspolitik. Im Grunde funktioniert die «Flüchtlingskrise» mit ihrer spezifischen Ikonografie von Verheerungen durch (westliche) Kriege und auch Freihandelsabkommen, im Mittelmeer ertrunkene Menschen, die vor diesen Kriegen fliehen, und Asylsuchende in Deutschland wie ein Brennglas der Entwicklungslinien der globalen politischen Ökonomie. Mehr noch: Die «Flüchtlingskrise» offenbart nicht nur die Untrennbarkeit von lokalen und globalen Prozessen; mit ihr artikuliert sich zugleich die Notwendigkeit des Nachdenkens über Wege hin zu einer alternativen und gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Deren Notwendigkeit lässt sich aufgrund des Brennglascharakters der Flüchtlingsfrage auch klarer benennen. Linke Außenpolitik muss in diesem Sinne, auch wenn es angesichts der relativen Schwäche der

globalen transformatorischen Linken und der Größe der vor ihr stehenden Herausforderungen und Aufgaben schwer fällt, Kühnheit beweisen. Sie kann es aber mit der Flüchtlingsfrage auch leichter.

Zugleich kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die «Flüchtlingskrise» enorme politische Sprengkraft birgt. So kam es rasch zu einer Polarisierung in der Bevölkerung und in der politischen Landschaft: zwischen Willkommenskultur-Rhetorik und bemerkenswertem zivilgesellschaftlichem Engagement einerseits und einer Das-Boot-ist-voll-Rhetorik im rechten politischen Spektrum, bestehend aus CSU, stark nach rechts verschobener AfD (mitsamt der AfD-nahen Bürgerbewegung Pegida) und der NPD (König/ Detje 2015) andererseits, das den Nährboden für den neuen «rechten Terror» gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte bildet (Wiegel 2015: 8ff.). Für die Linke ist diese Entwicklung eine große Herausforderung: Denn vor dem Hintergrund der Prekarisierungsprozesse und des Zerfalls der öffentlichen Infrastruktur im Neoliberalismus im Allgemeinen und schwacher Konjunktur und der neuen Welle der Rationalisierung (Industrie 4.0) im Besonderen bildet die Kombination aus tief in der Mitte der Gesellschaft verankerter Islamfeindlichkeit, Zuwanderung vor allem aus muslimischen Ländern, kriegerischer westlicher Interessenpolitik und der Zunahme islamistischer Terroranschläge in westlichen Ländern (aktuell begründet als Vergeltung für die Politik des «Westens» im Irak und in Syrien) ein gefährliches Gemisch. Dies verleiht der radikalen Rechten ohne ein konkretes solidarisches Alternativprojekt von links europaweit erheblichen Auftrieb. Der Wahlsieg des Front National in Frankreich knapp einen Monat nach den terroristischen Anschlägen von Paris vom 13. November 2015 ist Vorbote einer möglichen zukünftigen Entwicklung. Und auch wenn sich die Verhältnisse nicht vergleichen lassen, könnte die am selben Tag stattgefundenene Wahlniederlage der boliviarisch-revolutionären Sozialisten in Venezuela als Symptom verstanden werden, was der Linken in Europa droht.

Vor dem Hintergrund des (Wieder-)Aufstiegs der zunehmend völkisch-nationalistisch argumentierenden, rechtspopulistischen «Alternative für Deutschland» manifestiert sich dieses explosive Potenzial dabei in Gestalt von starken Spannungen in der politischen Klasse im Allgemeinen und im bürgerlich-konservativen Lager im Besonderen. In der CDU/CSU begann in der zweiten Jahreshälfte eine heftige Debatte über sogenannte Belastungsgrenzen. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel keine «Obergrenzen» beim verfassungsrechtlich verbrieften Recht auf Asyl für möglich hält, drängen insbesondere CSU-Politiker auf eine solche Begrenzung. Der Konflikt spitzte sich mit dem

CSU-Parteitag vom 20. November 2015 mit einer offenen Brückierung Merkels durch Seehofer und mit dem CDU-Parteitag vom 14./15. Dezember zu. Tatsächlich verläuft die Flüchtlingsregistrierung und ihre anschließende Unterbringung, wie etwa das Beispiel des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin zeigt, teilweise katastrophal. Solidaritätsgruppen argumentieren dabei, dass die Infrastrukturen bereitstünden; es fehle der Bundesregierung vor dem Hintergrund des «Schwarze-Null-Fetischs» schlichtweg am Willen, die nötigen Finanzmittel an Hilfsorganisationen bereitzustellen. So oder so: Zum Jahreswechsel 2015/16 war sogar bereits von einem möglichen Ende der Kanzlerschaft Merkels die Rede.

«Flüchtlingskrise» in Europa: Die Fakten

Die wachsende Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, hat auch in Deutschland und der Europäischen Union zu einem deutlichen Anstieg der Asylanträge geführt, von denen die meisten Erstanträge sind. So ging die Zahl der Asylanträge in der Europäischen Union nach einem Hoch in den 1990er Jahren bis zum Vorabend der globalen Krise, also im Jahr 2006, auf 21.030 in Deutschland und 197.410 in der EU zurück. Im Zuge der Krise und der Zunahme von Krisenkriegen ist jedoch ein sprunghafter Anstieg festzustellen. 2014 lag die Zahl der Asylanträge in Deutschland bei 202.645 und in der EU bei 626.960. 2015 hat sich diese Dynamik weiter beschleunigt: Nach den neuesten Zahlen von Eurostat (Stand: 9. Dezember 2015) stellten 862.980 Menschen in den ersten drei Quartalen 2015 einen Asylantrag in der Europäischen Union, davon 288.740 Menschen in Deutschland (siehe Tabelle 2).

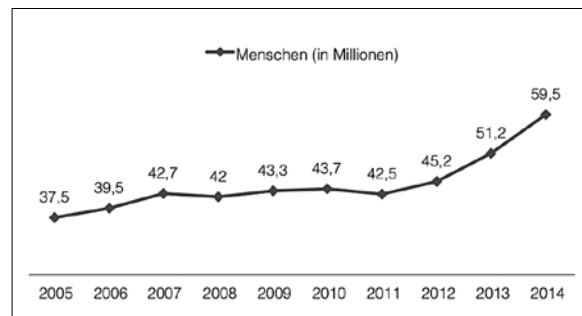
Tabelle 2: Erst- und Zweitangebote auf Asyl in Deutschland und in der Europäischen Union (in Tausend)

	Deutschland	EU	Anteil Deutschlands in %
1998	99	314	32
1999	95	380	25
2000	79	407	19
2001	88	424	21
2002	71	421	17
2003 (Dublin II)	51	345	15
2004	36	277	13
2005	29	235	12
2006	21	197	11
2007	19	223	8
2008	27	225	12
2009	33	264	12,5
2010	48	259	19
2011	53	335	16
2012	77	335	16
2013 (Dublin III)	127	431	29
2014	203	627	32
2015 (Q1-3)	289	863	33

Quelle: Eurostat: Asylum Quarterly Report (9.12.2015)

Die Zahlen für das vierte Quartal 2015 sind noch unvollständig; klar ist aber jetzt schon, dass bis Ende Oktober 2015 die Millionengrenze in der EU überschritten worden ist (in Deutschland beantragten bis Ende Oktober 2015 343.610 Menschen Asyl). Da die Europäische Union sich über das Grenzregime Frontex stark gegen Flüchtlinge abgeschottet hat, kommen die meisten von ihnen mithilfe von Schlepperbanden über äußerst gefährliche Fluchtrouten in die Europäische Union.²⁰ Die Zunahme der Asylanträge in der EU ist auf die dramatische Zunahme der globalen Flüchtlingszahlen zurückzuführen. So stieg nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, in weniger als einem Jahrzehnt von 37,5 Millionen im Jahr 2005 auf 59,5 Millionen Ende 2014 an (siehe Grafik 3). Das ist die höchste Zahl seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Global gesehen ist heute jeder 122. Mensch ein Binnenvertriebener oder ins Ausland Geflüchteter. Wären alle Flüchtlinge Staatsbürger eines einzigen Landes, so wäre dieses Land das 24-größte der Welt (UNHCR 2015: 5).

Grafik 3: Binnenvertriebene und Flüchtlinge weltweit



Quelle: UNHCR (Global Trends 2014: World at War, 18.6.2015)

Trotz der aktuellen Entwicklungen ist deshalb zunächst einmal festzuhalten, dass sich die «Flüchtlingskrise» vor allem jenseits der deutschen und EU-Außengrenzen abspielt. Der weitaus größte Teil der Menschen auf der Flucht (38,2 Millionen) sind Binnenflüchtlinge. Nur 19,5 Millionen schaffen es überhaupt, jenseits der Grenzen ihres Landes Zuflucht zu finden (ebd.: 2). Die weitaus größte Last bei der Unterbringung und Versorgung tragen nach Angaben des UNHCR sogenannte Entwicklungsländer: Sie nehmen 86 Prozent aller ins Ausland Geflüchteten auf. Die meisten Flüchtlinge waren Ende 2014 in der Türkei (1,59 Mio.), in Pakistan (1,51 Mio.), im Libanon (1,15 Mio. bei einer Gesamtbevölkerung von nur 5,9 Mio.), im Iran (0,98 Mio.), in Äthiopien (0,66 Mio.) und in Jordanien (0,65 Mio.) untergebracht. Gemessen am Anteil der Bevölkerung trug der

²⁰ Die EU-Grenzbehörde Frontex zählt hierzu: 1. die Westafrika-Kanaren-Route, 2. die westliche Mittelmeerroute über Marokko/Südspanien, 3. die zentrale Mittelmeerroute von Libyen nach Lampedusa/Malta beziehungsweise von der Türkei und Ägypten nach Italien und 4. die östliche Mittelmeerroute von Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien und der Türkei nach Griechenland.

Libanon die größte Last (232 Flüchtlinge auf 1.000 Einwohner), gefolgt von Jordanien (87/1.000) und Nau-ru (39/1.000) (ebd.: 3). Die 2,7 Millionen Flüchtlinge (14 %), die es in die reichen entwickelten kapitalistischen Staaten geschafft haben, sind fast ausschließlich Menschen aus den Mittel- und Oberschichten, die sich die teure Flucht leisten können. Sie machen den Menschenschmuggel oder, wenn man so will, die Fluchthilfe zu einem Milliardengeschäft.

Die Reaktion der EU auf die «Flüchtlingskrise»: Flüchtlingsbekämpfung statt Fluchtursachenbekämpfung

Wie reagierte die Bundesregierung auf die «Flüchtlingskrise»? Bundeskanzlerin Angela Merkel wird nicht müde zu betonen, man müsse die Flüchtlinge unterstützen und zugleich «die Fluchtursachen bekämpfen», und nannte beispielsweise beim Antrittsbesuch des neuen finnischen Ministerpräsidenten Juha Sipiläs Ende September 2015 in Berlin konkret die Bereiche Klimaschutz und Entwicklungshilfe sowie das «Engagement in Afghanistan».

In diesem Sinne verlautbart das zuständige Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) auf seiner Internetseite, dass neben den «relativ kurzfristig auftretenden Ursachen für Flucht» auch «strukturelle, langfristig entstandene Fluchtursachen wie Armut, Ungleichheit, schlechte Regierungsführung, Ressourcenknappheit oder Ernährungsunsicherheit» existieren. Das BMZ bekennt sich im Rahmen von «Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit», die «auf längere Zeiträume angelegt» sei, zur Bekämpfung von strukturellen Fluchtursachen. Ziel sei, «die Situation in von Krisen betroffenen Regionen nachhaltig zu stabilisieren und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern» (BMZ 2015: 15). Verhindert werden soll, «dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen». Im Jahr 2015 würden deshalb nicht nur «mehr als 1 Milliarde Euro für direkte Flüchtlingshilfe» ausgegeben, sondern es flössen «über die gesamte Legislaturperiode hinweg» mehr als 12 Milliarden Euro in «strukturelle Fluchtursachenbekämpfung» (ebd.). Als allgemeine Ziele werden eine «verlässliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung», Katastrophenhilfe (ebd.: 4), «berufliche Qualifizierung», Unterstützung von Bauern und das «Durchsetzen der Vereinigungsfreiheit oder die Abschaffung von Zwangsarbeit» genannt (ebd.: 4 f.). Die konkreten Maßnahmen kommen dann schon etwas bescheidener daher: bildungsfördernde Projekte in Afghanistan wie die Gründung von zwei Ausbildungsstätten für Berufsschullehrer mit 1.569 Studierenden oder die Unterstützung des ägyptischen Staates bei der Arbeitsplatzvermittlung für Jugendliche mit einer «Schulung zur Vorbereitung auf den Beruf», die 643 Personen in Anspruch genommen hätten. Außerdem, so heißt es weiter, sollen durch die Verbesserung der Trinkwasserversorgung in Jordanien die Aufnahmeregionen stabilisiert werden (ebd.: 17 ff.).

Die Hauptstoßrichtung der deutschen und europä-

ischen Politik ist allerdings vor allem eine Politik der Flüchtlingsbekämpfung und nicht der Bekämpfung von Fluchtursachen. Jenseits der Willkommenskulturrhetorik und der Weigerung, die Grenzen zu schließen und damit gegen das Schengener Abkommen zu verstoßen, hat die Bundesregierung vor allem mit einer zweistufigen Verschärfung des Asylrechts reagiert. Man erklärte flugs Afghanistan, Pakistan und den Westbalkan und später dann auch noch nordafrikanische Staaten wie Marokko, Tunesien, Algerien zu sicheren Herkunftsstaaten und schränkte zugleich das Recht von (Kriegs-)Flüchtlingen mit Asylanspruch auf Familiennachzug ein. Diese Restriktionen wurden – mit Ausnahme der Linkspartei – von allen Parteien im Bundestag, inklusive Bündnis 90/Die Grünen, mitgetragen.

Diese Politik steht in einer langen Tradition der Flüchtlingsabwehr. So hat die Bundesrepublik im Rahmen des Schengener Abkommens über die Dublin-II-Verordnung von 2003 und die darin verankerte sogenannte Sichere-Drittstaaten-Regelung den Zuzug von Flüchtlingen sowie den Umfang von Asylanträgen in Deutschland sowohl in absoluten Zahlen als auch proportional zu den anderen EU-Staaten verringert (siehe Tabelle 2). Alle deutschen Nachbarstaaten gelten als sicher, weshalb in Deutschland bis vor Kurzem nur Asyl beantragen konnte, wer mit dem Flugzeug eingereist war. Darüber hinaus schottet sich Deutschland im Rahmen des seit 2004 geltenden EU-Grenzregimes Frontex weiterhin systematisch gegen Flüchtlinge und Zuwanderung ab. Hierzu gehörten langjährige Vereinbarungen mit angrenzenden Nicht-EU-Staaten – einschließlich der nordafrikanischen Ländern und dem von Muammar al-Gaddafi beherrschten Libyen. So stellte Gaddafi im Interesse der EU-Regierungen lange Zeit sicher, dass Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika erst gar nicht europäischen Boden betreten konnten, um hier einen Asylantrag zu stellen. Ein Grund für die wachsenden Flüchtlingszahlen ist, dass mit dem Sturz Gaddafis durch die NATO 2011 und dem anschließenden verheerenden neuen libyschen Bürgerkrieg dieses System hinfällig geworden ist. Die Bundesregierung bemüht sich deshalb über die EU, dieses Abwehrsystem neu aufzubauen. In diese Richtung gehen die jüngsten politischen Entscheidungen, Grenzanlagen zur Abwehr von Flüchtlingen in der Türkei zu finanzieren, oder die Zusage der EU an eine Reihe von afrikanischen Staaten, mehr Entwicklungshilfe im Gegenzug für größere Bemühungen bei der lokalen Grenzsicherung zu zahlen.

Da es nun im Grunde in diesem System keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt, boomt das Schlepperwesen, das nach dem Drogenhandel weltweit mutmaßlich zweiteinträglichste Milliardengeschäft in der informellen Ökonomie. Die Zahl der Flüchtlinge, die in der Regel auf überfüllten und oft kaum seetauglichen Booten über das Mittelmeer fliehen, ist stark angewachsen. Hierbei kommt es immer wieder zu verheerenden Schiffsunglücken, die das Mittelmeer in ein Massen-

grab verwandelt haben. Seit dem Jahr 2000 sind nach Schätzungen des Projekts «MigrantFiles» mindestens 23.000 Menschen beim Versuch, auf diese Weise in die Europäische Union zu fliehen, ertrunken.²¹ Allein 2014 starben so mehr als 3.000 Menschen, etwa genauso viele Menschen, wie bei den terroristischen Anschlägen von 9/11 in den USA ums Leben kamen. Ohne die zivilgesellschaftlichen Seenotrettungsorganisationen wie «Watch the Med» oder «Ärzte ohne Grenzen» sowie die vielen lokalen Helfer in den Küstenorten oder auf den griechischen Inseln wäre diese Zahl noch deutlich höher. Diese Organisationen werfen der EU nicht nur Untätigkeit vor, sondern aktive Flüchtlingsbekämpfung unter anderem über Frontex. Mehrfach wurden sogenannte Push-Back-Operationen dokumentiert, bei denen Flüchtlingsboote mit militärischen Mitteln zur Umkehr gezwungen werden, sowie Fälle von unterlassener Hilfeleistung bei Havarien.

Nachdem binnen weniger Tage 400 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken waren, initiierte die italienische Mitte-links-Regierung von Matteo Renzi im Oktober 2013 die Operation Mare Nostrum, deren Hauptziel in der Seenotrettung bestand. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration konnten hierdurch 150.000 Menschenleben gerettet werden.²² Das Programm wurde jedoch nach einem Jahr Laufzeit im Oktober 2014 wieder eingestellt, weil sich die anderen EU-Staaten weigerten, Mare Nostrum europäisch auszuweiten oder Italien bei den monatlichen Kosten von rund 9,3 Millionen Euro finanziell zu unterstützen. Der Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung* Heribert Prantl kommentierte seinerzeit: «Es ist beschämend, dass die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete EU nicht einmal gewillt ist, die Kosten für das grandiose italienische Rettungsprogramm Mare Nostrum zu übernehmen. [...] Europas Politiker waschen sich ihre Hände in Unschuld – in dem Wasser, in dem die Flüchtlinge ertrinken» (*Süddeutsche Zeitung*, 29.9.2014).

Tatsächlich ist es nach dem Ende von Mare Nostrum immer wieder zu verheerenden Schiffsunglücken gekommen. Im April 2015 ereigneten sich allein in einer einzigen Woche drei tödliche Schiffskatastrophen, bei denen rund 1.500 Menschen umkamen. «Watch the Med» macht hierfür die EU unmittelbar verantwortlich: «These deaths were the direct consequence of Europe's unwillingness to create an adequate and large-scale rescue operation at sea. In the aftermath, the EU did not introduce measures to prevent the dying but extended its policies of deterrence.»²³ Tatsächlich hat die EU anstelle einer Europäisierung von Mare Nostrum das Frontex-Grenzregime mit der Operation Triton ausgebaut. Deren primäres Ziel (bei einem Budget von unter drei Millionen Euro im Monat) ist jedoch nicht die Seenotrettung, sondern die Sicherung der EU-Außengrenzen. Bei dieser Militarisierung der Fluchtrouten steht also das «Rückführungsziel», das heißt die Flüchtlingsbekämpfung statt die Fluchtursachenbekämpfung, im Zentrum.

Zugleich investiert die EU in Reaktion auf die Migrationskrise infolge des Arabischen Frühlings ab 2011 verstärkt in die Entwicklung neuer Abwehrtechnologien. Hierzu gehören das Europäische Grenzkontrollsystem (EUROSUR) und das Projekt «Intelligente Grenzen». Das Ziel von EUROSUR besteht in der Verhinderung von «illegalen Grenzübertritten» mithilfe von Drohnen, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsystemen. Zum Projekt «Intelligente Grenzen» gehören ein «Entry-Exit-System» (EES) und ein «Registrierprogramm für Reisende» (RTP). Ihr Ziel ist es, durch biometrische Datenerfassung von Nicht-EU-Bürgern bei der Einreise und ein automatisches Warnsystem bei Visumsüberschreitung schnellere und systematischere Abschiebungen durchführen zu können.

Das Grenzregime verschlingt dabei enorme gesellschaftliche Ressourcen, die eigentlich zum Schutz und nicht zur Bekämpfung der Kriegsflüchtlinge eingesetzt werden könnten. «MigrantsFiles» schätzt die Kosten des europäischen Grenzregimes auf allein 11,3 Milliarden Euro für Abschiebemaßnahmen in den Jahren 2000 bis 2014 sowie 1,6 Milliarden Euro für Grenzschutzmaßnahmen, darunter der Bau und die Unterhaltung von Drahtzäunen in Bulgarien, Ungarn, Griechenland und Spanien. Die Entwicklungskosten für «Intelligente Grenzen» belaufen sich nach offiziellen Angaben der EU-Kommission auf 400 Millionen Euro. Hinzu kämen jährliche Unterhaltskosten von 190 Millionen Euro in den ersten fünf Jahren. Bewilligt wurden so 1,1 Milliarden Euro für den Zeitraum 2013 bis 2020. Die Entwicklungskosten von EUROSUR werden von der EU mit 338 Millionen Euro veranschlagt, eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung beziffert die realen Kosten jedoch mit 874 Millionen Euro. Die Gesamtkosten der neuen Überwachungstechnologien von EUROSUR und «Intelligente Grenzen» beliefen sich damit auf 2 Milliarden Euro (Hayes/Vermeulen 2012). Diese Hightech-Aufrüstung sei «eine fragwürdige Reaktion auf eine im Wesentlichen humanitäre Krise» (ebd.). Dabei ist klar, worin die Priorität der Politik besteht, wenn man das Verhältnis von Flüchtlingsunterstützung und Flüchtlingsabwehr betrachtet: So zahlte die EU allein zwischen 2007 und 2011 eine Gesamtsumme von 2,2 Milliarden Euro an ihre Mitgliedsstaaten: «Davon kamen 366 Millionen Euro in Form von Nothilfe und Unterbringungskosten bei den Flüchtlingen an, für 481 Millionen förderten die Zielländer Sprachkurse oder Integrationsmaßnahmen. Doch rund die Hälfte des Geldes, nämlich gut eine Milliarde Euro, floss in den Bereich Grenzsicherung, also den Bau von Zäunen, Überwachungsanlagen und Grenzkontrollen» (Oberhuber 2014). Das grundsätzliche Problem dabei ist, dass die «Abschottung gegenüber Flüchtlingen [...] illusionär» ist (Bischoff/Müller 2015b). «Milliarden flie-

²¹ Die Überlebenden der Schiffskatastrophen werden unter anderem in Italien wiederum mit Ermittlungsverfahren wegen «illegaler Einwanderung» überzogen. ²² Nach Angaben von «Watch the Med» ertranken in diesem Zeitraum trotzdem noch 3.400 Menschen. ²³ Vgl. <http://alarmphone.org/en/2015/10/12/anniversary-statement/>.

ßen in eine Politik, die viel Leid produziert, aber auch realitätsfern ist. Denn die Not in der eigenen Heimat hat für viele Flüchtlinge einen größeren Schrecken als schwer gesicherte Grenzanlagen oder die Tiefen des Mittelmeers» (Rietzschel 2015). Dabei geht die Verschärfung des Grenzregimes mit erhöhter Todesgefahr einher, worauf «Watch the Med» hinweist:

«The history of the last 20 years in the Mediterranean shows that stepping up the militarization of migration routes is only cause to more death. Each and every time a route into Europe has been blocked by new surveillance technologies and increasing policing, migrants have not stopped arriving. They have simply been forced to take longer and more dangerous routes [...]. The «successes» of Frontex mean death to thousands of people.»²⁴

Fluchtursache Krieg

Wie erklärt sich aber die dramatische Zunahme der Flüchtlingszahlen? Was sind die Fluchtursachen? Und warum befinden sich gerade seit Beginn der globalen Krise so viele Menschen auf der Flucht? Die Migrationsforschung unterscheidet zwischen Push- und Pull-Faktoren. Klar ist, kein Mensch flieht und verlässt sein bekanntes Umfeld ohne Grund und gefährdet sein Leben, indem er sich Schlepperbanden ausliefert, wenn dieses Leben nicht schon dort bedroht ist, wo er oder sie herkommt. Dieser Zusammenhang lässt sich schon allein anhand der Tatsache erkennen, dass der größte Push-Faktor, der für die dramatische Zunahme der Flüchtlingszahlen verantwortlich ist, der Krieg ist. Bis 2014 war Afghanistan, wo seit 38 Jahren Krieg herrscht, das Hauptherkunftsland von Flüchtlingen, und sein Nachbarland Pakistan war seit mehr als einem Jahrzehnt das Hauptzielland der afghanischen Auslandsflüchtlinge vor dem Krieg zwischen den westlichen Besatzern und dem lokalen Widerstand, der zum großen Teil, aber nicht nur von den Taliban getragen worden ist (UNHCR 2015: 8). Und auch als Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre die Zahl der Flüchtlinge in die Europäische Union deutlich zunahm und auf dem Höhepunkt 1992 mit 672.075 Menschen über dem Stand von 2014 lag, war Krieg die zentrale Ursache und kamen die meisten Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien.

Auch heute kommt die große Mehrzahl der Flüchtlinge aus von Bürger- oder Stellvertreterkriegen heimgesuchten Ländern. An erster Stelle steht mit allein fast 12 Millionen Flüchtlingen Syrien. Von den 22 Millionen Einwohnern dieses Landes sind 7,6 Millionen – vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten – innerhalb des Landes auf der Flucht, 4,3 Millionen flohen ins Ausland. Damit ist der syrische Bürger- und Stellvertreterkrieg maßgeblich für die Zunahme an Flüchtlingen verantwortlich (ebd.). In wenigstens sieben der 13 Ländern, aus denen die meisten Menschen Asylanträge in den 28 EU-Staaten stellen, herrscht (Bürger-)Krieg: Syrien, Afghanistan, Irak, Nigeria, Somalia, Ukraine und Mali. 2014 gingen allein auf diese Länder 39,6 Prozent aller Asylanträge zurück (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Asylanträge in den 28 Mitgliedsstaaten der EU, 2013–2015

	2013		2014		2015 (Q1/2)
	in Tausend	in %	in Tausend	in %	in Tausend
Syrien	431	11,6	626	19,5	73
Afghanistan	26	6,1	41	6,6	40
Kosovo	20	4,7	38	6,1	59
Eritrea	14	3,4	37	5,9	12
Serbien	22	5,2	31	4,9	12
Pakistan	21	4,8	22	3,5	15
Irak	11	2,5	21	3,4	21
Nigeria	12	2,7	20	3,2	10
Russland	41	9,6	20	3,2	7
Albanien	11	2,6	17	2,7	26
Somalia	17	3,8	16	2,6	9
Staatenlose	10	2,2	16	2,5	4
Ukraine	1	0,2	14	2,2	11
Mali	7	1,5	13	2,1	4

Quelle: Eurostat, eigene Zusammenstellung

Der Hintergrund dieser Entwicklung sind die dramatischen Destabilisierungs- und Zerfallsprozesse in den arabischen Staaten in Nordafrika und im Mittleren Osten. Die Außenpolitik der USA und ihrer Verbündeten im «Westen» sind hierfür maßgeblich verantwortlich. Die bittere Wahrheit ist: Die Flüchtlinge, die das EU-Grenzregime daran hindern soll, in den Westen Europas zu gelangen, fliehen vor den Ergebnissen der Außenpolitik des «Westens». Man braucht kein Freund der früheren unterdrückerischen Regime von Saddam Hussein, Bashir al-Assad oder Gaddafi zu sein, wenn man nüchtern feststellt, dass das Leben der Menschen in diesen Ländern sich durch die westlichen Kriege dramatisch verschlechtert hat und in Syrien, das nun von der halben Welt bombardiert wird (neben den NATO-Ländern USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und Türkei nun auch noch von Russland, Katar, Saudi-Arabien, Bahrain, Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten), weiter verschlechtert.

Nicht nur herrscht in diesen Ländern heute Krieg und Gewalt statt Frieden und (relative) Sicherheit – mit direkt kriegsbedingten Todesopfern, deren Zahl mittlerweile in die Millionen geht: nach verschiedenen Schätzungen bis zu 249.000 Tote im NATO-besetzten Afghanistan, 1,3 Millionen während der US-Besatzung im Irak, 30.000 infolge des NATO-Bombardements, anschließenden Zerfalls und neuen Bürgerkriegs in Libyen und bis zu 330.080 in Syrien. Auch die soziale Versorgung und die letzten Reste der alten arabisch-nationalistischen Wohlfahrtsstaaten sind weitgehend zusammengebrochen. Nach Angaben des «United Nations Development Report», der weltweit die Entwicklung der Lebensqualität misst, ist zum Beispiel die soziale Lage im Irak, einem der energiereichsten Länder der Erde, wo täglich 2,6 Millionen Barrel Öl gefördert werden,

²⁴ Vgl. www.watchthemed.net/media/uploads/page/12/Ferries%20not%20Frontex.pdf.

katastrophal: Nur noch 44 Prozent unter den Erwachsenen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, 75 Prozent der irakischen Bevölkerung halten die «Bekämpfung der Armut» für die wichtigste Aufgabe, 35 Prozent aller Haushalte beklagen sich über die mangelhafte Elektrizitätsversorgung und 1,6 von 33,8 Millionen Irakern müssen mit Verletzungen und Beeinträchtigungen infolge von Landminen und nicht explodierten Sprengsätzen leben. Ebenso wie Osama bin Laden und al-Qaida zu den Geistern gehörten, die die USA einst im Kampf gegen die Sowjetunion riefen und danach nicht wieder loswurden (Achcar 2002), ist Daesh mit seinem neuen grenzüberschreitenden «Kalifat» ein Produkt des Chaos und des immensen Leids, das die USA und ihre «Koalition der Willigen», zu der Angela Merkel 2003 als CDU-Vorsitzende unbedingt als «Garantie für Frieden, Freiheit und Sicherheit» gehören wollte, über die Menschen im Irak gebracht haben.²⁵ Dabei geht es nicht nur um die Reorganisation des politisch lange nach Klassen- und ideologischen Grenzen organisierten Irak entlang ethnischer Grenzen, die dazu führte, dass die unter Husseins säkularem Regime privilegierten Sunniten mit dem IS den Aufstand wagten (Alnasseri 2009). Tatsächlich stellten sich viele Städte und Regionen des Irak dem «neuen Sunniten-Aufstand» deswegen nicht entgegen, weil das korrupte westliche Marionettenregime, das den Ölreichtum des Staates weitestgehend (teil-)privatisierte, keinerlei Legitimität im Land besitzt (Cockburn 2014).

Kurzum: Bemisst man die westliche Außenpolitik der letzten anderthalb Jahrzehnte – vom Afghanistan- bis zum Irakkrieg – an ihren eigenen vorgeblichen Zielen, den islamisch-fundamentalistischen Terrorismus zurückzudrängen, diktatorische Regime auszuwechseln und funktionierende demokratische Staaten zu schaffen, dann ist diese westliche Außenpolitik ein Desaster gigantischen Ausmaßes: Der «Krieg gegen den Terror» – ein Krieg in Permanenz und ohne Grenzen – hat in gut einem Jahrzehnt nicht nur über eine Million Todesopfer gefordert. Er war de facto ein Krieg *für* den Terror, insofern er in Reaktion auf die westliche Kriegspolitik und Kriegsverbrechen einerseits und das vom Westen hinterlassene Chaos andererseits die Zahl der Dschihadisten weltweit vervielfacht hat: War die Terrorgruppe al-Qaida noch ein loser Kampfverband von einigen Hundert Aktivisten, zählt der selbsternannte «Islamische Staat» heute rund 30.000, nach manchen Schätzungen sogar 40.000 Kämpfer und hat weltweit vermutlich Hunderttausende Sympathisanten. Dabei hat dieser Krieg gigantische Summen verschlungen: Nach offiziellen Angaben hat der «Krieg gegen den Terror» allein die USA bislang 1,6 Billionen US-Dollar gekostet (Belasco 2014). Versteckte Kosten wie Mittel für die Versorgung von Kriegsversehrten, Zinsen etc. mit eingerechnet, kommen andere unabhängige Studien hingegen auf noch viel höhere Summen. So geht die wohl seriöseste Langzeitstudie von Forschern der Ivy-League-Universität Brown mittlerweile von 4,4 Billionen US-Dollar für die Kriege in Irak und Afghanistan/

Pakistan aus, die aufgrund der fälligen Zinszahlungen bis 2054 auf knapp acht Billionen US-Dollar ansteigen werden (Crawford 2014).²⁶ Zum Vergleich: Die bisherigen Kosten von 4,4 Billionen US-Dollar entsprechen fast dem Sechsfachen des riesigen Konjunkturprogramms von 787 Milliarden US-Dollar, das die Obama-Regierung 2009 zur Bekämpfung der finanziellen Kernschmelze aufgelegt hat, dem 44-fachen des gesamten Budgets für Bildung, Weiterbildung, Beschäftigungsförderung und Sozialdienste und dem 197-fachen der gesamten US-Entwicklungshilfe im Haushalt der USA für 2016.

Auch die Ressourcen, die die Beteiligung der deutschen Bundeswehr am Afghanistankrieg verschlungen hat, sind enorm. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kostete der Krieg allein bis 2011 um die 17 Milliarden Euro. Alle Kosten für Kredite zur Finanzierung des Kriegs miteingerechnet, veranschlagte die Forschungsgruppe Kosten von 35 Milliarden Euro bis zum Bundeswehrrabzug am 31. Dezember 2014. Zum Vergleich: Diese Summe entspricht knapp dem Sechsfachen des gesamten Budgets (einschließlich Personalkosten) des BMZ im Bundeshaushalt 2015.

Kriegsursache (globaler) Kapitalismus

Vor diesem Hintergrund ist es zweifellos richtig zu behaupten: «Wer Kriege und Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.» Allerdings wäre es falsch, den Stellvertreterkrieg in Syrien allein als Folge der militärischen Politik der NATO-Staaten zu sehen. Die imperiale Politik des «Westens» in Syrien ist zwar zweifellos mitverantwortlich für die *Fortsetzung* des Krieges. Dies gilt auch für die Bundesregierung und ihren außenpolitischen Tabubruch von 2014, ab sofort auch Waffen in Krisengebiete zu liefern. Jedoch ist zum einen die Rolle der regionalen Mächte in Syrien hier wenigstens genauso bedeutsam. Zum anderen entstand der Stellvertreterkrieg in Syrien aus einem Bürgerkrieg, der eine Folge des Arabischen Frühlings gewesen ist. Dieser aber ist aus gesellschaftlichen Widersprüchen in der Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas selbst entstanden. Der «Westen» hat den Arabischen Frühling etwa in Syrien, Libyen und Ägypten oder den Euromaidan nicht selbst geschaffen, er hat diese Ereignisse allerdings für seine eigenen Interessen ausgenutzt. Bei vielen NATO-Kriegen erscheint die Politik des «Westens» reaktiv und entsprechend erratisch (Soltz 2011a).

²⁵ Aus diesem Grund lassen sich auch die Forderungen von Oskar Lafontaine oder den Vorsitzenden der Linksfraction im Bundestag Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, die Bundesregierung müsse die USA, die – wie Lafontaine am 23. September auf seiner Internetseite schrieb – «den Nahen Osten in Brand gesetzt» hätten, dazu drängen, endlich Verantwortung für die flüchtenden Menschen aus Syrien übernehmen (und zwar für mehr als bloß die 10.000 Syrien-Flüchtlinge, die US-Präsident Barack Obama im gerade angelaufenen Fiskaljahr aufnehmen möchte), schlecht – wie von der bürgerlichen Presse teilweise versucht – einfach als populistisch oder gar antiamerikanisch abtun. ²⁶ Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und die Harvard-Ökonomin Linda Bilmes bezifferten in einer im Hinblick auf ihre Bemessungsgrundlage kritisierten Studie die Kosten allein des Irakkriegs nur bis 2008, dem Jahr des Erscheinens ihrer Studie, mit drei Billionen US-Dollar (Stiglitz/Bilmes 2008).

Der entscheidende Punkt ist ein Essential der Friedens- und Konfliktforschung: Frieden ist weit mehr als bloß die Abwesenheit von Krieg. Frieden hat materielle Voraussetzungen, und es kann ihn nur dort geben, wo gesellschaftliche Teilhabechancen und Lebensperspektiven sowie demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten vorhanden sind. Dabei gilt: Jeder (Bürger-)Krieg ist aus einer Situation des Nichtkriegs entstanden. Die Frage stellt sich also nach der Verantwortung des «Westens» für das Umschlagen einer Nichtkriegs- in eine Kriegssituation. Die Flüchtlingsgruppe «Lampedusa in Hamburg» hat Anfang Februar 2014 eine Konferenz mit dem Titel «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört» veranstaltet. Seinerzeit wurde dies vor allem mit dem NATO-Bombardement in Libyen begründet. Allerdings war derselbe Satz nicht zufällig auch schon das Motto der Flüchtlingskarawane während der Proteste in Heiligendamm 2007. Insofern diese sich gegen den G8-Gipfel richteten, stand hier vor allem die (Außen-)Wirtschaftspolitik des «Westens», konkreter: die Verfassung des globalen Kapitalismus, im Zentrum der Kritik.

Aber in welchem Zusammenhang stehen der globale Kapitalismus und die Häufung der Staatszerfallsprozesse und innerstaatlichen «neuen Kriege» (etwa Bürgerkriege um natürliche Ressourcen) als zentrale Fluchtursachen? Und wie erklären sich die Fluchtbewegungen aus Nicht-(Bürger-)Kriegsländern? Denn der Krieg bleibt zwar die zentrale Fluchtursache; es kommt aber auch eine große Anzahl von Flüchtlingen aus Ländern, in denen offiziell kein Krieg herrscht (vom Westbalkan, aus Subsahara-Afrika etc.). Die Ursachen für die Zunahme des Zusammenbruchs von Staaten und «neuen Kriegen» sind im Zusammenhang mit der internationalen politischen Ökonomie der letzten 30, 40 Jahre zu sehen, das heißt mit der Globalisierung des Kapitalismus im Allgemeinen und der globalen Krise im Besonderen. Diese «Globalisierung» lässt sich mit Leo Panitch (2003: 209) definieren als «die Ausbreitung kapitalistischer Sozialverhältnisse in jeden Winkel unseres Planeten und jede Facette unseres Lebens». Die Globalisierung ist jedoch kein Naturereignis, sondern war und ist ein von gesellschaftlichen Interessen geleiteter politischer Prozess. Sie ist das historische Ergebnis der politisch eingeleiteten neoliberalen Wende. Sie wurde, wie in Kapitel III näher ausgeführt, im Kontext der Profitklemmenkrise in den 1970er Jahren politisch forciert und zielte als «Klassenprojekt» auf die Wiederherstellung der strukturellen Macht des Kapitals (vgl. Harvey 2007: 142 ff.). Die geldpolitische Zäsur des Volcker-Schocks (1979), das heißt die Einleitung einer Hochzinspolitik durch die US-Notenbank, schuf hierfür die Voraussetzung, weil sie *nach innen* Massenarbeitslosigkeit zur Folge hatte, die Markt- und Organisationsmacht der Arbeiterklasse und damit ihre Position in den Tarifverhandlungen schwächte, und weil sie *nach außen* über die abrupte Vervielfachung der Staatsschulden im globalen Süden vor allem in Afrika und in Lateinamerika eine

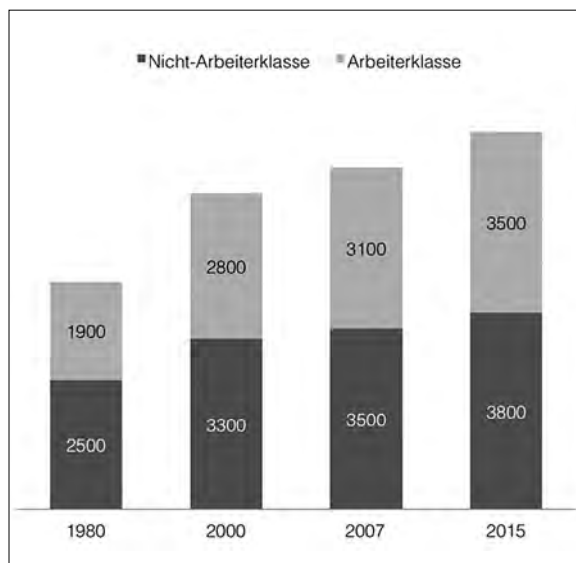
Schuldenkrise hervorrief (Deppe u. a. 2011: 57 ff.). Die verschuldeten Länder, die nun auf Finanzhilfen seitens des US-dominierten Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank angewiesen waren, konnten so mit dem Hebel von Strukturanpassungsprogrammen gezwungen werden, im Austausch für Notkredite ihre Märkte zu öffnen, öffentliches Eigentum zu privatisieren und Sozialprogramme zurückzufahren (Wood 2003: 182 ff.). Der globale Süden erlebte also schon in den 1980er und 1990er Jahren die Form von Politik, die dem linken Griechenland im Sommer 2015 infolge der EZB-Kreditstrangulation aufoktroiyert werden sollte. Kurzum: Mithilfe dieser schuldenimperialistischen Praktiken und dem Mittel des Finanzkriegs wurde eine Globalisierung des Kapitalismus erzwungen, die mit der Kapitalmobilität die strukturelle Macht des Kapitalismus vergrößerte und im Umkehrschluss eine Disziplinierung der lokalen Arbeiterklassen weltweit zur Folge hatte (Gill/Solty 2013)

Das Projekt Globalisierung des Kapitalismus zielt dabei auf eine «flache Welt», in der im Rahmen der WTO für das globale Kapital allerorten die gleichen Regeln gelten (vgl. Solty 2015b). Dazu gehören auch die Investitionsschutzabkommen wie TTIP, TPP und CETA, welche die transnationalen Konzerne vor demokratischen Entscheidungen, die ihre Profite einschränken, wirtschaftsverfassungsrechtlich schützen sollen (vgl. Solty 2015c). Dieses Projekt hat global jedoch dramatische Verheerungen hervorgerufen. Die globale Kapitalmobilität und Forcierung von Weltmarktwängen haben die Nationalstaaten in eine erbarmungslose Standortkonkurrenz gebracht. Sie erlaubt es dem Kapital, sie gegeneinander auszuspielen und damit zu Deregulierung von Arbeitsmärkten und Umweltauflagen sowie – mit Kapitalverlagerungsandrohungen – zur Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und zu öffentlichen Subventionen von Unternehmen zu zwingen. Damit geraten jedoch die Staaten – und insbesondere die schwachen Staaten des globalen Südens – unter enormen Druck, weil sie aufgrund einer Kombination aus Weltmarktwängen und Steuerausfällen immer weniger in der Lage sind, sozial integrativ zu handeln. Die Staatszerfallsprozesse und «neuen (Ressourcen-)Kriege» sind Folge dieser kapitalistischen Weltmarktintegration, und es gibt inzwischen zahlreiche Belege für den Zusammenhang etwa zwischen den Freihandelsabkommen NAFTA (1994) und CAFTA (2005) einerseits und dem mexikanischen Drogenkrieg und seiner Ausweitung auf Guatemala, Honduras und andere zentralamerikanische Länder andererseits (Perez-Rocha/Paley 2014; Doleac 2015; Boullosa/Wallace 2015). Eine ähnliche Verbindung lässt sich auch für die Bürgerkriege im Kongo und in Ex-Jugoslawien und der (westlich aufoktroiyerten) Austeritätspolitik vermuten.

Grundsätzlich gilt, dass die Weltmarktintegration und die Transnationalisierung der Produktion in den vom Kapital durchdrungenen Ländern dramatische gesellschaftliche Umwälzungen hervorgerufen haben. Unumstritten ist, dass hierzu ein Prozess der «de-

peasantization» (Araghi 2000) und der Proletarisierung gehört, das heißt der Verwandlung von vormals unabhängigen Subsistenz- und Kleinbauern in lohnabhängige Arbeiter. So hat sich nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die Zahl der Lohnabhängigen seit der neoliberalen Wende weltweit fast verdoppelt: von 1,9 Milliarden im Jahr 1980 auf 3,5 Milliarden im Jahr 2015. Diese annähernde Verdopplung ist dabei nur zum Teil das Ergebnis des globalen Bevölkerungswachstums, weil sie überproportional zum Anstieg der Weltbevölkerung stattgefunden hat. Mittlerweile gehört knapp die Hälfte der Weltbevölkerung zur Klasse der Lohnabhängigen (siehe Grafik 4).

Grafik 4: Die globale Arbeiterklasse, 1980–2015



Quelle: Vereinte Nationen/International Labour Organisation

Dabei wuchs der Anteil des globalen Südens an der Industriearbeiterklasse weltweit von 51 Prozent (1980) auf 73 Prozent (2008) und die Ausweitung der Arbeiterklasse fand zu 73 Prozent zwischen 1980 und 2000 in den Entwicklungsländern statt (40 % des Wachstums entfällt allein auf Indien und China; Foster u. a. 2011). Deswegen kann heute auch von einer «Weltarbeiterklasse» gesprochen werden (Van der Linden 2005) und von einer Verlagerung des Zentrums des Kapital-Arbeit-Konflikts (und damit der Weltgeschichte) in die frühere (Semi-)Peripherie, insbesondere nach Asien (Silver 2005).

Mit dem Wachstum der Klasse der globalen Lohnabhängigen ist auch ein weltweiter Massenmigrationsprozess historischen Ausmaßes verknüpft. Die Migration findet hier vor allem als Binnenmigration statt, als Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte. Noch 1950 lebten nur 16 Prozent der Bevölkerung im globalen Süden (und 29 Prozent der Weltbevölkerung) in Städten (Araghi 1995: 338). Mit der Weltmarktintegration hat seit den späten 1970er und 1980er Jahren dort jedoch ein Prozess der «Überurbanisierung» (ebd.)

eingesetzt. Seit der Jahrtausendwende lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten und mittlerweile beschränkt sich sämtliches Bevölkerungswachstum auf die urbanen Räume (Davis 2006). Bis 2050 sollen nach Angaben der Vereinten Nationen 64 Prozent aller Menschen in den Entwicklungsländern und 86 Prozent in den entwickelten Ländern in urbanen Regionen leben. Dabei übersteigt die Urbanisierungsquote in Afrika mit einem jährlichen Wachstum von 3,5 bis 4,0 Prozent bei Weitem die Hochphase der so schon chaotischen kapitalistischen Verstädterung im Europa des 19. Jahrhunderts, wo die durchschnittliche Wachstumsrate bei 2,1 Prozent lag (ebd.: 14 f.). Die Folge ist ein «Planet der Slums» (ebd.).

In den Sozialwissenschaften ist lange über die Ursachen dieser «Entvölkerung des Landes» und Hyperurbanisierung diskutiert worden. Die Debatte entfaltete sich lange entlang der Pole «disappearance/permanence» und «Modernisierung/Marginalisierung». Die Frage war, was bei der kapitalistischen Durchdringung überwiegt: der Pull-Faktor der Städte oder der Push-Faktor des Landes? Haben hohe Industriearbeiterlöhne in den Städten die Urbanisierung hervorgerufen oder Verelendungsprozesse auf dem Land?

Der Klassenideologie zufolge führen Freihandelsabkommen und die globale Ausbreitung des Kapitalismus perspektivisch zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse im globalen Norden und im globalen Süden. Die Modernisierung würde auf dem Weg der Handelsliberalisierung, Deregulierung und Privatisierung von öffentlichem Eigentum stattfinden. Marktorientierte Entwicklungsstrategien seien effizienter als staatsorientierte. In Wirklichkeit hat sich der Entwicklungsabstand in weiten Teilen des globalen Südens eher vergrößert als verringert. Nach drei Jahrzehnten Erfahrungen mit Strukturanpassungsprogrammen und erzwungener Marktöffnung zeigt sich, dass die Produktivität dramatisch nachgelassen hat: So war der Pro-Kopf-Output zwischen 1960 und 1980, das heißt vor der Marktöffnung, um 75 Prozent in Lateinamerika und 36 Prozent in Subsahara-Afrika gestiegen; nach Durchsetzung der schuldenimperialistischen Marktöffnungspolitik, also zwischen 1980 und 2000, wuchs er jedoch in Lateinamerika nur noch um 6 Prozent und fiel in Subsahara-Afrika sogar um 15 Prozent (Babb 2005: 209). Die Überurbanisierung war also die Folge von Push-Faktoren, der sich verschlechternden Lebensbedingungen auf dem Land.

Der Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass die Staaten des globalen Südens unter die neuen Zwänge der erbarmungslosen Weltmarktkonkurrenz geraten sind: Im Rahmen der bereits erwähnten Strukturanpassungsprogramme und Weltmarktintegration mussten sie die öffentlichen Ausgaben drastisch reduzieren, Staatsbetriebe privatisieren, massenhaft Beschäftigte im öffentlichen Sektor entlassen und die verbliebenen staatlichen Mittel in die (Industrie- und Agrar-) Wirtschaftsmodernisierung stecken. Die «Grüne Revolution», das heißt die Umstellung der Landwirtschaft

auf landwirtschaftliche Hochleistungsproduktion und neue Hohertragsorten, die im staatsorientierten und weltmarktgeschützten Asien gelang, konnte unter diesen Bedingungen in Afrika nicht stattfinden. Gegen die hoch subventionierten und hoch kapitalisierten transnationalen Agrarkonzerne, die jetzt die Märkte des globalen Südens fluteten, hatten und haben die Subsistenz- und Kleinbauern dauerhaft keine Chance (Bryceson u. a. 2010). Millionenfache Proletarisierung war die Folge.

In der neoliberalen Mainstreamtheorie galt dieser Prozess, die Zerstörung der traditionellen Landwirtschaft, jedoch lange als kein Problem, sondern als Ausdruck einer Modernisierung in Richtung einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Jedoch: Die zeitgleich stattfindende Privatisierung der Staatsbetriebe und der Rückbau der öffentlichen Beschäftigung hatten zur Folge, dass für die wachsende Zahl der Arbeiterklasse in der Peripherie keine Jobperspektiven in den Städten existieren. Die einfache Bevölkerung steckt also in einer Zwickmühle: Auf dem Land gibt es dauerhaft kein Überleben, aber in den Städten mangelt es an Arbeitsplätzen. «Third World cities, especially, were trapped in a vicious cycle of increasing immigration, decreasing formal employment, falling wages, and collapsing revenues» (Davis 2006: 155). Die Folge war und ist die Entstehung einer dramatisch hohen Massenarbeitslosigkeit im globalen Süden. Schon vor Beginn der Krise 2007, als sie nach Angaben der ILO, einer UN-Behörde, bei 170 Millionen Menschen weltweit lag, betonte diese die enorme «globale Herausforderung, produktive Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen»:

«Of the world's 3.1 billion workers, 73 per cent lives in developing countries while only 14 per cent lives in advanced industrial countries and the rest lives in the countries of Central and Eastern Europe (CEE) and the Commonwealth of Independent States (CIS), oil-rich countries and other high-income countries. And some 46 million new workers will be joining the world's labour force every year in the future, the bulk of them in developing countries. While the world's labour force is concentrated in developing countries, its capital and skills are concentrated in advanced industrial countries. The global employment situation reflects this huge asymmetry in the distribution of the world's productive resources. Millions of workers in the developing world are seriously under-employed and are engaged in extremely low-productivity survival activities. Even in advanced industrial countries and CEE and CIS countries, there are large numbers of unemployed, precariously employed as well as discouraged workers who have given up searching for elusive jobs. The challenge that the world faces is one of creating productive jobs not just for the millions who will be joining the labour force but also for the millions who are currently unemployed, underemployed, engaged in low-productivity survival activities and discouraged» (Ghose u. a. 2008: 1).

Die Massenarbeitslosigkeit in den armen Entwicklungsländern kann jedoch kaum durch sozialstaatliche Maßnahmen abgefedert werden – schon gar

nicht unter Bedingungen der Weltmarktintegration, wo Steuererhöhungen Kapitalflucht zur Folge haben. Damit verbunden ist das dramatische Wachstum eines (unproduktiven) informellen Sektors (mit vielen äußerst prekären «Selbständigen») einerseits sowie die Schattenglobalisierung des Drogenhandels, Menschenschmuggels und illegalen Ressourcenabbaus andererseits als den letzten ökonomischen Überlebensmöglichkeiten für wachsende Bevölkerungsteile (Alt Vater/Mahnkopf 2002: 81 ff.; Babb 2005). Da diese Schattenökonomie jedoch häufig mit gewaltförmigen und manchmal ethnisierten Kämpfen um Nutzungsrechte einhergeht, ist sie eine weitere Quelle politischer Instabilität. Denn es fällt den schwachen Staaten im globalen Kapitalismus zunehmend schwerer, das staatliche Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten. Blutige Ressourcenkriege wie die im Kongo oder Drogenhandel-Territorialkonflikte wie in Mexiko sind die Folge. Dabei sind Marktlösungen im Rahmen des bestehenden Kapitalismus letztlich undenkbar:

«A laissez-faire «let smallholder farmers find work elsewhere» and «let small-scale agriculture disappear» perspective, in the absence of any policy provision for alternative non-agricultural employment constitutes gross negligence. The politically destabilizing effects of agrarian labour displacement in economies without established industrial growth trajectories or other alternative economic employment opportunities militate for concerted efforts to raise smallholders' productivity through research, extension and input and infrastructural investment. With such policies, public insecurity, violence and civil war are likely to escalate further on the African continent» (Bryceson u. a. 2010: 17).

Das soziale Potenzial für Prozesse von Bürgerkrieg und Staatszerfall im globalen Süden geht jedoch weit über die Erwerbslosen und Unterbeschäftigten hinaus. Auch die Arbeit (wie prekär auch immer) Habenden zählen oft hierzu.²⁷ Die politische Instabilität hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass der Prozess des Bauernlegens (die Zerschlagung bäuerlicher Familien- und Kleinbetriebe) und die Schaffung einer immer größeren Arbeiterklasse, die ohne Zugang zu landwirtschaftlichen Produktions- und Subsistenzmitteln auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen ist, um ihr Auskommen zu sichern, an sich enormen sozialen und politischen Sprengstoff birgt. Aufgrund ihrer vollständigen Marktabhängigkeit können kleinste Schwankungen der Weltmarktpreise ganz leicht deren Existenz zerstören, ein sozialstaatliches Netz, das bei Arbeitslosigkeit oder Einkommensausfall aus anderen Gründen den Lebensunterhalt garantiert, gibt es in kaum einem der Länder im globalen Süden.

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts in Westeuropa und Nordamerika hat gezeigt, welcher soziale und politische Konfliktstoff in der Existenz einer wach-

²⁷ Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation waren 2013 rund 1,4 Milliarden der weltweiten Arbeiter «prekär beschäftigt»; das entspricht einem Anteil von 50 Prozent (ILO 2015: 73).

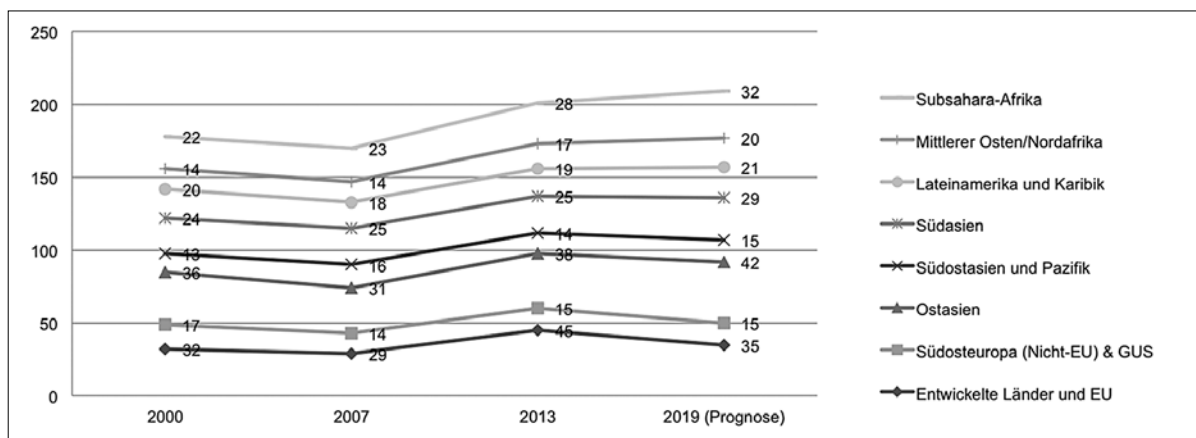
senden gänzlich marktabhängigen Klasse liegt – ein Konfliktpotenzial, das etwa in den globalen Hungerrevolten von 2008 als Reaktion auf den plötzlichen spekulationsgetriebenen Anstieg der Nahrungsmittelpreise weltweit zum Ausdruck kam. Dies gilt umso mehr, als die Länder des globalen Südens im globalen Kapitalismus mehr oder weniger gezwungen sind, sich auf eine Reihe weniger Exportprodukte zu spezialisieren, was sie aber als Ganze extrem anfällig gegenüber dieser Art von Volatilität auf den internationalen Märkten macht. Dies gilt vor allem deshalb, weil im Zuge des Verlusts der kleinteiligen Landwirtschaft Afrika sich von einem autarken Nahrungsmittelexporteur zur Zeit der Entkolonialisierung in den 1960er Jahren in einen Kontinent verwandelt hat, auf dem fast alle Länder von Nahrungsmitteln importieren abhängig geworden sind. So importiert Afrika mittlerweile 25 Prozent seiner Lebensmittel, ein Hauptgrund, warum furchtbare Hungersnöte immer häufiger geworden sind (Bello 2008).

Die große menschheitsgeschichtliche Tragik läuft letztlich darauf hinaus, dass kapitalistische Durchdringung und Umwälzung historisch überall dort, wo sie stattfanden, zur Produktion von Überschussbevölkerungen geführt haben. Die kernkapitalistischen Länder, die diesen Prozess zuerst durchliefen, zeigten sich im 19. Jahrhundert noch in der Lage, ihre Überschussbevölkerungen durch den Ansatz des Siedlerkolonialismus zu exportieren. Die «gefährlichen Klassen», wie sie von bürgerlichen Sozialreformern genannt wurden, die sich (wie Joseph Chamberlain in England oder Friedrich Naumann oder Max Weber in Deutschland) schließlich zu Imperialisten wandelten, konnten so in die Kolonialgebiete der Amerikas, Afrikas, Australiens und Südasiens umgesiedelt werden. Die uneingestandene Schuld des «Westens» besteht letztlich darin, dass er einerseits in vielerlei Hinsicht mit der Schaffung des globalen Kapitalismus ein Akteur der kapitalistischen Umwälzungen im globalen Süden (gewesen) ist, aber das «Abfließen» der hierbei entstandenen Überflüssigen durch seine mörderischen Grenzregime unterbindet.

Mit der Krise und der globalen austeritätspolitischen Wende hat sich diese allgemeine kritische Situation noch einmal erheblich verschärft. In sechs Jahren Krise (von 2007 bis 2013) stieg die Zahl der Arbeitslosen weltweit um 31 auf 201 Millionen; die «labor force participation rate» fiel zwischen 2000 und 2014 von 65,3 auf 63,5 Prozent (ILO 2015: 72 ff.). Zugleich schreitet der Proletarisierungs- und Wachstumsprozess der globalen Arbeiterklasse weiter fort. Bis 2019 rechnet die ILO mit 3,6 Milliarden Arbeitern weltweit (ebd.). Jedes Jahr müssten also durchschnittlich rund 50 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Massenarbeitslosigkeit nicht weiter steigt. Rechnet man die Neuankommlinge auf dem Arbeitsmarkt mit ein, so müssten dem ILO-Bericht zufolge bis zum Jahr 2019 somit 280 Millionen neue Jobs entstehen, um die Arbeitsplatzverluste seit Beginn der Krise wieder auszugleichen. Da der Kapitalismus aber im Zuge der globalen austeritätspolitischen Wende, der wachsenden Vermögensungleichheit und dem auch damit verbundenen Mangel an profitablen Anlagemöglichkeiten für das global überschüssige, aufgehäufte Kapital in eine Phase des Geringwachstums eingetreten ist, ist diese Vorstellung extrem utopisch. Eingedenk dieser Tatsache rechnet auch die ILO damit, dass die Zahl der Erwerbslosen bis 2019 um weitere acht auf 209 Millionen steigen wird (ebd.). Entsprechend düster sind unter diesen Bedingungen des globalen Kapitalismus aber damit auch die Aussichten auf eine Linderung von staatlichen Zerfalls- und Auflösungsprozessen und von Kriegen, die hauptsächlich für die Fluchtursachen verantwortlich sind, wie auch der «Global Employment Report» der ILO ernüchtert feststellt.

So lässt sich abschließend festhalten: Die Fluchtursache Nummer eins ist und bleibt der Krieg; aber die Kriegsursache Nummer eins ist und bleibt der globale Kapitalismus. Die USA und der «Westen» sind für die Flüchtlingskrise hauptsächlich verantwortlich, weil sie imperial(istisch)e Besatzungs-, Luft- und Stellvertreterkriege führen. Aber sie führen diese Kriege häufig oder «müssen» sie führen, weil sie zuvor die Globali-

Grafik 5: Massenarbeitslosigkeit global (in Millionen)



Quelle: World Employment and Social Outlook 2015, S. 72–89

sierung des Kapitalismus forciert haben. Ihre Kriege sind oft genug nicht Kriege zur lokalen Durchsetzung globalkapitalistischer Verhältnisse, sondern Kriege, die nach deren Durchsetzung zur Behebung der selbst erzeugten gesellschaftlichen Widersprüche im Sinne eines Managements des globalen Kapitalismus notwendig werden. Der direkte Zwang (Krieg) ist also oft bloß die Reaktion auf den «Erfolg» des indirekten, scheinbar gewaltlosen strukturellen Zwangs wie etwa schuldenimperialistische Marktöffnungen. Der kapitalistische Staat legt sich damit aber selbst die Flächenbrände, die er als imperial(istisch)er Staat immer neu und meist vergeblich zu löschen versucht. Seine scheinbare Inkompetenz bei den Feuerlöschaktionen resultiert dabei daraus, dass seine Feuerlösch- seine Brandstifterkapazitäten bei Weitem überschreiten.

Den rotgrünen Liberalen, schwarzgelben Konservativen und AfD-Rechtspopulisten kann die Linke entsprechend entgegenhalten: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, der soll auch über Flüchtlinge und Integra-

tionspolitik schweigen. Fluchtursachen können nicht unabhängig von der neoliberalen Weltmarktintegration diskutiert werden. Und wer glaubt, Deutschland schafft das nicht, der muss daran arbeiten, den Kapitalismus abzuschaffen – eine Erkenntnis, die vielleicht, weil sie so banal und so schwer zu realisieren ist, auch so schwer über die Lippen kommt.

Insofern aber linke Außenpolitik nicht im Attentismus und in revolutionärer Phraseologie erstarren darf und vor der Aufgabe steht, konkrete Einstiegsprojekte in die Transformation beziehungsweise den Ausstieg aus dem globalen Kapitalismus zu formulieren, wird im abschließenden Kapitel versucht, eine linke Außenpolitikperspektive zu skizzieren. Diese muss sich an der Frage orientieren, wie es der Linken gelingen kann, zu verhindern, dass das Zusammenspiel aus globalem (Geringwachstums-)Kapitalismus, Krisenkriegen, islamfundamentalistischem Terrorismus und Flüchtlingskrise zum Konjunkturprogramm der radikalen Rechten wird und in die «Barbarei» führt.

VI. GRUNDZÜGE EINER LINKEN AUSSENPOLITIK

Es wäre leicht, angesichts der immensen Widersprüche im globalen Kapitalismus und der Gefahr, dass diese, weil sie unaufhebbar erscheinen, in Barbarisierung umschlagen, zu resignieren. Linke Politik ist jedoch mit Resignation nicht vereinbar. Durch ihre Orientierung an einem kritisch-dialektischen Theorie- und Praxisansatz glaubt sie zu wissen, dass – mit Bertolt Brecht gesprochen – die «Widersprüche [...] unsere Hoffnung sind». Linke Politik analysiert diese und interveniert in sie hinein, sucht Einheiten zu schaffen zwischen scheinbaren Gegensätzen bei den Subalternen und Gegensätze in der scheinbaren Einheit der Herrschenden. Das Dilemma linker Politik heute scheint jedoch zu sein, dass sie angesichts der Größe der Widersprüche und der Realität der drohenden Gefahren die Machtfrage stellen muss, aber (noch) nicht in der Position ist, dies zu tun (Brie u. a. 2015: 26; Chondros 2015). Nichtsdestotrotz gibt es ein genuines Bedürfnis von Linken, die nicht resignieren wollen, handlungsfähig zu werden. Dies gilt auch für die Außenpolitik, die – wie in der Studie gezeigt werden sollte – aufs Engste mit innenpolitischen Fragen verschränkt ist. In der Außenpolitik jedoch steht die Linke/LINKE bei jedem «Krisenherd» und jedem internationalen «Konflikt» immer vor einer unauflösbaren Konfrontation zwischen der großen Gruppe der Gesinnungsethiker, die wissen, warum sie aus Prinzipien und politischen Gründen an der konsequenten Friedenspolitik festhalten wollen und müssen, und einer deutlich kleineren Gruppe von Verantwortungsethikern, die im Kontext der sich überschlagenden Ereignisse und staatlichen, machttinteressegeleiteten Propaganda zum Handeln drängen, denn man müsse ja angesichts des wahrgenommenen Konfliktleids «etwas tun».

Wie kann also eine linke Außenpolitik aussehen, die die Linke wirklich handlungsfähig macht und nicht nur hilflos reagieren lässt? Es wurde in der Einleitung schon darauf hingewiesen, dass die wichtige Debatte über eine linke Außenpolitik noch in den Kinderschuhen steckt. Typisch für diese Debatte ist, dass die Suche nach linker Handlungsfähigkeit sich bislang auf das Ausloten von Gemeinsamkeiten zwischen den Kräften im linken politischen Spektrum konzentriert hat. Nach Jahren der politischen Entfremdung infolge von Spaltungen im Zuge der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu verantwortenden Kosovo- und Afghanistankriegs gab es hierfür einen Resonanzboden (der erst im Zuge der erneut auftretenden grundlegenden Differenzen während des Ukraine Konflikts wieder verschwand). Diese zeitweilige Annäherung hing eindeutig mit dem offensichtlichen und grandiosen Scheitern der militärischen Regime-Change- und State-Building-Politik des «Westens» in zahlreichen Ländern, von Irak über Afghanistan bis nach Libyen, zusammen. Die Erkenntnis, dass diese Politik sogar ihre selbstgesteckten Ziele völlig verfehlt hat, führte auch im Spektrum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Einsicht, wo-

nach eine von der militärischen Logik dominierte Außenpolitik auf Dauer nicht tragfähig ist. Vor diesem Hintergrund erschien es möglich, auf der Basis eines abstrakten Menschenrechtsuniversalismus nach Gemeinsamkeiten zu suchen und Perspektiven einer linken Außenpolitik auszuloten, die auf Grundlage dieser normativen Orientierung auf zivilgesellschaftlich orientierte und präventive Maßnahmen im globalen Maßstab setzt. Dabei fehlte aber nicht der Zusatz, dass notfalls auch militärische Mittel nötig sein könnten, um Menschenrechten global zur Verwirklichung zu verhelfen. Der Krieg ist theoretisch eine Ausnahme, das macht ihn in der Praxis aber umso wahrscheinlicher.

Das grundlegende Problem der Suche nach dieser Art von Bündnisfähigkeit im politischen Raum ist: Die Geschichte im Allgemeinen und die Kriege der letzten Jahre im Besonderen lehren, dass außenpolitisches Handeln von Staaten niemals vorrangig auf normative Gründe zurückgeht und wertorientiert ist. Staaten handeln stets zuerst nach (geo-)politischen und ökonomischen Machtinteressen. Die Tatsache, dass ihr Handeln nicht von universellen Menschenrechten angeleitet wird, offenbart sich auch bei der Heuchelei des «Westens», wenn er etwa mit Saudi-Arabien paktiert, aber zugleich seine Gegnerschaft zu Daesh oder dem Assad-Regime mit deren Verletzung von Menschenrechten begründet. Das heißt nicht, dass Kriege theoretisch durchaus auch Ergebnisse hervorbringen können, von denen Menschen- und Bürgerrechte profitieren. Auch in der realen Geschichte gibt es hierfür zweifellos Beispiele. Zudem können im Rahmen von staatlichen Kriegen bei einigen der Akteure durchaus der Schutz von Menschenrechten als ursprüngliche Handlungsmotivation eine Rolle spielen. Entscheidend ist jedoch, dass dieses wertorientierte Handeln nur dann praktisch umgesetzt werden kann, wenn eine mit ihnen verbundene Kriegsintervention zugleich den realen Staatsmachtinteressen nicht widerspricht.

Wenn linke Politik also glaubt, mithilfe des (kriegführenden) Staates linke Werte und Ziele umsetzen zu können, dann missversteht sie die Funktionsweise des Staates im Kapitalismus, der auf der Grundlage der in ihm zu politischen Projekten verdichteten Klasseninteressen handelt. Heißt dieser Gedanke zu Ende gedacht dann: Die Linke kann den Gegensatz von Gesinnungs- versus Verantwortungsethikern, selbst wenn sie wollte, gar nicht auflösen? Heißt es, ihr bleibt angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen nichts außer Appellen und Skandalisierungen? Wie kann die Linke friedenspolitisch handlungsfähig werden, wenn sie «immer nur ›nein‹ sagt», wie ihr menschenrechtsbellizistische Kritiker regelmäßig vorwerfen, wenn sie (scheinbar) keine «Verantwortung» übernimmt?

Tatsächlich kann es auch im Rahmen von linker Außenpolitik Handlungsfähigkeit geben. Ein Blick in ihre eigene Geschichte, nämlich in die der Arbeiterbewe-

gung, erinnert uns daran: Das Selbstverständnis der Linken war früher einmal ein (proletarisch-)internationalistisches und das kommunistische Projekt der Emanzipation der Menschheit ein globales. Dagegen war der Nationalismus bürgerlich und rechts. Erst mit dem Ersten Weltkrieg und dem Kollaps des proletarischen Friedensinternationalismus, in dem sich ein langer und brüchiger Prozess der nationalen sozialstaatlichen Integration der dominanten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung abzeichnete, sowie mit der Durchsetzung des Projekts «globaler Kapitalismus» im Rahmen des American Empire wurde dieses Verhältnis (teilweise) auf den Kopf gestellt.

Das heißt jedoch nicht, dass die Linke nicht handlungsfähig war. Vor der «Durchstaatlichung» des reformorientierten Flügels der Arbeiterbewegung wäre die transformatorische Linke niemals auf die Idee gekommen, ihren proletarisch-internationalistischen Ansatz über den Umweg des Staates zu verwirklichen. Die in den Begriffen des «guten Imperialismus» («White Man's Burden», Zivilisation vs. Barbarei etc.) formulierte Expansionspolitik der kapitalistischen Staaten im ausgehenden 19. Jahrhundert war für die Linke damals viel weniger eine Herausforderung, als es die heutige Politik für Teile der Linken ist. Sich diese zu eigen zu machen, musste für die damalige internationalistisch ausgerichtete Linke wie eine absurde Vorstellung anmuten. Handlungsfähig zu werden versuchte sie auf dem Weg eines praktischen Internationalismus unterhalb der vermachteten Ebene eines spezifischen kapitalistischen Nationalstaates. Von dieser Perspektive eines bewegungsorientierten und gesellschaftlichen Internationalismus lässt sich heute noch viel lernen. Dabei wäre solch eine Perspektive auch auf die Europäische Union, das EU-Empire, zu übertragen, die als Form transnationaler beziehungsweise «europäischer Staatlichkeit» (Bieling 2006) im Grunde als «materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung» (Brand 2007: 6) mit einer besonderen Dominanz der Kapitaleseite gedacht werden kann.

Es lassen sich, so die hier vertretene These, in der Geschichte der internationalistischen und revolutionären Arbeiterbewegung also viele anregende Erfahrungen finden für Herausforderungen, mit denen linke Politik heute konfrontiert ist. Im Hinblick etwa auf die Probleme, die mit der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus entstehen (z. B. Lohngefälle, Arbeitsmigration und Rassismus), ließe sich, um nur ein Beispiel zu nennen, zweifellos viel aus dem Umgang der russischen Sozialdemokraten mit dem Problem des Lohndumpings und des Rassismus durch den Zuzug von iranischen Proletariern insbesondere in die Ölfelder von Baku lernen. Anstatt den Staat, der die Sozialdemokraten nach der Revolution von 1905 politisch verfolgte, um Hilfe zu rufen, womöglich noch um die Grenze zu schließen, bemühten sie diese vielmehr auf einer Ebene unterhalb der staatlichen um den Aufbau einer verbündeten Arbeiterpartei im Iran und unterstützten auf vielfältige proletarisch-internationalistische Weise die

Praxis der entstehenden iranischen Arbeiterbewegung während der iranischen Verfassungsrevolution (1905–1911) (vgl. hierzu näher Taghian 2015).

Diese Perspektive eines transformatorischen Bewegunginternationalismus, der im Bewusstsein handelt, dass das Schicksal der Subalternen in den verschiedenen kapitalistischen Staaten miteinander verbunden ist, ließe sich im Hinblick auf Situationen und Kontexte weiterdenken, in denen sich die transformatorische Linke vor dem Hintergrund «internationaler Krisen» regelmäßig in einen Streit zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethikern verzettelt. Denn dieser Streit muss aus zwei Gründen unproduktiv bleiben: *erstens* vor dem Hintergrund seines abstrakten Prinzipiencharakters und *zweitens*, weil die Linke in der (gesellschaftlichen) Opposition sich zwar auf dem Fahrersitz der Geschichte dünken mag, wenn sie den bürgerlich-kapitalistischen Staat auffordert oder ihm rät, auf eine bestimmte Weise zu handeln oder eben nicht zu handeln, aber von ihren Aufforderungen oder Ratschlägen das konkrete Handeln dieses vermachteten Staates ohnehin nicht abhängt – solange sich die Linke in der (gesellschaftlichen) Opposition befindet und sie sich «den Staat» nicht im Rahmen eines radikalen gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu «ihrem» Staat gemacht hat (was selbst nicht durch eine Regierungsübernahme mit absoluter Mehrheit getan ist). Mit anderen Worten: Die Linke sollte nicht, indem sie die Staatsperspektive einnimmt, Handlungsfähigkeit in Situationen simulieren, in denen sie – auf diesem Wege – effektiv ohnehin keine Handlungsfähigkeit besitzt.

Linke Außenpolitik sollte sich entsprechend um eine Entstaatlichung ihrer Praxisperspektive bemühen und Wege eruieren, wie linke Parteien – als Parteien der (Klassen-)Bewegung(en), deren Handlungsfähigkeit in den staatlichen Institutionen grundsätzlich von der (Gegen-)Macht dieser Bewegungen in der «Zivilgesellschaft» abhängt – auf der Grundlage einer Haltung der internationalen Solidarität tätig werden können. Nur wie genau könnte eine solche Perspektive der Entstaatlichung des linken Außenpolitikdenkens im Konkreten aussehen? Dies wäre zu diskutieren – ganz allgemein, aber durchaus auch in Bezug auf jene heiklen Situationen, in denen linke Positionen Gefahr laufen, sich in Widersprüchen zu verstricken. Eine solche war zweifellos die für Linke besonders emotional aufgeladene Situation, als die kurdischen Autonomiegebiete Rojava/Kobane durch Daesh militärisch bedroht wurden. Auch hier hing die Entscheidung des deutschen Staates, ob er Waffen an die Peshmerga liefern oder sich anderweitig am Krieg gegen Daesh beteiligen sollte, nicht von der Linken, geschweige denn den Parlamentarier der LINKEN ab. Warum stellte sich dann aber die Frage, welche Position Politiker der LINKEN hierzu einnehmen und wie sie im Bundestag darüber abstimmen sollten, überhaupt in dieser Dramatik? Eine Orientierung linker Außenpolitik an konkretem (zivil-)gesellschaftlichem Internationalismus hätte viele Möglichkeiten geboten, konkret zu handeln und praktische Solidarität zu üben:

in Form von Demonstrationen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, mit denen man Druck auf die deutsche Bundesregierung ausübt, die PKK zu legalisieren, oder um Druck auf die Türkei auszuüben, die Grenzen für infiltrierte Daesh-Kämpfer systematisch zu schließen und für kurdische Flüchtlinge zu öffnen. Man hätte darüber diskutieren können, ob es sinnvoller war, in der Linken Gelder für zivile Einrichtungen («eine Feuerwehr für Rojava») oder für Verteidigungswaffen zu sammeln oder gar – nach dem Vorbild des Internationalismus im Spanischen Bürgerkrieg – selbst für die praktische militärische Verteidigung der Gebiete gegen die Daesh-Barbarei einzutreten. Damit hätte man wesentlich mehr Handlungsfähigkeit gewinnen können als durch den ewigen Clash der Gesinnungs- und Verantwortungsethiker.

Und doch kann sich linke Außenpolitik in der Weiterentwicklung einer solchen Perspektive der Entstaatlichung nicht erschöpfen. Wie bereits ausgeführt, ist eine zentrale Erkenntnis der Friedens- und Konfliktforschung, dass Frieden mehr ist als bloß die Abwesenheit von Krieg. Daher muss sich die Linke schließlich mit der Frage befassen, wie Gesellschaften vom Zustand vom Nichtkrieg in den Krieg übergehen. In den vorangegangenen Kapiteln wurde argumentiert, dass im Rahmen des globalen Kapitalismus Frieden kaum denkbar ist und die kapitalistischen Staaten oft genug reaktiv die oft fürchterlichen Symptome behandeln, die die Widersprüche der Globalisierung kapitalistischer Sozialverhältnisse mit sich bringen. In einer Welt dieser Widersprüche – von der Prekarität vollkommen marktabhängig gewordener Menschen im Kontext der Volatilität globaler Märkte bis hin zur dramatisch gewachsenen globalen Vermögensungleichheit – ist der Krieg längst schon da, bevor er ausbricht. Globaler Kapitalismus bedeutet permanenter Krieg in Latenz.

Vor diesem Hintergrund ist linke Außenpolitik nicht nur schlecht beraten, ihr Wissen aufzugeben, dass die neuen (Ressourcen-)Kriege niemals ohne eine Transformation des Kapitalismus (der ohne Klassenkampf nicht zu haben sein wird) beendet werden können. Sie

muss sich zudem stets erinnern, dass es ihr darum gehen muss, das Problem an der Wurzel zu packen, das einen Namen hat: globaler Kapitalismus. Damit aber hört linke Außenpolitik auf, Außenpolitik zu sein. Und sie beginnt mit der Aufhebung der Engführung des Außenpolitikbegriffs auf die Politik des Staates und die Logik des Militärs. Sie beginnt lange bevor es zu einer «internationalen Krise» gekommen ist. Denn linke Außenpolitik ist nicht links, wenn sie sich das «muddling through» des kapitalistischen Staates im Umgang mit den von ihm selbst geschaffenen Widersprüchen und Krisen zu eigen macht. Linke Außenpolitik wird dadurch links, dass sie sich an einer Bekämpfung der Problemursachen und nicht der Problemsymptome orientiert.

Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Es beginnt aber mit einer Erkenntnis: Linke Außenpolitik wird dadurch zu linker Außenpolitik, dass sie einen breiteren Ansatz wählt, der die Trennung von Innen- und Außenpolitik, von Wirtschafts- und Sozialpolitik und so weiter aufhebt und in das Projekt einer international(istisch)-en Formierung von gesellschaftlichen Parteien überführt. Gelingt es diesen etwa, Freihandelsabkommen zu verhindern, dann handeln sie im Sinne einer linken Außenpolitik insofern, dass sie damit zentrale Ursachen von Perspektivlosigkeit, religiösem Fundamentalismus, Krieg und Flucht bekämpfen und künftige Krisensituationen präventiv bearbeiten. Das heißt darum auch nicht, dass linke Außenpolitik nicht reale, reformistische Verbesserungen für die Subalternen in Angriff nimmt, vielmehr im Gegenteil. Transformatorische linke Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie bei dem Versuch, konkrete Verbesserungen für die Subalternen über den Weg von Einstiegsprojekten in die Transformation zu erwirken, bei diesem «Futuring» (Rilling 2014a) das Ziel und die Notwendigkeit einer langfristigen Überwindung des Kapitalismus, der den Krieg tatsächlich immer noch in sich trägt wie die Wolke den Regen, nicht aus den Augen verliert und erreichte Verbesserungen daran bemisst, wie sie die globale Linke diesem Ziel näherbringen.

LITERATUR

A

Achcar, Gilbert (2002): Der Schock der Barbarei: Der 11. September und die «neue Weltordnung», Köln.

Aken, Jan van/Oshana, Maria (2014): Friedenspolitik statt Militärinterventionen, in: Schäfer, Paul (Hrsg.): In einer aus den Fugen geratenden Welt: Linke Außenpolitik – Eröffnung einer überfälligen Debatte, Hamburg, S. 216–227.

Albo, Greg (1993): Competitive Austerity and the Impasse of Capitalist Employment Policy, in: Miliband, Ralph/Panitch, Leo (Hrsg.): Between Globalism and Nationalism: The Socialist Register 1994, London u. a., S. 144–170.

Albo, Greg/Gindin, Sam (2011): In and Out of Crisis, Pontypool.

Alnasser, Sabah (2009): Understanding Iraq, in: Panitch, Leo/Leys, Colin (Hrsg.): Global Flashpoints: The Socialist Register 2008, London, S. 77–100.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit: Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster.

Araghi, Farshad A. (1995): Global Depeasantization, 1945–1990, in: The Sociological Quarterly 2/1995, S. 337–368.

Araghi, Farshad A. (2000): The Great Global Enclosure of Our Times, in: Magdoff, Fred u. a. (Hrsg.): Hungry for Profit, New York, S. 145–160.

B

Babb, Sarah, (2005): The Social Consequences of Structural Adjustment: Recent Evidence and Current Debates, in: Annual Review of Sociology 31/2005, S. 199–222.

Belasco, Amy (2014): The Costs of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11, Congressional Research Service 7-5700, Washington D.C.

Bello, Walden (2008): Destroying African Agriculture, in: Global Policy Forum, 3.6.2008, unter: www.globalpolicy.org/social-and-economic-policy/world-hunger/land-ownership-and-hunger/46159.html.

Bergmann, Theodor (2004): Rotes China im 21. Jahrhundert, Hamburg.

Bieling, Hans-Jürgen (2006): Europäische Staatlichkeit, in: Bretthauer, Lars u. a. (Hrsg.): Poulantzas lesen: Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg, S. 223–239.

Bierbaum, Heinz (2013): Eingebunden: Jenseits des Krisenkorporatismus, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2013, S. 6–13.

Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2015a): Das Zeitalter der Massenvertreibungen, in: Sozialismus 9/2015, S. 6–13.

Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2015b): Abschottung gegenüber Flüchtlingen ist illusionär, in: Sozialismus 11/2015, S. 8–15.

Bode, Thilo (2015): Die Freihandelslüge: Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet, München.

Borg, Erik (2001): Projekt Globalisierung, Hannover.

Bothe, Jennifer (2013): The Road to 2020 and Beyond: What's driving the global automotive industry?, herausgegeben von McKinsey, Advanced Industries, Studie von August 2013, Berlin.

Boullosa, Carmen/Wallace, Mike (2015): A Narco History: How the United States and Mexico Jointly Created the «Mexican Drug War», New York.

Brand, Ulrich (2007): The Internationalization of the State as the Reconstitution of Hegemony, IPW Working Paper No. 1/2007, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien.

Braw, Elizabeth (2016): The Bundeswehr Backs Away From the Brink, in: Foreign Affairs, 19.1.2016, unter: www.foreignaffairs.com/articles/europe/2016-01-19/bundeswehr-backs-away-brink.

Bredow, Wilfried von (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung, Wiesbaden.

Brenner, Robert (2003): The Boom and the Bubble: Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg.

Brie, Michael (2013): Vorwärts in die Vergangenheit? Wolfgang Streecks verfehlte Wiederentdeckung der marxistischen Kapitalismuskritik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2013, S. 59–70.

Brie, Michael/Candeias, Mario/Klein, Dieter (2015): Genügt es Euch, «im herrschenden System mitzutanzten, statt es aktiv zu verändern»? in: Brie, Michael (Hrsg.): Lasst uns über Alternativen reden: Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3, Hamburg, S. 12–35.

Bryceson, Deborah/Sarkar, Prabirjit/Fennel, Shailaja/Singh, Ajit (2010): Globalisation, Structural Adjustment and African Agriculture: Analysis and evidence, MPRA Paper No. 39053, München.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ (Hrsg.) (2015): Perspektiven für Flüchtlinge schaffen: Fluchtursachen bekämpfen, Aufnahmeeregionen stabilisieren, Flüchtlinge unterstützen, Berlin.

Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.) (2015): Globale Kräfteverschiebung: Wo steht die deutsche Industrie in der Globalisierung?, BDI-Publikationsnummer 018, Berlin.

C

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.

Candeias, Mario (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2010, S. 6–17.

- Candeias, Mario (2011):** Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Candeias, Mario u.a (Hrsg): Globale Ökonomie des Autos: Mobilität, Arbeit, Konversion, Hamburg, S. 253–271.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014):** Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Chondros, Giorgos (2015):** Die deutsche Linke muss die Machtfrage stellen. Aufzeichnung einer Debatte mit Tom Strohschneider vom 25. September 2015, in: Neues Deutschland, 1.10.2015, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/986411.die-deutsche-linke-muss-die-machtfrage-stellen.html.
- Clark, Christopher (2013):** The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914, New York u. a.
- Clinton, Hillary (2011):** America's Pacific Century, in: Foreign Policy, 11.10.2011, unter: <http://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/>.
- Cockburn, Patrick (2014):** The Jihadis Return: ISIS and the New Sunni Uprising, New York.
- Cox, Robert (1996):** Approaches to World Order, Cambridge u. a.
- Crawford, Neta C. (2014):** U.S. Costs of Wars Through 2014: \$4.4 Trillion and Counting, Watson Institute for International and Public Affairs, 25.6.2014, unter: <http://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/figures/2014/Costs%20of%20War%20Summary%20Crawford%20June%202014.pdf>.
- Crome, Erhard (2015):** Wenn Linke Außenpolitik machen, in: DIE LINKE international 2/2015, S. 87–92.
- Crouch, Colin (2011):** The Strange Non-Death of Neoliberalism, London u. a.
- D**
- Daniljuk, Malte (2014):** Fracking, Freedom, Freihandel: USA – treibende Kraft einer neuen Weltenergieordnung, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2014, S. 38–45.
- Danner, Franz X. (2005):** Ratlos am Hindukusch, in: Internationale Politik 11/2005, S. 90–95.
- Davis, Mike (2006):** Planet of Slums, London/New York.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012):** Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010):** Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Deppe, Frank (2012):** Gewerkschaften in der Großen Transformation, Köln.
- Deppe, Frank (2014):** Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in «neuer Verantwortung», Hamburg.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stephan/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Schoppengerd, Stefan/Solty, Ingar (2004):** Der neue Imperialismus, Heilbronn.
- Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar (2011):** Imperialismus, Köln.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang (2011):** Krise ohne Konflikt? Interessen und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen, Hamburg.
- Dewitz, Christian (2015):** Rund acht Milliarden Euro mehr für den Wehretat, in: Bundeswehr-Journal, März 2015, unter: www.bundeswehr-journal.de/2015/rund-acht-milliarden-euro-mehr-fuer-den-wehretat/.
- Dörre, Klaus (2011):** Funktionswandel der Gewerkschaften: Von der intermediären zur fraktalen Organisation, in: Haipeter, Thomas/Dörre, Klaus (Hrsg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden, S. 267–302.
- Dörre, Klaus/Matuschek, Ingo/Happ, Anja (2013):** Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen: Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg.
- Doleac, Clément (2015):** The North American Free Trade Agreement: A Qualified Failure for Mexico, in: Council on Hemispheric Affairs, 9.4.2015, unter: www.coha.org/the-north-american-free-trade-agreement-a-qualified-failure-for-mexico/.
- E**
- Eberhardt, Pia (2014):** Investitionsschutz am Scheideweg. TTIP und die Zukunft des globalen Investitionsrechts, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg.
- F**
- Foster, John Bellamy/McChesney, Robert W./Jonna, Jamil R. (2011):** The Global Reserve Army of Labor and the New Imperialism, in: Monthly Review 6/2011, S. 1–31.
- Friedrich, Roland (2005):** Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, Wiesbaden.
- G**
- Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (2012) (Hrsg.):** Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg.
- Ghose, Ajit K./Majid, Nomaan/Ernst, Christoph (2008):** The Global Employment Challenge, Genf.
- Gill, Stephen/Law, David (1989):** Global Hegemony and the Structural Power of Capital, in: International Studies Quarterly 4/1989, S. 476–499.
- Gill, Stephen/Solty, Ingar (2013):** Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: Juridikum 1/2013, S. 51–65.
- Gindin, Sam (2013):** Puzzle or Misreading? Stagnation, Austerity and Left Politics, in: The Bullet – Socialist Project E-Bulletin No. 920, 31.12.2013, unter: www.socialistproject.ca/bullet/920.php.
- Gowan, Peter (1999):** The Global Gamble, London/New York.

H

Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation, Frankfurt a.M.

Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford u. a.

Harvey, David (2007): A Brief History of Neoliberalism, Oxford u. a.

Harvey, David (2010): The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism, Oxford u. a.

Hayes, Ben/Vermeulen, Mathias (2012): Grenzwertig: Eine Analyse der neuen Grenzüberwachungsinitiativen der Europäischen Union, Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Heitmann-Kroning, Imken (2015): Deutsche Sicherheitspolitik zwischen «never alone» und «never again»: Der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, Opladen.

Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a.M., S. 13–34.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2011): Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt a.M.

Henken, Lühr (2014): Autonomie droh(n)t: Rasante Entwicklung der Kampfdrohnen, IMI-Analyse 9/2014, 18.3.2014, unter: www.imi-online.de/2014/03/18/autonomie-droht/.

Henning, Klaus (2006): Aufstieg der «Neocons»: Politische Intellektuelle in den USA und der «neue Imperialismus», Köln.

Heyden, Ulrich (2015): Ein Krieg der Oligarchen: Das Tauziehen um die Ukraine, Köln.

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat: Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.

Hirsch, Joachim (2001): Die Internationalisierung des Staates: Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates, Hamburg, S. 101–138.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatesystems, Hamburg.

I

International Labour Organisation – ILO (Hrsg.) (2014a): Global Wage Report 2014/15: Wages and Income Inequality, Genf.

International Labour Organisation – ILO (Hrsg.) (2014b): Global Employment Trends 2014: Risk of a Jobless Recovery? Genf.

International Labour Organisation – ILO (Hrsg.) (2015): World Employment and Social Outlook: Trends 2015, Genf.

J

Jacques, Martin (2009): When China Rules the World: The Rise of the Middle Kingdom and the End of the Western World, London.

K

Kaim, Markus/Maull, Hanns W./Westphal, Kirsten (2015): Die gesamteuropäische Ordnung vor einer Zäsur: Drei Leitlinien für einen Neubeginn, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 14, Februar 2015, Berlin.

Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege: Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M.

Keohane, Robert O. (1984): After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton.

König, Otto/Detje, Richard (2014): Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, in: Sozialismus, 26.8.2014, unter: www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/waffenlieferungen-in-spannungsgebiete/.

König, Otto/Detje, Richard (2015): Der kurze Sommer der Willkommenskultur, in: Sozialismus 10/2015, S. 55–57.

Krugman, Paul (2011): The Competition Myth, in: New York Times, 23.1.2011, unter: www.nytimes.com/2011/01/24/opinion/24krugman.html?_r=0.

L

Lafontaine, Oskar (2007): Freiheit durch Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.2007.

Lammers, Christiane (2015): Bundeshaushalt 2016 und die «neue» internationale Verantwortung Deutschlands, in: Wissenschaft & Frieden 4/2015, S. 23–26.

Lapavistas, Costas/Flassbeck, Heiner (2013): The Systemic Crisis of the Euro: True Causes and Effective Therapies, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.

Liebich, Stefan/Woop, Gerry (Hrsg.) (2013): Linke Außenpolitik: Reformperspektiven, Potsdam.

Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur «Theorie der Regulation», in: Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat – Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster, S. 9–54.

Luxemburg, Rosa (1979): Gesammelte Werke, Berlin (DDR).

M

Marischka, Christoph (2014): Kampfdrohnen für die Bundeswehr: (K)eine Scheindebatte, in: Zeitung gegen den Krieg 38/2014, unter: www.imi-online.de/2014/07/21/kampfdrohnen-fuer-die-bundeswehr-keine-scheindebatte/.

McNally, David (2010): Global Slump: The Economics and Politics of Crisis and Resistance, Oakland.

Mertes, Michael (2002): Ein «deutsches Europa»: Nachruf auf ein Schreckgespenst, in: Internationale Politik 9/2002, S. 19–24.

Mölling, Christian (2014): Die Zwei-Prozent-Illusion der Nato, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 54, August 2014, Berlin.

Moody, Kim (1997): Workers in a Lean World, London/New York.

Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Ausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Reinbek bei Hamburg.

Münkler, Herfried (2013): Der Große Krieg: Die Welt 1914 bis 1918, Berlin.

Münkler, Herfried (2015): Macht in der Mitte: Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg.

Mützenich, Rolf (2014): Der Mythos des ewigen Tabubruchs: Paradigmenwechsel sind kein Sündenfall, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 13.10.2014, unter: www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/der-mythos-des-ewigen-tabubruchs-620/.

N

Nünlist, Christian (2014): Mehr Verantwortung? Deutsche Außenpolitik 2014, in: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik 149/2014, unter: www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse149-DE.pdf.

O

Obenland, Wolfgang/Aken, Jan van (2014): «Responsibility to Protect», in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2014, S. 68–77.

Oberhuber, Nadine (2014): Die Kosten der Abschottung, in: ZEIT Online, 23.10.2014, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2014-10/fluechtlinge-grenzzaun-abschottung-europa.

Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: Juridikum 1/2013, S. 76–86.

Ohmae, Kenichi (1996): The End of the Nation State: The Rise of Regional Economies, New York.

P

Pätzold, Kurt (2014): Schöneres Selbstbild: Warum mit Christopher Clarks Band zum Ersten Weltkrieg an deutscher Geschichte geputzt wird, in: Junge Welt, 18.2.2014.

Panitch, Leo (1977): The Development of Corporatism in Liberal Democracies, in: Comparative Political Studies 1/1977, S. 61–90.

Panitch, Leo (1993): Globalisation and the State, in: Panitch, Leo/Miliband, Ralph (Hrsg.): Between Globalism and Nationalism: The Socialist Register 1994, London, S. 60–93.

Panitch, Leo (2003): Der 11. September und seine Nachwirkungen aus der Klassenperspektive, in: Bischoff, Joachim u. a. (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen, Hamburg, S. 194–218.

Panitch, Leo/Gindin, Sam Gindin (2012): The Making of Global Capitalism: The Political Economy of American Empire, London/New York.

Perez-Rocha, Manuel/Paley, Julia (2014): What «Free Trade» Has Done to Central America, in: Truthout, 24.11.2014, unter: www.truth-out.org/news/item/27618-what-free-trade-has-done-to-central-america.

Piketty, Thomas (2014): Capital in the 21st Century, Cambridge (MA) u. a.

Pohle, Lutz (2013): Reformkurs in China bestätigt, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-online-pub_Reformkurs-China_Pohle.pdf.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie, Hamburg.

Puhle, Hans-Jürgen (1972): Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, Wiesbaden.

Puhle, Hans-Jürgen (1975): Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich, 1893–1914, Bad Godesberg.

R

Rietzschel, Antonie (2015): So viel kostet die Festung Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 18.6.2015.

Rilling, Rainer (2008): Risse im Empire, Berlin.

Rilling, Rainer (2014a): Transformation als Futuring, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring: Perspektiven der Transformation des Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 12–48.

Rilling, Rainer (2014b): Hegemony in the Making: Deutschland auf dem Weg zum politischen Riesen, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2014, S. 24–31.

Roesler, Jörg (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft: Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9, Hamburg.

Röhr, Werner (2015): Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte: Vom Weißbuch 1914 zum heutigen Geschichtsrevisionismus, Hamburg.

Rosenberg, Justin (1994): The Empire of Civil Society: A Critique of the Realist Theory of International Relations, London/New York.

Roth, Karl Heinz (2009): Die globale Krise, Hamburg.

Ryner, Magnus (2012): Financial Crisis, Orthodoxy and Heterodoxy in the Production of Knowledge about the EU, in: Millennium – Journal of International Studies 3/2012, S. 647–673.

Ryner, Magnus (2015): Europe's ordoliberal iron cage: Critical political economy, the euro area crisis and its management, in: Journal of European Public Policy 2/2015, S. 275–294.

S

Sablowski, Thomas (2015): Die Etappenschlappe, in: Junge Welt, 18.7.2015.

Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2014): Wealth Inequality in the U.S. Since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data, NBER Working Paper Series, No. 20625, unter: <http://gabriel-zucman.eu/files/Saez-Zucman2014.pdf>.

Schäfer, Paul (Hrsg.) (2014): In einer aus den Fugen geratenden Welt: Linke Außenpolitik – Eröffnung einer überfälligen Debatte, Hamburg.

Schmalz, Stefan/Ebenau, Matthias (2011): Auf dem Sprung: Brasilien, Indien und China, Berlin.

- Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico (2013):** Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a.M./New York, S. 76–98.
- Schmidt, Manfred (1992):** Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013):** Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 3/2013, S. 291–322.
- Schulten, Thorsten (2015):** Exportorientierung und ökonomische Ungleichgewichte in Europa: Welche Rolle spielt die deutsche Lohnentwicklung?, in: *Sozialismus* 4/2015, S. 42–46.
- Schwab-Trapp, Michael (2002):** Kriegsdiskurse: Die politische Kultur des Krieges im Wandel, 1991–1999, Wiesbaden.
- Silver, Beverly J. (2005):** Forces of Labor: Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg.
- Solty, Ingar (2008):** The Historic Significance of the New German Left Party, in: *Socialism and Democracy* 1/2008, S. 1–34.
- Solty, Ingar (2011a):** Krieg gegen einen Integrationsunwilligen? Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus, in: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 163, 2/2011, S. 295–316.
- Solty, Ingar (2011b):** After neoliberalism: Left versus right projects of leadership in the global crisis, in: Gill, Stephen (Hrsg.): *Global Crises and the Crisis of Global Leadership*, Cambridge, S. 199–215.
- Solty, Ingar (2013a):** Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Hamburg.
- Solty, Ingar (2013b):** The Crisis Interregnum: From the New Right-Wing Populism to the Occupy Movement, in: *Studies in Political Economy*, No. 91, S. 87–114.
- Solty, Ingar (2013c):** Die Logik der imperialen Aggression: Vom Scheitern der Kapitalismusreform im Innern zur neuen Globalstrategie der USA, in: Strutynski, Peter (Hrsg.): *Die Rückkehr des Krieges in die Politik*, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 20, Kassel, S. 60–74.
- Solty, Ingar (2014):** Is the Global Crisis Ending the Marriage of Capitalism and Liberal Democracy? (II-)Legitimate Political Power and the New Global Anti-Capitalist Mass Movements in the Context of the Internationalization of the State, in: Lakitsch, Maximilian (Hrsg.): *Political Power Reconsidered: State Power and Civic Activism between Legitimacy and Violence*, Peace Report 2013 des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Wien u. a., S. 161–204.
- Solty, Ingar (2015a):** Social Imperialism as Transformismo: A Political Economy Case Study on the Progressive Era, the Federal Reserve Act and the U.S.'s Entry into World War One, 1890–1917, in: Lakitsch, Maximilian (Hrsg.): *Bellicose Entanglements 1914: The Great War as a Global War*, Peace Report des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Wien u. a., S. 91–122.
- Solty, Ingar (2015b):** Weltkapitalismusverfassung: 20 Jahre WTO, erschienen in zwei Teilen in: *Junge Welt*, 31.12.2014 u. 1.1.2015.
- Solty, Ingar (2015c):** Diktatur des Kapitals: Die vier großen Mythen über TTIP, in: *Junge Welt*, 10.10.2015.
- Solty, Ingar (2016a):** Globaler Kapitalismus und «Flüchtlingskrise», in: *Marxistische Blätter*, S. 39–47.
- Solty, Ingar (2016b):** Wie verhindern, dass Austeritätspolitik, islamfundamentalistischer Terrorismus und «Flüchtlingskrise» zum Konjunkturprogramm der Rechten werden?, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1/2016, i. E.
- Solty, Ingar (2016c):** Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA, in: *Sozialismus* 1/2016, S. 2–7.
- Solty, Ingar/Gill, Stephen (2013):** Krise, Legitimität und die Zukunft Europas: Skizze eines Forschungsansatzes, in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 1-2/2013, S. 82–94.
- Solty, Ingar/Werner, Alban (2016):** Der indiskrete Charme des Linkspopulismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2016, i. E.
- Steinbrück, Peer (2015):** Außenpolitik nach dem Jahr der weltpolitischen Zäsuren: Welche Verantwortung hat Deutschland, Vortrag in Langenfeld, 23.1.2015.
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda (2008):** The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict, New York u. a.
- Stiftung Wissenschaft und Politik/German Marshall Fund of the United States (Hrsg.) (2013):** Neue Macht – neue Verantwortung: Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin.
- Strange, Susan (2013):** *The Retreat of the State*, Cambridge u. a.
- Streeck, Wolfgang (2013):** *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Strutynski, Peter/Altmann, Jürgen(2014):** *Töten per Fernbedienung: Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg*, Wien.

T

- Taghian, Ramin (2015):** *Solidarity Without Borders: Internationalism and Socialism in Iran before World War I*, in: Lakitsch, Maximilian (Hrsg.): *Bellicose Entanglements 1914: The Great War as a Global War*, Wien u. a., S. 61–89.

Ten Brink, Tobias (2013): Chinas Kapitalismus: Entstehung, Verlauf, Paradoxien, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Frankfurt a. M./New York.

U

UNHCR (2015): Global Trends 2014: World at War, Studie der Vereinten Nationen vom 18.6.2015, New York.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke: Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, unter: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/mai/die-mosaik-linke.

Urban, Hans-Jürgen (2011): Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2011, S. 77–88.

Urban, Hans-Jürgen (2012): Crisis corporatism and trade union revitalisation in Europe, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): A Triumph of Failed Ideas: European Models of Capitalism in the Crisis, Brüssel, S. 219–241.

V

Van der Linden, Marcel (2005): Plädoyer für eine historische Neubestimmung der Weltarbeiterklasse, in: Sozial.Geschichte: Zeitschrift für historische Analysen des 20. und 21. Jahrhunderts, 3/2005, S. 7–28.

W

Wagner, Jürgen (2014): Die Militarisierung geht weiter, in: Graswurzelrevolution, Nr. 385, Januar 2014, unter: www.graswurzel.net/385/bw.php.

Wagner, Jürgen (2016): «Karten klar auf den Tisch»: Von der Leyens Rüstungsoffensive zugunsten deutscher Weltmachtambitionen, in: IMI-Analyse 2/2016, 29.1.2016, unter: www.imi-online.de/2016/01/29/karten-klar-auf-den-tisch/.

Werner, Alban (2015): Die doppelte Häutung des deutschen Bürgertums, in: Merkur, Heft 789, Februar 2015, S. 32–43.

Wiegel, Gerd (2015): Rassismus, Fluchtabwehr, rechter Aufstieg, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 104, Dezember 2015, S. 8–16.

Williams, William Appleman (1997): Der Welt Gesetz und Freiheit geben: Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik, Hamburg.

Wood, Ellen Meiksins (2003): The Empire of Capital, London/New York.

Z

Ziegelmayr, Usha (2014): «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört», in: Böll.Thema 3/2014: Niemand flieht ohne Grund, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration, Münster.

